

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

56. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 12. bis 16. November 2010 in Warschau, Polen

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
Teilnehmer der deutschen Delegation	1	<i>Abgeordnete Ulla Schmidt (SPD), stellvertretende Leiterin der Delegation,</i> <i>Abgeordneter Uwe Beckmeyer (SPD),</i> <i>Abgeordneter Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU),</i>
Ablauf der Tagung	1	<i>Abgeordneter Florian Hahn (CDU/CSU),</i> <i>Abgeordneter Jürgen Hardt (CDU/CSU),</i> <i>Abgeordneter Robert Hochbaum (CDU/CSU),</i>
Politischer Ausschuss (PC)	1	<i>Abgeordneter Dietmar Nietan (SPD),</i> <i>Abgeordneter Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/</i> <i>DIE GRÜNEN),</i>
Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)	5	<i>Abgeordnete Anita Schäfer (CDU/CSU),</i> <i>Abgeordneter Paul Schäfer (DIE LINKE),</i> <i>Abgeordneter Dr. Rainer Stinner (FDP).</i>
Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)	12	
Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)	20	
Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)	20	Bundesrat: <i>Staatsminister Karl Peter Bruch (SPD), Rheinland-Pfalz,</i> <i>Minister Holger Hövelmann (SPD), Sachsen-Anhalt,</i> <i>Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD), Nordrhein-Westfalen.</i>
Ständiger Parlamentarischer NATO-Russland-Ausschuss (NRPC)	23	
Plenarsitzung	25	
Entschlüsse 381 bis 386	29	Ablauf der Tagung

Die 56. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV) fand vom 12. bis 16. November 2010 in Warschau, Polen, statt.

Teilnehmer der deutschen Delegation

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

Deutscher Bundestag:

Abgeordneter Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Leiter der Delegation,

Die Sitzungen der Fachausschüsse fanden am Samstag, 13. November 2010, und am Sonntag, 14. November 2010, statt. Das Plenum tagte am Dienstag, 16. November 2010.

Politischer Ausschuss (PC)

Der Politische Ausschuss tagte am Samstag, 13. November 2010, und am Sonntag, 14. November 2010, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland).

I. Überblick über die Themen

Im Zentrum der Beratungen des Politischen Ausschusses standen – neben Vorträgen über Polens Außen- und Si-

cherheitspolitik sowie den politischen Wandel in der Ukraine – die künftige Ausrichtung der NATO und die NATO-Partnerschaften, die politische Lage in Weißrussland sowie die Rolle der NATO in der Golfregion und auf der arabischen Halbinsel.

II. Vortrag von Jacek Najder, Staatssekretär im polnischen Außenministerium, zum Thema „Polens Prioritäten in der Außen- und Sicherheitspolitik: Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union und die NATO – polnische Perspektiven und Schwerpunkte“

Staatssekretär **Jacek Najder** lobte die Rolle der NATO PV bei der Initiierung außen- und sicherheitspolitischer Debatten in den Mitgliedstaaten der NATO. Das neue Strategische Konzept der NATO, das in Kürze verabschiedet werde, werde die Beistandsverpflichtung der Bündnispartner gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrages betonen und zur Glaubwürdigkeit und Effektivität der Allianz beitragen. Zudem werde der Kontakt der NATO zu Nicht-Mitgliedstaaten vertieft, insbesondere zur Russischen Föderation, die auch für Polen ein wichtiger Partner sei. Polen habe die Erfahrung gemacht, dass Meinungsunterschiede mit Russland offen angesprochen werden könnten, und halte eine Zusammenarbeit daher zwar für schwierig, aber für möglich. Für künftige exterritoriale Einsätze der NATO forderte der Staatssekretär eine gerechte Lastenteilung ein. Der derzeit wichtigste Einsatz der Allianz in Afghanistan habe die Notwendigkeit einer engeren Kooperation mit der Europäischen Union (EU) deutlich gemacht. Die Konzentration der EU auf vorrangig zivile Fähigkeiten könne zu einer sinnvollen Aufgabenteilung mit der NATO führen. Der Vertrag von Lissabon, der die Gemeinsame Außen- und Sicherheits- sowie die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU weiterentwickle und neue Mechanismen einführe, biete eine gute Grundlage für die Stärkung der Rolle der EU als strategischer Partner. Polen werde die GSVP zu einem Schwerpunkt seiner Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 2011 machen und den Fokus besonders auf den Ausbau der Fähigkeiten und auf eine engere zivil-militärische Kooperation legen. Wichtig sei zu verhindern, dass sich die notwendigen Haushaltskürzungen in vielen Mitgliedstaaten der EU negativ auf die Missionen im Rahmen der GSVP auswirkten. Hierbei könne eine bessere Kooperation zwischen der EU und der NATO helfen, insbesondere durch folgende Maßnahmen: einen intensivierten politischen Dialog zwischen den beiden Organisationen, die praktische Zusammenarbeit, insbesondere bei zivil-militärischen Einsätzen, und die Harmonisierung von Fähigkeiten. Der Staatssekretär schlug außerdem eine engere Abstimmung zwischen der NATO PV und dem Europäischen Parlament über sicherheitspolitische Fragen vor. Auf die Anmerkung eines Ausschussmitglieds, dass die Forderung nach einer engeren Zusammenarbeit zwischen NATO und EU bisher kaum praktische Folgen gehabt habe, erwiderte Jacek Najder, dies hänge mit der ungelösten Zypernfrage

zusammen. Auf die Frage eines anderen Mitglieds nach Polens Haltung zum EU-Programm der Östlichen Partnerschaft antwortete er, während der Ratspräsidentschaft wolle sich Polen insbesondere für eine Stärkung der Grenzschutzbehörden in den östlichen Partnerstaaten einsetzen.

III. Beratung des Generalberichtsentwurfes „Der Zusammenhalt innerhalb des Bündnisses“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Senatorin Raynell Andreychuk (Kanada)

In den letzten Jahren habe die NATO wiederholt vor Herausforderungen gestanden, die den Zusammenhalt der Bündnispartner auf die Probe gestellt hätten, so die Generalberichterstatterin Senatorin **Raynell Andreychuk** (Kanada). Das neue Strategische Konzept der NATO, das am 19. und 20. November 2010 in Lissabon verabschiedet werden solle, werde nun eine wichtige Richtschnur für die zukünftige Ausrichtung der Allianz sein, die Umsetzung hinge allerdings vom Engagement der Mitgliedstaaten ab. Diese müssten den politischen Willen haben, ihre nationale Sicherheitspolitik im Rahmen des Bündnisses zu koordinieren und ihre Streitkräfte so auszubilden und auszurüsten, dass sie an NATO-Missionen teilnehmen könnten. Der Bericht untersuche, wie diese Anforderungen erfüllt werden könnten, und wie der Zusammenhalt der Bündnispartner gestärkt werden könne, um die NATO für zukünftige Herausforderungen zu rüsten.

In der Debatte kritisierte der Abgeordnete **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland), dass der Entwurf des neuen Strategischen Konzepts den Parlamenten der NATO-Mitgliedstaaten nicht zugänglich gemacht worden sei und eine offene Debatte daher nicht habe erfolgen können. In diesem Zusammenhang sei auch die Absage der Teilnahme des NATO-Generalsekretärs Anders Fogh Rasmussen an dieser Jahrestagung besonders unglücklich. Diskussionsbedarf bestehe zum Beispiel über die Frage der Einbeziehung der Cyber-Sicherheit in den Anwendungsbereich des Artikel 5 des Nordatlantikvertrages. Da die Urheber von Cyber-Attacken oft nur schwer zu identifizieren seien, werfe dies hochkomplexe Fragen auf. Die Definition der Raketenabwehr als NATO-Aufgabe sei zwar grundsätzlich richtig, unklar sei aber, ob tatsächlich eine Bedrohungsanalyse durchgeführt worden sei. Im Hinblick auf den NATO-Einsatz in Afghanistan betonte der Abgeordnete die große Bedeutung der Afghanistan-Konferenz im Januar 2010 in London, da sich die Bündnispartner hier erstmals auf eine einheitliche Einschätzung, Zielsetzung und Strategie verständigt hätten. Dies sei allerdings leider mehrere Jahre zu spät erfolgt. Er regte an, eine Sicherheitskonferenz zu Afghanistan mit allen relevanten Partnern der Region einzuberufen. Dazu gehöre auch der Iran, der nicht nur unter dem Aspekt der nuklearen Bedrohung gesehen werden dürfe.

Mehrere Ausschussmitglieder drückten ihre Bedenken im Hinblick auf die Entwicklung der Lage in Afghanistan aus. Es sei offen, ob die neue Strategie der NATO greife und ob eine Reintegration moderater Taliban-Kämpfer in

die afghanische Gesellschaft Erfolg haben werde. Bedenklich sei auch die hohe Zahl ziviler Opfer. Andere Abgeordnete sahen die Entwicklungen in Afghanistan positiver und betonten die Verbesserungen, die die internationale Gemeinschaft dort bereits erreicht habe. Große Hoffnung setzten einige Redner in den Aufbau und die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte. Ein Abgeordneter erinnerte daran, dass eine erneute Machtergreifung der Taliban in Afghanistan auch Pakistan destabilisieren könne, was aufgrund der dort vorhandenen Nuklearwaffen nicht hinnehmbar sei. Mehrere Debatteilnehmer gingen auf die Kooperation der NATO mit Russland und mit der EU ein und forderten eine Vertiefung beider Partnerschaften. Die NATO und Russland müssten nicht in allen Punkten übereinstimmen, sollten aber ihre gemeinsamen Interessen gemeinsam verfolgen. Ein türkischer Abgeordneter forderte die EU auf, die Interessen von NATO-Mitgliedern, die nicht gleichzeitig Mitglied der EU seien, stärker zu berücksichtigen.

IV. Vortrag von Andrzej Szeptycki, Assistenzprofessor am Institut für internationale Beziehungen, Universität Warschau, zum Thema „Die Ukraine unter Präsident Viktor Janukowitsch: Innenpolitische Veränderungen und außenpolitische Konsequenzen“

Andrzej Szeptycki berichtete über die innenpolitischen Entwicklungen in der Ukraine seit der Präsidentschaftswahl Anfang 2010, über die Entwicklung der Beziehungen des Landes zur Russischen Föderation und über die Beziehungen zum Westen. Den Verlauf der Präsidentschaftswahl bewertete er als frei und fair. Die Partei der Regionen, die mit Viktor Janukowitsch die Wahl gewonnen habe, habe verfassungsrechtliche Errungenschaften der Orangen Revolution bereits rückgängig gemacht. Die Opposition habe sich immer noch nicht von der verlorenen Wahl erholt und verhalte sich bisher passiv. Erhebliche Sorgen machten die Einschränkungen der Pressefreiheit unter der neuen Regierung. So seien mehrere Fernsehsender geschlossen und die staatliche Unterstützung für oppositionelle Presseorgane sei gekürzt worden. Zudem werde die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen erschwert. Um Staatspräsident Viktor Janukowitsch werde ein Personenkult aufgebaut. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sei ein Schwerpunkt der neuen Regierung und verlaufe positiv. So habe die Ukraine die Beziehungen zum Internationalen Währungsfonds intensiviert, Sparmaßnahmen umgesetzt und wirtschaftliche Reformen eingeleitet. Die Ukraine sei auf dem Weg, ein politisch und wirtschaftlich stabiler, aber autoritär geführter Staat zu werden. Die Regierung habe zwar erklärt, ausgewogene Beziehungen zur Russischen Föderation und zum Westen unterhalten zu wollen, tatsächlich finde aber eine starke Anlehnung an Russland statt. So sei Russland vertraglich der Verbleib der Schwarzmeerflotte auf der Krim zugesichert worden, beide Staaten planten den Bau eines gemeinsamen Atomkraftwerkes und die ukrainische Geschichte werde russlandfreundlich umgedeutet. Die Ukraine verfolge nicht länger den Wunsch,

der NATO beizutreten. Das Land sei jedoch auch nicht gegen die NATO eingestellt, und es gebe auf vielen Ebenen eine Zusammenarbeit, beispielsweise beim Austausch von Daten, bei gemeinsamen Militärmanövern sowie beim Transfer von Gütern nach Afghanistan. Das Verhältnis zur EU sei ebenfalls zufriedenstellend und könne möglicherweise durch den Abschluss eines Freihandelsabkommens, die Kooperation bei der Energieversorgung und eine Liberalisierung der Visaregelungen fortentwickelt werden. Es sei wichtig für EU und NATO, sich im Verhältnis zur Ukraine auf Themen zu fokussieren, die nicht politisch brisant seien, und Erfolge für beide Seiten brächten.

Auf die Frage eines Ausschussmitglieds, ob der Ausgang der Präsidentschaftswahl als Votum für Janukowitsch oder gegen die intern zerstrittene frühere Regierung unter Viktor Juschtschenko zu werten sei, antwortete Andrzej Szeptycki, er sehe einen Rechtsruck im Land als ursächlich für das Wahlergebnis an. Ein ukrainischer Abgeordneter erklärte, sein Land vertiefe nicht nur die Beziehungen zu Russland, sondern auch zu anderen Ländern, beispielsweise zu China und Venezuela.

V. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ über „Die NATO und ihre Kontaktstaaten“, vorgelegt von dem Berichterstatter Abgeordneter Jose Luis Arnaut (Portugal)

Der Berichterstatter Abgeordneter **Jose Luis Arnaut** (Portugal) bezeichnete die Partnerschaften der NATO mit Nichtmitgliedstaaten als Schlüsselement der Transformation der Allianz nach Ende des Kalten Krieges. Diese Beziehungen reflektierten die Entwicklung der NATO vom reinen Verteidigungsbündnis hin zu einer sehr flexiblen Sicherheitsorganisation mit der Fähigkeit, Frieden und Stabilität auch außerhalb des Bündnisgebietes zu verteidigen. Viele der heutigen Sicherheitsrisiken, sei es die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, der internationale Terrorismus, die Problematik von *failed states*, die Cyber-Sicherheit oder die Piraterie, seien nicht auf die euro-atlantische Region beschränkt. Um diesen Risiken zu begegnen, würden neben militärischen Fähigkeiten auch politische, wirtschaftliche und soziale Kompetenzen benötigt. Um diesen umfassenden Ansatz zu gewährleisten, sei die NATO als primär politisch-militärische Organisation auf die Kooperation mit unterschiedlichen Partnern angewiesen. Der Bericht beleuchte die Beziehungen der NATO zu vier Staaten – Australien, Japan, Neuseeland und Südkorea –, die sich bisher besonders intensiv an NATO-Einsätzen beteiligt hätten.

Eine Abgeordnete aus Südkorea, die an der Jahrestagung als Beobachterin teilnahm, erklärte, ihr Land sei an einer Zusammenarbeit mit der NATO interessiert und wolle eine aktive Rolle in der internationalen Gemeinschaft spielen. In Afghanistan unterhalte Südkorea ein regionales Wiederaufbauteam (*Provincial Reconstruction Team*, PRT). Auch in anderen Bereichen, bei der Terrorismusbekämpfung, bei der Bekämpfung der Piraterie und bei der

Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, sei eine Kooperation wünschenswert. Ein Mitglied des Unterausschusses schlug vor, die Erfahrungen, die der Unterausschuss vor kurzem bei einem Besuch in Japan gemacht habe, in den Bericht einfließen zu lassen. Mit einer entsprechenden Änderung wurde der Berichtsentwurf angenommen.

VI. Vortrag von Dzianis Melyantsou, leitender Analyst am Belarusian Institute for Strategic Studies (BISS), zum Thema „Weißrussland am Vorabend der Präsidentschaftswahlen: Innenpolitische Entwicklungen und Außenpolitik“

Dzianis Melyantsou hielt den gegenwärtigen Präsidentschaftswahlkampf in Weißrussland für offener und demokratischer als frühere Wahlkämpfe. Dies dürfe allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass es keinen nennenswerten Herausforderer von Präsident Alexander Lukaschenko gebe. Dies sei der schwachen und gespaltenen Opposition geschuldet. Die neun Präsidentschaftsbewerber, die gegen Lukaschenko kandidierten, zersplitterten die Unterstützung der Wähler. Nach derzeitigen Umfragen entfielen auf Präsident Lukaschenko 48,2 Prozent der Wählerstimmen, während der erfolversprechendste Gegenkandidat lediglich 16,8 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen könne. Mehr als 73 Prozent der Wahlberechtigten hätten erklärt, ihre Stimme abgeben zu wollen. Nur elf Prozent wollten sich für den Fall, dass die Wahlen manipuliert werden sollten, an Protesten beteiligen. Die Beziehungen zwischen Weißrussland und Russland hätten sich seit der Unabhängigkeit von Weißrussland kontinuierlich verschlechtert und seien jetzt auf dem Tiefpunkt angekommen. Die Spannungen zwischen beiden Ländern seien politischer und wirtschaftlicher Natur. Russland verfolge in Weißrussland vornehmlich wirtschaftliche, insbesondere energiewirtschaftliche Interessen, sei aber auch an einer militärischen Zusammenarbeit interessiert. Russland versuche, seine wirtschaftliche Überlegenheit gegenüber Weißrussland politisch auszunutzen. Weißrussland entwickle jedoch auch Wirtschaftsbeziehungen zu China und Venezuela und entziehe sich langsam der russischen Einflussphäre. Während im Jahr 2006 nur etwa 27 Prozent der Menschen in Weißrussland eine Mitgliedschaft des Landes in der EU und etwa 56 Prozent einen Beitritt zur Russischen Föderation befürwortet hätten, habe sich die öffentliche Meinung bis zum Jahr 2010 zugunsten der EU-Annäherung entwickelt. Jetzt wollten bereits 42 Prozent einen Anschluss an die EU und nur noch 35 Prozent einen Anschluss an Russland. Die Beziehungen zwischen Weißrussland und der NATO seien zwiespältig. Zwar werde die NATO in Weißrussland immer noch als Hauptgegner wahrgenommen, gleichzeitig gebe es aber auch erfolgreiche Kontakte im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden. Dzianis Melyantsou hielt es für wahrscheinlich, dass Weißrussland seine militärische Kooperation mit Russland aufrechterhalten, sich wirtschaftlich aber enger an den Westen angliedern werde. Er empfahl der NATO und der EU, sich weiterhin mit den Entwicklungen in Weißrussland zu beschäftigen.

In der nachfolgenden Diskussion gingen Ausschussmitglieder auf die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Weißrussland und der Russischen Föderation, die Schwäche der Opposition in Weißrussland und die Möglichkeiten des Westens ein, demokratische Entwicklungen dort zu unterstützen.

VII. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ über „Sicherheit in der Golfregion und auf der arabischen Halbinsel: Eine Agenda für die NATO“, vorgelegt von dem Berichterstatter Abgeordneter Mike Ross (Vereinigte Staaten)

Die Sicherheitslage in der Golfregion und auf der arabischen Halbinsel sei von strategischer Bedeutung für die NATO, erklärte der Berichterstatter Abgeordneter **Mike Ross** (Vereinigte Staaten). Die andauernden Spannungen in der Region erfüllten die Allianz und die gesamte internationale Gemeinschaft daher mit Sorge. Die staatliche Instabilität im Irak und im Jemen, die terroristische Gefahr und die Piraterie am Horn von Afrika seien Beispiele dafür. Der Bericht beschäftige sich zunächst mit der aktuellen politischen und sicherheitspolitischen Lage und gehe besonders auf die Rolle der NATO in der Region ein, vor allem im Rahmen der *Istanbul Cooperation Initiative (ICI)*. Außerdem enthalte der Bericht einige Vorschläge für ein stärkeres Engagement der NATO und komme zu dem Schluss, dass eine stärkere Präsenz in der Golfregion die Kooperation und Koordination mit den Golfstaaten voraussetze, auf gegenseitigem Vertrauen fußen und einen diplomatischen Schwerpunkt beinhalten müsse.

In der nachfolgenden Debatte spielte das Thema der drohenden nuklearen Bewaffnung des Iran eine große Rolle. Mehrere Ausschussmitglieder äußerten sich dahingehend, dass dem Iran die Entwicklung von Atomwaffen nicht zugestanden werden dürfe. Offen blieb jedoch die Frage, wie die NATO reagieren solle, falls diplomatische Anstrengungen und Sanktionen fehlschlügen. Im Hinblick auf den Jemen äußerten mehrere Abgeordnete die Befürchtung, dort könne ein neuer sicherer Rückzugsort für Al-Qaida entstehen. Es bestand Einigkeit darüber, dass die Regierung des Jemen bei der Bekämpfung der Terrororganisation unterstützt werden müsse. Während mehrere Redner den Einsatz zur Bekämpfung der Piraterie vor dem Horn von Afrika lobten, äußerten sie gleichzeitig Kritik an Staaten der Region, deren rechtsstaatliche Strukturen für ein effektives Vorgehen gegen Piraten nicht ausreichten. Der Berichtsentwurf wurde angenommen.

VIII. Abstimmung über den Entschließungsentwurf „Die zunehmende Bedeutung der NATO-Partnerschaften“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Senatorin Raynell Andreychuk (Kanada)

Nach der Beratung und Abstimmung von vier Änderungsanträgen, von denen zwei die Zustimmung der Ausschussmitglieder fanden, wurde die Entschließung in entsprechend geänderter Form vom Ausschuss angenommen.

IX. Personalien/Wahlen

Die Senatorin **Raynell Andreychuk** (Kanada) wurde zur neuen Vorsitzenden des Politischen Ausschusses gewählt. Sie löste Dr. Karl A. Lamers ab, der nicht erneut kandidieren konnte. Die Abgeordneten **José Lello** (Portugal) und **Mike Ross** (Vereinigte Staaten) wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Der Abgeordnete **Assen Agov** (Bulgarien) wurde neuer Generalberichterstatter. Für den Unterausschuss „NATO-Partnerschaften“ wurden der Abgeordnete **Pierfrancesco Gamba** (Italien) zum stellvertretenden Vorsitzenden und der Abgeordnete **Daniel Bacquelaïne** (Belgien) zum Berichterstatter gewählt. Neue stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ wurden die Abgeordneten **José Luis Arnaut** (Portugal) und **Ben Chandler** (Vereinigte Staaten), neuer Berichterstatter wurde der Abgeordnete **John Dyrby Paulsen** (Dänemark). Alle übrigen Mandatsträger, darunter der Abgeordnete **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) als Vorsitzender des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“, waren zur Wiederwahl zugelassen und wurden per Akklamation in ihren Ämtern bestätigt.

X. Sonstiges

Am Schluss der Sitzung bedankte sich der scheidende Ausschussvorsitzende, **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) bei den Mitgliedern des Ausschusses für die gute und konstruktive Zusammenarbeit und für die aktive Beteiligung an der Ausschussarbeit. Er dankte außerdem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Internationalen Sekretariats der NATO PV, besonders dem Direktor des Politischen Ausschusses, Steffen Sachs, für ihre wertvolle und engagierte Unterstützung der politischen Arbeit.

Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

Der Ausschuss tagte am Samstag, 13. November 2010, und am Sonntag, 14. November 2010, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Julio Miranda Calha** (Portugal).

I. Überblick über die Themen

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Lage in Afghanistan und die NATO-Ausbildungsmission der afghanischen Sicherheitskräfte. Daneben beschäftigten sich die Delegierten mit der zukünftigen strategischen Bedeutung von Nuklearwaffen in Europa, dem geplanten Aufbau eines Raketenabwehrschildes und mit der Frage, ob die NATO aufgrund der veränderten Sicherheitslage in der Arktis dort eine Rolle übernehmen solle.

II. Vortrag von Bogdan Klich, polnischer Verteidigungsminister, zum Thema „Kollektive Verteidigung, Krisenmanagement und Förderung der internationalen Sicherheit – die Kernaufgaben der NATO nach Lissabon“

Der polnische Verteidigungsminister **Bogdan Klich** drückte zu Beginn seines Vortrages die Hoffnung aus, auf

dem NATO-Gipfel am 19. und 20. November 2010 in Lissabon werde es eine schnelle Einigung über das neue Strategische Konzept der NATO geben. Er sah drei Kernaufgaben der NATO, die sich aus polnischer Sicht im neuen Strategischen Konzept wiederfinden sollten: die kollektive Verteidigung, das Krisenmanagement sowie die internationale Sicherheit. Kollektive Verteidigung bedeute, die Sicherheit aller Mitgliedstaaten zu schützen. Dazu gehörten die Bereitschaft der Mitgliedstaaten zur militärischen Verteidigung jedes einzelnen Landes, die Notfallplanung sowie die Verbesserung von militärischer Infrastruktur. Die NATO müsse in den Mitgliedstaaten mehr Präsenz zeigen. Das neue Strategische Konzept sehe eine deutliche Verschlinkung der NATO-Kommandostruktur und eine Verringerung der Anzahl von Gremien vor. Dies solle zu einem Abbau von Bürokratie und zu größerer Effektivität führen. Beim Krisenmanagement gehe es vor allem darum, die Zusammenarbeit mit der EU und anderen Akteuren zu stärken. Der Einsatz in Afghanistan sei dafür ein gutes Beispiel. Dort werde jetzt das Ziel verfolgt, die Verantwortung für die Sicherheit bis 2014 in afghanische Hände zu übergeben. Es gehe jedoch auch um die Entwicklung und den Aufbau einer Zivilgesellschaft. Daher spiele die Zusammenarbeit mit Partnern, die sich darauf spezialisierten, eine große Rolle. Politische Hindernisse und Konflikte unter den Mitgliedern der EU und der NATO müssten überwunden werden. Für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen schlage Polen die Schaffung eines neuen rechtlichen Rahmens – zum Beispiel durch Erweiterung der Berlin-Plus-Vereinbarung – vor. Bereits jetzt seien 21 Staaten in beiden Organisationen Mitglied. Es sei daher wichtig, kohärent zu handeln, Synergien zu nutzen und in einen regelmäßigen Dialog zu treten. Die Partnerschaft mit Russland, die hoffentlich auf dem kommenden NATO-Gipfel vertieft werde, sei ebenfalls sehr wichtig für das Bündnis. Die Zusammenarbeit müsse vor allem in Bezug auf Georgien, Weißrussland und den Balkan verbessert werden.

Die Abgeordneten **Geoffrey van Orden** (Europäisches Parlament) und **Claude Bachand** (Kanada) stellten in der anschließenden Debatte ebenfalls die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU fest, forderten jedoch auch eine stärkere Abgrenzung der Aufgabenbereiche ein. Insbesondere für Länder mit Doppelmitgliedschaft sei es wichtig festzulegen, welche Rolle die NATO und welche Rolle die EU spiele. **Geoffrey van Orden** sah die Zuständigkeit der EU eher im zivilen Bereich. Dadurch, dass sie zunehmend militärische Aufgaben übernehme, entstünden Doppelungen und würden Ressourcen verschwendet. Der Abgeordnete **Teodor-Viorel Melescanu** (Rumänien) drückte die Erwartung aus, dass die Themen *Cyber-* und *Energiesicherheit* im neuen Strategischen Konzept aufgegriffen würden. Auf die Frage des Abgeordneten **Sven Mikser** (Estland), ob der Grundsatz der kollektiven Sicherheit gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrages in Konflikt mit der Bereitschaft der NATO zur Aufnahme neuer Mitglieder treten könne, erwiderte Verteidigungsminister

Bogdan Klich, die Beitrittspolitik der NATO fördere Frieden und Sicherheit im Umfeld des Bündnisses.

III. Vortrag von General Mieczyslaw Cieniuch, Generalstabschef der polnischen Streitkräfte, zum Thema „Der polnische Militärbeitrag zur NATO: Verschiedene Aspekte“

General **Mieczyslaw Cieniuch** unterrichtete den Ausschuss über die Beteiligungen des polnischen Militärs an internationalen Einsätzen der NATO, der EU und der Vereinten Nationen (VN). Die meisten Truppen stelle das polnische Militär für NATO-Einsätze ab, größtes Einsatzgebiet sei dabei derzeit Afghanistan. Dort seien insgesamt 2 600 Soldaten ohne Führungsaufgaben dem Regionalkommando Ost zugeordnet und an der Ausbildung afghanischer nationaler Sicherheitskräfte beteiligt. Polen sei damit der siebtgrößte Truppensteller in Afghanistan. Polen erfülle nicht nur die Kriterien der NATO für die Beteiligung an Einsätzen, sondern überschreite die vorgesehenen Mindestgrenzen sowohl bei der Einsatzfähigkeit als auch bei der Bereithaltung von polnischen Truppen. Das Korps Nordost der NATO, das aus Streitkräften aus elf Mitgliedstaaten bestehe, sei in Stettin stationiert. Seit 2004 gebe es ein Streitkräfteausbildungszentrum der NATO in Bydgoszcz. Polen sei ebenfalls Einsatzort für 35 Mitglieder des 3. Funkerbataillons der NATO, die aus neun Mitgliedstaaten stammten. Weitere NATO-Projekte in Polen seien das *NATO Center of Excellence* und das *NATO Security Investment Program*. Der General wies darauf hin, dass Polen die Projektkosten zu 70 Prozent übernehme und der NATO keine großen finanziellen Belastungen durch ihr Engagement in Polen entstünden. Polen erfülle seine Bündnisverpflichtungen aus Artikel 5 des Nordatlantikvertrages. In der NATO-Kommandostruktur sei Polen mit 280 Führungskräften vertreten und beteilige sich sowohl am Trainings- und Übungsprogramm der NATO, mit dem Hauptaugenmerk auf der Ausbildung und Vorbereitung der Soldaten im Einsatz, als auch am Entwicklungs- und Forschungsprogramm. Insgesamt betrachte Polen die NATO-Mitgliedschaft als ein Geben und Nehmen.

IV. Vortrag von Stanislaw Koziej, Leiter des polnischen Büros für Nationale Sicherheit, zum Thema „Nationale Interessen und die Strategie des Bündnisses“

Stanislaw Koziej ging in seinem Vortrag auf die Schwierigkeiten ein, die Interessen einzelner Mitgliedstaaten, in dem Fall Polens, mit den Interessen der NATO in Einklang zu bringen. Das neue Strategische Konzept bedeute eine *Road Map* für die Ausrichtung des Bündnisses in den kommenden zehn Jahren. Nach Ansicht Polens sei es wichtig, eine gemeinsame Strategie mit einem breiten Konsens sozusagen von unten nach oben zu entwickeln, die möglichst die nationalen Interessen reflektieren solle. Dies sei das Gegenteil der Politik des Warschauer Pakts, in dem die Strategie ausschließlich aus Moskau vorgegeben worden sei. Die NATO verstehe sich jedoch als demokratisches Bündnis, das versuche, nationale Interessen und Bündnisinteressen miteinander in Einklang zu brin-

gen. Für Polen, das seit elf Jahren Mitglied der NATO sei, sei der Kernbereich der Allianz die kollektive Verteidigung gemäß Art. 5 des Nordatlantikvertrages. Es sei notwendig, diesen Kernbereich im neuen Strategischen Konzept nochmals zu verdeutlichen. Ein weiterer wichtiger Punkt sei der Aufbau eines gemeinsamen Raketenabwehrsystems, um der Gefahr neuer Raketentechnologien, die auch in Besitz von sogenannten „Schurkenstaaten“ oder von Terroristen gelangen könnten, zu begegnen. Das nukleare Risiko in der Welt werde immer größer, so dass es wichtig sei, ein Gleichgewicht durch Abschreckung zu erreichen. Notwendig sei eine abgestimmte Sicherheitspolitik im euroatlantischen Raum unter Einbeziehung Russlands.

Auf eine Nachfrage des Abgeordneten **Sven Mikser** (Estland) zur Zusammenarbeit mit Russland bei der Errichtung eines Raketenabwehrsystems erwiderte **Stanislaw Koziej**, für eine gemeinsame Entwicklung eines solchen Systems sei es vermutlich noch zu früh, auch wenn eine stärkere Integration Russlands in die NATO grundsätzlich vorstellbar sein. Während der Abgeordnete **Ioan Mircea Pascu** (Europäisches Parlament) forderte, die EU stärker in die Sicherheitsstrategien der NATO einzubeziehen, hielt **Stanislaw Koziej** es für richtiger, dass die EU ihre eigene Sicherheitsstrategie entwickle, die allerdings dann mit der der NATO in Einklang gebracht werden müsse. Der Abgeordnete **Victor Zavarzin** (Russische Föderation) unterstrich, dass auch für Russland eine Lösung in der Raketenabwehrfrage von hoher Priorität sei, und sicherte die Unterstützung für ein gemeinsames Raketenabwehrsystem zu. Er hoffe, dass beim NATO-Gipfel in Lissabon endlich ein politisches Signal gesetzt werde, so dass sich alle Staaten mit der Bedrohung beschäftigen müssten und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit im Bereich der Raketenabwehr erkannt werde, nachdem in den letzten zehn Jahre leider nichts passiert sei.

V. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Die Vorbereitung der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte auf den Übergang“, vorgelegt von dem amtierenden Generalberichterstatter Abgeordneter Sven Mikser (Estland)

Der amtierende Generalberichterstatter Abgeordneter **Sven Mikser** (Estland) dankte zunächst dem vorherigen Berichterstatter Frank Cook und schloss sich dessen Auffassung an, dass trotz der intensivierten Anstrengungen bei der Ausbildung der afghanischen Nationalarmee (ANA) und der afghanischen Nationalpolizei (ANP) nach wie vor weitreichende und besorgniserregende Unzulänglichkeiten bestünden. Die afghanischen Sicherheitskräfte seien alleine noch nicht in der Lage, die Sicherheit des afghanischen Volkes zu gewährleisten. Allerdings sei trotz des langsamen und schwierigen Fortschritts eine kontinuierliche Entwicklung zu erkennen, die ihn verhalten optimistisch stimme, dass der Übergang der Verantwortung auch tatsächlich erfolgreich sein werde. Hierzu bedürfe es jedoch weiterhin einer erhöhten Anzahl an Truppen und Material und besonders an Ausbildern. Die wesentlichen Fortschritte, die seit dem Jahr 2009 gemacht worden, die jedoch nur schwer messbar seien, würden in erster Linie

auf den verstärkten Bemühungen der NATO im Rahmen ihrer Ausbildungsmission (NTM-A) und auf dem Konzept des *Partnering* beruhen. Trotz der anfänglich geringen Mittel habe das Ausbildungsprogramm beachtliche Erfolge hervorgebracht. So sei beispielsweise die geplante Truppenstärke der ANA und der ANP bereits drei Monate früher erreicht worden als geplant. Dieser Erfolg sei durch die verstärkte Anwerbung von Soldaten, eine Erhöhung ihrer Besoldung, Intoleranz gegenüber Kriminalität und Drogenabhängigkeit in der Truppe, durch Fortschritte beim Umgang mit Ausrüstung, Waffen und Fahrzeugen sowie durch Bekämpfung des Analphabetismus erreicht worden. Hinzu kämen verstärkte Anstrengungen beim Aufbau einer fähigen Führungsebene, so dass die Zahl der Unteroffiziere innerhalb weniger Monate um etwa 20 bis 30 Prozent angestiegen sei. Seinen lediglich verhaltenen Optimismus trotz dieser Erfolge erklärte der Berichterstatter mit dem nach wie vor bestehenden Mangel an qualifizierten afghanischen Führungskräften sowie den anhaltenden Problemen mit Analphabetismus, Drogenmissbrauch und Korruption, die schwer in den Griff zu bekommen seien. Zudem sei die Regierungsführung in Afghanistan noch nicht gefestigt und es fehle der Aufbau eines effektiven Justizwesens. Bis die afghanischen Sicherheitskräfte in ihrem Land alleine für Sicherheit würden sorgen können, sei es daher noch ein sehr langer Weg.

In der nachfolgenden Debatte stimmte Senator **Joseph A. Day** (Kanada) der Einschätzung des Berichterstatters zu, unterstrich aber die Forderung, bis zum Jahr 2014 den Übergang der Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände zu erreichen. Kanada werde seine Truppen voraussichtlich 2011 abziehen, wolle aber die Fortsetzung der Beteiligung an der Ausbildungsmission sicherstellen. Die Abgeordnete **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich) sah ein großes Problem in der Anordnung des afghanischen Präsidenten Hamid Karzai, private Sicherheitsunternehmen in Afghanistan bis Ende 2010 aufzulösen. Der Abgeordnete **Sir John Stanley** (Vereinigtes Königreich) wies darauf hin, dass im vorliegenden Bericht zwar der Zeitpunkt des Übergangs der Sicherheitsverantwortung betrachtet, die Frage nach dem Zeitpunkt für einen Rückzug der NATO-Truppen aber nicht beantwortet werde. Dahingehend gebe es derzeit unterschiedliche Ankündigungen. So wolle sich das Vereinigte Königreich laut dem britischen Premierminister David Cameron bis 2015 von allen Kampftätigkeiten zurückziehen, während die Vereinigten Staaten bisher lediglich von einer Truppenreduzierung, nicht aber von Rückzug sprächen. Von daher schlug er vor, den vorliegenden Bericht fortzuschreiben und zu klären, wie ein koordinierter Rückzug der Truppen gewährleistet werden könne. Auch der Abgeordnete **Ho Young Joo** (Republik Korea) sah die Problematik eines geordneten Rückzugs der NATO, der aus seiner Sicht erst dann erfolgen könne, wenn Afghanistan in der Lage sei, selbst die Sicherheit des Landes zu gewährleisten. Er betonte die Unterstützung Koreas, beispielsweise durch die Entsendung von Hilfsorganisationen. Der Abgeordnete **Jean-Michel Boucheron** (Frankreich) war der Auffassung, dass die Gewährleistung der Sicherheit Afghanistans durch eigene Kräfte nicht funktionieren werde. Man könne ein westliches Konzept nicht in einem Land wie

Afghanistan verfolgen, welches nicht westlich orientiert sei, keine zentrale Organisation habe und ein Kriegsland sei. Angesichts der herrschenden Korruption könne weder der Aufbau des afghanischen Militärs noch der Polizei funktionieren, und man dürfe nicht den Grund des NATO-Einsatzes in Afghanistan vergessen, den Kampf gegen Al-Qaida. Ziel der internationalen Gemeinschaft sei es zu verhindern, dass neue Stützpunkte von Al-Qaida in Afghanistan errichtet würden, alles andere, der Aufbau und die politische Zukunft des Landes, sei Sache der Afghanen, nicht der NATO. Die Abgeordnete **Nilofar Bakhtiar** (Pakistan) verwies auf die weiterhin instabile Situation in Afghanistan und beklagte die Fortsetzung der Angriffe auf Pakistan. Diese führten zu militärischen und zivilen Opfern und dienten nicht dem Frieden und der Sicherheit in der Region. Pakistan fordere eine Rückzugsstrategie der NATO-Truppen ohne starre Fristen und Daten in einem angemessenen Zeitraum. Die Abgeordneten **Angelien Eijssink** (Niederlande) und **Vahit Erdem** (Türkei) stellten Fragen zur Qualität der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte, zu deren Verbleib in den Sicherheitskräften nach ihrer Ausbildung und zur Zusammenarbeit mit der EU. Der Abgeordnete **Claude Bachand** (Kanada) vertrat ebenfalls die Auffassung, dass der Übergang der Verantwortung auf die afghanischen Sicherheitskräfte Voraussetzung für einen geordneten Rückzug sei. Er sehe den Krieg in Afghanistan als verloren an, und Kanada werde seine Truppen voraussichtlich im Jahr 2011 zurückziehen. Für die Fortsetzung der Ausbildungsmission nach Abzug der NATO-Truppen schlug er ein Rotationssystem unter den Mitgliedstaaten vor. Der Abgeordnete **Giorgio La Malfa** (Italien) forderte ein entschlosseneres Handeln und verstärkte Bemühungen des afghanischen Präsidenten Hamid Karzai, um Probleme wie den Drogenkonsum in den Griff zu bekommen. Notwendig seien auch Fortschritte im Hinblick auf die Demokratisierung des Landes, die Gleichberechtigung der Frauen und die Schulbildung.

VI. Vortrag von Frank Boland, Direktor in der NATO-Abteilung „Verteidigungsplanung und Operationsführung“, zum Thema „Streitkräfteplanung der NATO in Zeiten der Sparsamkeit“

Frank Boland beschäftigte sich in seinem Vortrag mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Streitkräfteplanung der NATO und den daraus folgenden Herausforderungen. Die Herausforderungen bestünden darin, den Bedarf der NATO entsprechend der Anforderungen des neuen Strategischen Konzeptes mit den nationalen Vorstellungen in Übereinstimmung zu bringen. Angestrebt werde ein zyklischer Prozess, bei dem immer wieder überprüft werde, wie viele Streitkräfte zur Erreichung der Ziele benötigt würden und ob dies mit den Zusagen der einzelnen Mitgliedstaaten im Einklang stehe. Dieser Planungs- und Prüfungsprozess erfolge in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten. Dabei erfolge sowohl auf militärischer als auch auf ziviler Ebene zunächst die Aufstellung von politischen Leitlinien und Anforderungen, dann im zweiten Schritt der Abschluss einer Zielvereinbarung und letztendlich die Ergebnisüberprüfung. Die Steigerung der Komplexität von Aufgaben der NATO

mache eine solche Planung zwingend notwendig. Sowohl der Koordinierungsbedarf innerhalb der NATO als auch die Zusammenarbeit mit zivilen Akteuren, der EU und immer mehr Nicht-Mitgliedstaaten, nehme stetig zu. Es gebe viele Herausforderungen für die NATO auch außerhalb des militärischen Bereiches, wie zum Beispiel Polizeiausbildung, Bekämpfung der Piraterie, Cyber-Sicherheit, Investitionen in die Nachrichtentechnik und andere, die den Einsatz finanzieller Mittel erforderten. Nur fünf Mitgliedsländer stellten wie vereinbart zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes als Verteidigungsausgaben in ihren Haushalt ein, die anderen hätten weit niedrigere Verteidigungsetats, so dass es zu Verzögerungen bei der Ausstattung der NATO mit Ausrüstung, Personal und auch in der Ausbildung komme. Die Kürzungen gefährdeten die Zukunft der NATO, da ohne Investitionen die Gefahr der Überalterung der Streitkräfte drohe. Hinzu kämen die Forderungen nach einer verstärkten Multinationalität und einer engeren Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU. Als Beispiel für die Auswirkungen fehlender finanzieller Mittel benannte Frank Boland die Probleme in Afghanistan. Hier müsse dringend in die Infrastruktur des Landes und in die Logistik investiert werden, beispielsweise in den Ausbau des Flughafens von Kandahar. Außerdem seien aufgrund fehlender Mittel weniger Hub-schrauber im Einsatz als notwendig, so dass die Ziele der NATO nur unter schwierigsten Bedingungen und deutlich langsamer als geplant erreicht werden könnten.

Auf die Kritik des Abgeordneten **Giorgio La Malfa** (Italien), dass die Berichte und Planungen oftmals für Parlamentsabgeordnete nicht zugänglich seien und öffentlicher gemacht werden müssten, wies **Frank Boland** auf die Beteiligung der Mitgliedstaaten über Fragebögen und Dokumente zur Beurteilung der Lage und des Personals hin. Die Versendung dieser Dokumente als geheime Verschlusssachen solle zukünftig zwar reduziert werden, aber letztendlich obliege die Geheimhaltung immer einzelstaatlicher Entscheidungen. Er bedauerte, dass aufgrund der Einstufung der Dokumente oftmals nicht bekannt sei, was die NATO alles tue. Von daher stimme er einer größeren Transparenz zu.

VII. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten“ zum Thema „Nichtstrategische Atomwaffen der USA in Europa: Eine NATO Grundsatzdebatte“, vorgelegt von dem Berichterstatter Abgeordneter Raymond Knops (Niederlande), und weitere Erläuterungen von Simon Lunn, Seniorpartner des Genfer Zentrums der demokratischen Kontrolle von Streitkräften (DCAF) und Mitglied des Royal United Service Institute (RUSI) in London

Der Berichterstatter Abgeordneter **Raymond Knops** (Niederlande) forderte für die Diskussion über die zukünftige Strategie der NATO im Hinblick auf Kernwaffen nicht nur mehr Transparenz über die stationierten US-amerikanischen Kernwaffen in Europa, sondern auch weitere Anstrengungen bei nuklearer Rüstungskontrolle

und Abrüstung. Es gebe die Möglichkeiten, Kernwaffen entweder an wenigen Standorten zu konzentrieren oder sie grundsätzlich zu reduzieren. Anstöße für die Diskussion und den vorliegenden Berichtsentwurf hätten sowohl die NATO-Außenministerkonferenz in Tallin im April 2010 als auch der Bericht der Expertengruppe unter Vorsitz der ehemaligen US-Außenministerin Madeleine Albright zur Nuklearpolitik der NATO im Rahmen des neuen Strategischen Konzeptes gegeben. Auf der Tagung der NATO-Außenminister in Tallin habe US-Außenministerin Hillary Clinton an die fünf Grundsätze der Nuklearpolitik der NATO erinnert: Die NATO bleibe als nukleares Bündnis bestehen, solange es Atomwaffen gebe; die nuklearen Risiken und Verantwortlichkeiten müssten von den Bündnispartnern gemeinsam getragen werden; die Reduzierung von Atomwaffen sei das allgemeine Ziel der Mitgliedstaaten; die NATO müsse auf neue Herausforderungen mit nicht-nuklearen Mitteln reagieren und die Transparenz in Bezug auf russische nichtstrategische Atomwaffen müsse erhöht werden. Im neuen Strategischen Konzept der NATO seien demnach keine großen, zukunftsweisenden Veränderungen in der Nuklearpolitik zu erwarten. Trotzdem sei es gerade jetzt wichtig, die Mitgliedstaaten in Fragen der Nuklearpolitik der NATO mehr zu involvieren. Der Berichterstatter schlug als eine mögliche Maßnahme eine gemeinsame öffentliche Erklärung über die Anzahl und Standorte von US-Atomwaffen in Europa vor, um mehr Transparenz in die Diskussion zu bringen und gleichzeitig das Vertrauen Russlands zu gewinnen.

Simon Lunn ergänzte drei Punkte, die die NATO bei ihrer Nuklearpolitik beachten müsse: Zum einen sei bei der Diskussion um die Rolle von Nuklearwaffen im neuen Strategischen Konzept zu berücksichtigen, dass sich das Gebiet der NATO durch die Beitrittspolitik nach 1999 vergrößert habe, und dass alle Mitgliedstaaten Anspruch auf Schutz im Rahmen der Verpflichtung gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrages hätten. Zum anderen befände sich die NATO in einem neuen politischen Umfeld, in dem verstärkt Anstrengungen unternommen würden, die Rolle von Nuklearwaffen immer weiter zu reduzieren und sie schließlich abzuschaffen. Drittens könnten sich die Themen Raketenabwehr und nukleare Abschreckung in der nach wie vor schwierigen Beziehung zu Russland, die gerade erst wieder aufgebaut werde, sowohl als hilfreich als auch als Problem darstellen. Dies müsse bei der Abfassung des neuen Strategischen Konzeptes mit berücksichtigt werden, und deshalb seien in diesem Punkt keine großen Veränderungen zu erwarten. Die NATO werde, wie von US-Außenministerin Hillary Clinton gefordert, solange ein nukleares Bündnis bleiben, wie weltweit Kernwaffen existierten. Grundsätzlich werde der Status Quo aufrechterhalten werden. In Bezug auf Russland müsse jedoch die Chance ergriffen werden, über dieses Thema die gegenseitigen Beziehungen zu verbessern. Dabei sei Transparenz notwendig, um Vertrauen aufzubauen.

Der Abgeordnete **Giorgio La Malfa** (Italien) warf in der anschließenden Debatte die Frage auf, ob eine kernwaffenfreie Welt möglich oder lediglich eine Vision sei. Dies

hänge davon ab, ob die Existenz von Kernwaffen zur Abschreckung für ein stabiles Sicherheitssystem nach wie vor erforderlich sei. Auch der Abgeordnete **Teodor-Viorel Melescanu** (Rumänien) sprach sich für eine Überprüfung des Nutzens von nichtstrategischen nuklearen Waffen aus. Damit spreche er insbesondere die Vereinigten Staaten und Russland an, aber auch auf Ebene der NATO müsse ernsthaft diskutiert werden, welche Auswirkungen der Abzug von Kernwaffen aus Europa haben könne. Aus seiner Sicht sei es wichtig, Kernwaffen zur Abschreckung zu behalten, aber für die Nichtweiterverbreitung zu sorgen. Der Abgeordnete **Sir John Stanley** (Vereinigtes Königreich) wies darauf hin, dass die Präsenz von Kernwaffen ein Sicherheitsrisiko darstelle, welches realistisch betrachtet auch das Risiko der Verbreitung beinhalte. Von daher halte er weiterhin an dem Ziel *Global Zero* für nicht strategische Atomwaffen fest und sehe die Verantwortung dafür nicht nur bei den Vereinigten Staaten und Russland, sondern betrachte dies als Gemeinschaftsaufgabe. Der Abgeordnete **Vahit Erdem** (Türkei) betonte, dass auch die Türkei dieses Ziel unterstützen werde. Die Türkei verfolge als Mitglied der NATO keine Absichten hinsichtlich eines eigenen Atomwaffenprogramms, stehe aber als Bündnispartner für eine Lastenteilung bereit. Der Abgeordnete **Victor Zavarzin** (Russische Föderation) begrüßte die Schritte der Annäherung und die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Russland und zeigte sich optimistisch bezüglich einer synchronen Ratifizierung des *New START*-Vertrages über die Reduzierung strategischer Waffen. Die nichtstrategischen Nuklearwaffen habe Russland bereits um 75 Prozent reduziert. Dies sei eine umfassende vertrauensbildende Maßnahme gewesen. Nach wie vor seien Kernwaffen ein politisches Element der Abschreckung, welches jedoch vor dem Hintergrund einer gemeinsamen und ungeteilten Sicherheit neu betrachtet werden müsse. Der Abgeordnete **Heikki Holmas** (Norwegen) bedauerte, dass das *Global-Zero*-Ziel im neuen Strategischen Konzept der NATO nicht konkretisiert werde. Die einzige Möglichkeit sei nun, dass die Vereinigten Staaten und Russland dieses Ziel bilateral erreichten. Der Abgeordnete **Ioan Mircea Pascu** (Europäisches Parlament) wies darauf hin, dass ein möglicher Rückzug von Atomwaffen in die jeweiligen Ausgangsländer es schwierig machen werde, die Waffen im Bedarfsfall wieder strategisch günstig zu stationieren. Gleichzeitig mahnte er jedoch, die weitere Verbreitung von Kernwaffen zu verhindern und territoriale Aspekte bei der Teilhabe zu betrachten.

VIII. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ über „Sicherheit am oberen Rand der Welt: Gibt es für die NATO eine Rolle im Hohen Norden?“, vorgelegt von der Berichterstatterin Abgeordnete Ragnheidur E. Arnadottir (Island)

Die Berichterstatterin Abgeordnete **Ragnheidur E. Arnadottir** (Island) fasste einleitend die Folgen der kli-

matischen Veränderungen in der Arktis zusammen, die aus ihrer Sicht eine Rolle der NATO in dieser Region mit strategischer Schlüsselstellung notwendig erscheinen ließen. So entstünden durch den Rückgang des Schelfeises neue Schifffahrtswege und neue Möglichkeiten zur Energiegewinnung, außerdem gebe es ein größeres Potential für Fischerei und Tourismus. Diese Entwicklung müsse durch einen stabilen politischen und rechtlichen Rahmen gesichert werden, um Spannungen unter den Arktis-Anrainerstaaten zu vermeiden und Kooperationen, beispielsweise im Bereich der Katastrophenvorsorge, zu fördern. Trotz des Abzugs der US-amerikanischen Truppen aus Island und des Abbaus von Militärbasen der NATO bleibe der nordische Raum, so auch der ehemalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, General Klaus Naumann, als integraler Bestandteil der Politik der NATO, allen Mitgliedstaaten ungeteilte Sicherheit zu bieten, von entscheidender Bedeutung. Es gehe jedoch trotz in jüngster Zeit zunehmender militärischer Präsenz im Luftraum und unter Wasser nicht um eine erneute Militarisierung des Gebietes, sondern vor allem um einen verstärkten Dialog und einen Informationsaustausch zur Vermeidung zwischenstaatlicher Konfrontationen sowie zur Förderung einer intensiveren Zusammenarbeit. Hierzu trügen bereits bestehende Institutionen wie der Arktisrat und die Internationale Seeschifffahrtsorganisation (IMO) bei. Rechtliche Grundlage sei das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen. Neben diesen Institutionen könne jedoch auch die NATO unterstützend wirken und ein Forum des Austauschs bieten, damit die Arktis weiterhin eine stabile Region mit geringen Spannungen bleibe.

Der Abgeordnete **Victor Zavarzin** (Russische Föderation) erklärte, dass er ein Engagement der NATO in der Arktis oder ein zusätzliches Forum des Austausches nicht für notwendig erachte, zumal nicht alle Arktis-Anrainerstaaten Mitglied der NATO seien. Die bestehenden rechtlichen Vereinbarungen und die Zusammenarbeit der fünf Staaten im Arktisrat reichten aus. Eine Militarisierung der Region durch die NATO könne zu unnötigen Konflikten in diesem bisher spannungsarmen Umfeld führen. Der Abgeordnete **Claude Bachand** (Kanada) betonte die wirtschaftliche Bedeutung der Öffnung der Nord-West-Passage und der neuen Möglichkeiten zur Förderung von Öl und Gas, die jedoch gleichzeitig die Gefahr der Ausbeutung der Region beinhalteten. Zur Erhöhung der Sicherheit in der Region und zur Vermeidung offener Konflikte begrüße er ein verstärktes Engagement der NATO, zumal die bisherigen Vereinbarungen 2013 endeten. Die Abgeordneten **Heikki Holmas** (Norwegen) und **Johannes Koskinen** (Finnland) betonten, dass die Arktis aufgrund der dort lagernden Ressourcen nicht nur für die Anrainerstaaten, sondern auch für die anderen Mitglieder der EU und der NATO von Bedeutung sei. Dies mache eine verstärkte multilaterale Zusammenarbeit notwendig, nicht zuletzt aufgrund der ökologischen Gefahren bei der Öl- und Gasförderung. Der Abgeordnete **Heikki Holmas** wies außerdem auf Streitigkeiten mit Russland über Grenzfragen und Fragen der wirtschaftlichen Nutzungsrechte hin, die allerdings inzwischen beigelegt seien. Der Berichtsentwurf wurde vom Ausschuss angenommen.

IX. Abstimmung über den Entschließungs-entwurf „Afghanistan auf dem Weg zum Übergang“, vorgelegt von dem amtierenden Generalberichterstatter Abgeordneter Sven Mikser (Estland)

Die Entschließung wurde nach Beratung und Abstimmung von insgesamt elf Änderungsanträgen, von denen sieben angenommen wurden, in insoweit geänderter Form von den Ausschussmitgliedern gebilligt.

X. Personalien

Eine Wiederwahl des amtierenden Ausschussvorsitzenden, Abgeordneter Julio Miranda Calha (Portugal), war nach der Geschäftsordnung nicht möglich. Zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit wurde Senator **Joseph A. Day** (Kanada) gewählt. Stellvertretende Vorsitzende wurden die Abgeordneten **Julio Miranda Calha** (Portugal) und **Kursat Atilgan** (Türkei). Der amtierende Generalberichterstatter **Sven Mikser** (Estland), der für den ausgeschiedenen Frank Cook (Vereinigtes Königreich) eingesprungen war, wurde zum Generalberichterstatter gewählt. Zum neuen Vorsitzenden des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ wurde **Sir John Stanley** (Vereinigtes Königreich) gewählt. Die Abgeordnete **Ragnheidur Arnadottir** (Island) wählten die Ausschussmitglieder zur stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten“. Der Abgeordnete **Giorgio La Malfa** (Italien) wurde neues Mitglied im Interparlamentarischen Ukraine-NATO-Rat. Alle übrigen Amtsträger konnten in ihren jeweiligen Funktionen wiedergewählt werden und wurden per Akklamation bestätigt.

XI. Geplante Aktivitäten im Jahr 2011

Für das Jahr 2011 plante der Unterausschuss „Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten“ gemeinsam mit dem Unterausschuss „NATO-Partnerschaften“ eine Reise nach China. Außerdem war die Teilnahme an einem Rose-Roth-Seminar zum Thema Afghanistan in London angedacht.

XII. Sonstiges

Senator **Giovanni Torri** (Italien) bat aus aktuellem Anlass, über geplante Treffen des Ausschusses mit Staatsvertretern des jeweiligen Gastgeberlandes rechtzeitig vorab informiert zu werden, um sich auf diese Termine besser vorbereiten zu können.

Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, 13. November 2010, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich).

I. Überblick über die Themen

Zentrales Thema der Sitzung war die globale Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf die wirtschafts- und sicherheitspolitische Lage im Bündnis.

II. Vortrag von Frank Boland, Direktor in der NATO-Abteilung „Verteidigungsplanung und Operationsführung“, zum Thema „Tendenzen bei den Verteidigungsausgaben nach der Wirtschaftskrise“

Frank Boland erläuterte den NATO-internen Planungs- und Überprüfungsprozess (PARP) und wies auf die Einbeziehung der Mitglieder und Partnernationen in diesen Prozess hin. Er veranschaulichte die Entwicklungen in den Verteidigungsausgaben der Mitgliedsländer zwischen 2008 und 2010/2011. Wie erwartet habe die Finanzkrise teilweise erhebliche Auswirkungen auf die Ausgaben gehabt, resümierte er. Hier stelle sich perspektivisch auch die Frage nach den Kapazitäten der Mitgliedsländer für die Aufrechterhaltung der eingegangenen und zukünftigen Verpflichtungen in NATO-geführten Einsätzen. Bei einer sehr unterschiedlichen Ausgabenentwicklung könne auch irgendwann die Solidarität hinterfragt werden. Frank Boland erinnerte an die im Jahr 2006 beschlossene Leitlinie, zwei Prozent des BIP für Verteidigungsausgaben aufzuwenden. Lediglich fünf der 28 Mitglieder hielten das Ziel ein. Er verwies auf den Zusammenhang zwischen militärischen Fähigkeiten und internationalem politischem Einfluss. Abschließend äußerte er Bedenken, das aktuell niedrige Niveau könne zukünftig als normal angesehen werden.

In der Diskussion fragte der Abgeordnete **Leon Benoit** (Kanada) nach der Berücksichtigung der Wirkung der Ausgaben. **Frank Boland** erklärte, dafür seien Kriterien schwer festzulegen und eine solche Bilanz sei nicht unbedingt aussagekräftiger. Er sprach sich dafür aus, die Effektivität der Ausgaben durch eine Spezialisierung zu steigern. Gemeinsame europaweite Beschaffungen seien zusätzlich sinnvoll. Hier gäbe es jedoch die größten politischen Hindernisse, da der Schutz der nationalen Industrien, insbesondere bei der Gerätebeschaffung, oft im Vordergrund stehe. Auch das Thema Lastenteilung, die gemeinsame Teilung der Risiken, Kosten und Kapazitäten, wurde erneut erörtert. Frank Boland warb dafür, in einem Streitkräfteplanungsprozess die Ziele für einzelne Staaten zu entwickeln und untereinander zu koordinieren. Als zukünftige und wichtige Schwerpunkte nannte er abschließend den Schutz der Streitkräfte, Logistik und Mobilität sowie *Cyber*-Sicherheit, die bisher vernachlässigt worden sei.

III. Vortrag von Leszek Balcerowicz, Professor an der Wirtschaftsuniversität, Warschau, ehemaliger polnischer Vizepremier- und Finanzminister sowie ehemaliger Präsident der polnischen Nationalbank, zum Thema „Wie kann eine weitere Finanzkrise vermieden werden?“

Leszek Balcerowicz erläuterte die aus seiner Sicht ursächlichen Mechanismen für die globale Finanzkrise. Sie reichten von mangelnder Transparenz und dem allzu leichtfertigen Umgang mit Risiken bis hin zu politischen Fehleinschätzungen und -entscheidungen. Er verwies auf

das Zusammenspiel von Politik und Wirtschaft. Politisierte Wirtschaftsbereiche, wie zum Beispiel die Landesbanken in Deutschland, bezeichnete er als „Enklaven des Sozialismus“. Es sollten nicht nur die Schwachstellen bei den Banken selbst und in ihrer Regulierung behoben werden, sondern ebenso grundlegende Mängel in den Aufsichtsstrukturen. Er sprach sich für Aufsichtsstrukturen auf Makroebene aus. Als falschen Ansatz kritisierte er unter anderem eine Besteuerung der Banken.

In der Diskussion sagte die Ministerin **Dr. Angelica Schwall-Düren** (Deutschland), wichtig sei zu erkennen, welche staatlichen Rahmenbedingungen die Krise gefördert hätten. Die Größe von einigen Banken sei systemrelevant und damit die staatliche Rettung alternativlos gewesen. Sie verwies auf die EU-Währungsunion, die nicht von einer gemeinsamen Wirtschafts- und Fiskalpolitik begleitet worden sei. **Leszek Balcerowicz** erklärte, bei staatlichen Banken seien die Auswirkungen der Krise größer gewesen als bei vielen Privatbanken. Die Komplexität der Probleme erfordere intensivere Analysen. Symptome der Krise würden teilweise als deren Ursache bewertet. Eine größere Marktflexibilität könne das Risiko von Krisen vermindern. Er wies auf den Wachstums- und Stabilitätspakt der EU hin, der sinnvoll sei, aber nicht eingehalten werde. Abschließend erklärte er, der Umbau des gegenwärtigen Wohlfahrtsstaates sei unumgänglich. Je früher damit begonnen werde, desto akzeptierter und verträglicher seien die Auswirkungen.

IV. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ über „Die Folgen der Finanzkrise für Mittel- und Osteuropa“, vorgelegt von dem Berichterstatter Abgeordneter Attila Mesterhazy (Ungarn) und vorgetragen von dem Vorsitzenden des Unterausschusses Abgeordneter Petras Austrevicius (Litauen)

Für den abwesenden Berichterstatter Abgeordneter Attila Mesterhazy (Ungarn) stellte der Vorsitzende des Unterausschusses Abgeordneter **Petras Austrevicius** (Litauen) den Berichtsentwurf vor. An den beiden Ländern Polen und Lettland, in denen in diesem Jahr die Tagungen der Versammlung stattgefunden hätten, zeigte er die verschiedenen Wirtschaftspolitiken und ihre Wirkungen auf: Wechselkurspolitik, Steuerung der Kapitalflüsse, Haushaltsdisziplin und Größe des Binnenmarktes. Für Polen sei unter anderem der flexible Wechselkurs positiv gewesen. Es habe weniger Kapitalzuflüsse und mehr Wettbewerbsvorteile bei den Exporten gegeben. Lettlands an den Euro gekoppelte Währung sei unflexibel und damit sei nur eine interne Abwertung durch Senkung der Löhne möglich gewesen. Abschließend empfahl er, aus den Erfahrungen der Länder in Mittel- und Osteuropa zu lernen. Der Bericht wurde ohne Änderungen angenommen.

V. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ über „Globale Rezession, Armut und Unsicherheit in den Entwicklungsländern“, vorgelegt von dem Berichterstatter Abgeordneter Jeppe Kofod (Dänemark) und vorgetragen von dem Vorsitzenden des Unterausschusses Abgeordneter John Sewel (Vereinigtes Königreich)

Der Vorsitzende des Unterausschusses Abgeordneter **John Sewel** (Vereinigtes Königreich) vertrat den abwesenden Berichterstatter Abgeordneter Jeppe Kofod (Dänemark). Auch wenn die schlimmste Phase der Wirtschaftskrise überwunden sei, leitete John Sewel ein, werde sie für viele Entwicklungsländer noch langfristige Folgen haben. Die erneut gestiegenen Nahrungsmittelpreise sorgten für soziale Instabilität. Oberstes Ziel sei immer die Stabilisierung eines Landes. Die Hilfe für Pakistan nach der Flutkatastrophe sei besonders wichtig, da Pakistan Dreh- und Angelpunkt für die Sicherheitslage in Südwestasien sei. Er führte weiter aus, ein neuer Abschnitt des Berichtsentwurfs widme sich dem Engagement Chinas in Afrika. China konzentriere seine Entwicklungshilfe auf Infrastrukturbereiche, was für die afrikanischen Länder von großem Nutzen sein könne. Allerdings gäbe es auch Projekte, deren „Rohstoffe-für-Infrastruktur“-Vereinbarungen nicht transparent seien. Der Abgeordnete John Sewel warb für eine verstärkte Koordinierung der Entwicklungshilfe und -politik sowie die Bündelung von Ressourcen. Nur so könne die notwendige Unterstützung bei den knappen und politisch gefährdeten Entwicklungshilfshaushalten weiter gewährleistet werden. Die Zusammenarbeit mit China müsse Teil der Anstrengungen sein. Es gebe erste positive Anzeichen, dass China aufgrund internationaler Kritik seine Entwicklungshilfepolitik ändere. In der Diskussion stand der Abbau von Handelshemmnissen im Vordergrund. Der Bericht wurde vom Ausschuss angenommen.

VI. Beratung des Generalberichtsentwurfes „Der langfristige wirtschaftliche Wandel und die Verlagerung des globalen Gleichgewichts der Mächte“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Abgeordneter Simon van Driel (Niederlande)

Der Generalberichterstatter Abgeordneter **Simon van Driel** (Niederlande) sah die Verschiebungen des wirtschaftlichen und strategischen Machtgleichgewichts von West nach Ost als unumkehrbaren Prozess an. Hohe fiskalische Defizite hätten in allen westlichen Ländern Einsparungen zur Folge. In Zeiten der Rezession Arbeitsplätze zu schaffen, sei aus Sicht der Bevölkerung wichtiger als kostspielige militärische Operationen. Einsparungen in den Verteidigungshaushalten seien notwendig, ohne Fähigkeiten und damit die militärische Macht des Bündnisses zu reduzieren. Daher sei eine verstärkte Zusammenarbeit, insbesondere im Beschaffungsbereich, dringend notwendig. Neue Konzepte von Macht und Einfluss müssten entwi-

ckelt werden. Positiv bewertete der Abgeordnete Simon van Driel für den Westen seine Offenheit und demokratische Ordnung. Sie stünden für Flexibilität und ermöglichen damit eine Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen. Im Zentrum der Diskussion standen China und seine Währungsmanipulation, die erhebliche globale Auswirkungen habe. Einige Ausschussmitglieder erinnerten daran, der Wirtschaftsaufschwung des Landes sei auch westlichen Investitionen und Technologietransfers zu verdanken. Der Ausschuss nahm den Bericht an.

VII. Vortrag von E. J. Hogendoorn, Projektdirektor für den Bereich „Horn von Afrika“, *International Crisis Group (ICG)*, Nairobi, zum Thema „Die wirtschaftliche Dimension des Konflikts in Somalia“

Eingangs beschrieb **E. J. Hogendoorn** die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen Somalias in den letzten 20 Jahren. Er wies auf eine faktische Dreiteilung des Landes hin: Somaliland als quasi gefestigter Staat, Puntland als schwacher Staat und das instabile Süd- und Zentralsomalia. Die Region am Horn von Afrika sei gekennzeichnet durch eine Kette von schwachen Staaten, deren regionaler Rivalität und fehlendem Vertrauen untereinander. Er erklärte, wegen der Vielschichtigkeit könnten die Probleme in Somalia weder nur militärisch noch ausschließlich mit humanitären Mitteln gelöst werden. Ein großes Hemmnis sei das Fehlen einer langfristigen und abgestimmten Strategie der internationalen Gemeinschaft. Einer Stabilisierung ebenso abträglich sei die einseitige Konzentration auf die Piraterie und den Schutz der Handelswege. Durch die Marineoperation Atalanta habe es keinen signifikanten Rückgang der Piraterie gegeben. E. J. Hogendoorn warb für eine Zusammenarbeit mit regionalen Behörden und Akteuren, die Interesse an einem nachhaltigen Frieden hätten. Das sei effektiver. Um Piraterie wirksam zu bekämpfen, müssten rechtsstaatliche Strukturen unterstützt und wirtschaftliche Alternativen für die Bevölkerung aufgebaut werden. Somalilands beträchtliche Fortschritte sollten anerkannt werden. Hier könne eine verstärkte politische Unterstützung in der Projektzusammenarbeit und im Bereich der Bildung die Bemühungen um Stabilisierung und Rechtsstaatlichkeit nachhaltig sichern. Auf die Frage nach einer Einschätzung zu dem im Sudan geplanten Referendum erklärte E. J. Hogendoorn, er sehe eine Chance für ein friedliches Referendum trotz der enormen Risiken, die es begleiteten.

VIII. Beratung des Entschließungsentwurfs „Der Aufbau einer internationalen Ordnung mit mehr Stabilität und Wohlstand“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Abgeordneter Simon van Driel (Niederlande)

Der Berichterstatter erklärte, in diesen Text seien die Schlussfolgerungen des Berichtes eingeflossen. Die Entschließung wurde nach kurzer Debatte und einigen Änderungen einstimmig angenommen.

IX. Personalien

Per Akklamation wurden folgende neue Funktionsträger gewählt: zu stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses die Abgeordneten **Philippe Mahoux** (Belgien), **Jean-Luc Reitzer** (Frankreich) und **Gianni Vernetti** (Italien). Für den Unterausschuss „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ wurden Abgeordneter **Francis Hillmeyer** (Frankreich) zum stellvertretenden Vorsitzenden und Abgeordneter **John Sewel** (Vereinigtes Königreich) zum Berichterstatter gewählt. Für den Unterausschuss „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ wurde als Vorsitzender Abgeordneter **Leon Benoit** (Kanada) und zu stellvertretenden Vorsitzenden die Abgeordneten **Peter Bottemley** (Vereinigtes Königreich) und **Melita Zupevc** (Slowenien) gewählt. Alle anderen wiederwählbaren Funktionsträger wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

Der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit tagte am Samstag, 13. November 2010, und am Sonntag, 14. November 2010, unter dem Vorsitz der Abgeordneten **Jo Ann Emerson** (Vereinigte Staaten).

I. Überblick über die Themen

Im Mittelpunkt der Beratungen standen Berichte über die Lage in Georgien, über die Erfolge und Aussichten auf dem westlichen Balkan 15 Jahre nach Abschluss des Abkommens von Dayton und über die Aufgabenteilung von NATO und EU bei der Gewährleistung der Sicherheit zur See sowie die Entschließung über die Eingliederung der Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrates über Frauen, Frieden und Sicherheit in das neue Strategische Konzept der NATO und in die Politiken und Praktiken des Bündnisses. Vorträge zur Medienberichterstattung über Afghanistan, zu den Aussichten für eine Zusammenarbeit zwischen NATO und EU nach Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon sowie über die Lage am Horn von Afrika und die Sicherheitslage in Somalia gaben zusätzliche Einblicke in aktuelle politische Themen und Entwicklungen.

II. Vortrag von Akbar Ayazi, Moderator des amerikanischen Auslandssenders Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL) und Rundfunkdirektor für die afghanischen, pakistanischen, iranischen und irakischen Stationen, zum Thema „Welche politischen Lösungen gibt es für Afghanistan?“

Akbar Ayazi berichtete zu Beginn seiner Ausführungen darüber, wie die Lage im Land durch die afghanische Bevölkerung selbst eingeschätzt werde und welche Meinungen in der Bevölkerung vorherrschten. Sehr positiv würde von den meisten Afghanen empfunden, dass Straßen und Schulen gebaut und große Summen in den Ausbau der Infrastruktur investiert würden. Die wichtigste Frage für jeden Afghanen sei jedoch die Frage der Sicherheit. Jeder Aspekt des tagtäglichen Lebens stehe in Verbindung mit

dem Thema Sicherheit. Viele Menschen fragten sich, was geschehen werde, wenn in absehbarer Zeit die internationalen Streitkräfte das Land verlassen würden und es eine Übertragung der Zuständigkeiten und Befugnisse auf die afghanische Regierung geben werde. Derzeit verfüge die nationale Ebene weder über die Fähigkeiten noch die Mittel, die Aufgaben zu übernehmen, die zur Zeit von den internationalen Kräften wahrgenommen würden. Den Bürgern sei bewusst, dass die *International Security Assistance Force* (ISAF) und die NATO derzeit die Geschichte des Landes maßgeblich bestimmten, und man zeige wenig Vertrauen, dass die nationale Regierung diese Verantwortung übernehmen könne. Zwar habe es Fortschritte beim Thema Korruption gegeben, nachdem eine Kommission zur Bekämpfung der Korruption eingesetzt worden sei, doch endeten diese Erfolge, sobald man die Ebene unterhalb der zentralen Regierungsebene betrachte. Eine generelle Stabilisierung des Landes zum jetzigen Zeitpunkt sei sehr schwer vorstellbar. Nach der Übergabe weiterer umfangreicher Befugnisse an die Regierung seien Erfolge nur zu erwarten, wenn Transparenz gewährleistet werde und die Regierung die erhaltenen Gelder tatsächlich an die Bevölkerung weiterleite. Auf der subnationalen Ebene hätten die Gouverneure der einzelnen Distrikte das Sagen. Viele von ihnen seien korrupt, übten einen sehr negativen Einfluss aus und arbeiteten gegen die Regierung. Auf dieser Ebene gebe es keine konkrete Planung von Projekten, keine Haushaltsführung, das System sei dysfunktional und korrupt. Nicht umsonst stehe Afghanistan auf der Weltliste der korrupten Staaten an zweiter Stelle. Die Situation auf Provinz- und kommunaler Ebene sei kritisch. Rechenschaftspflichten und Behördenstrukturen seien so gut wie nicht vorhanden, und die Provinzräte bekämpften sich untereinander. Das traditionelle System der Gouverneursverwaltung und der Jirgas sei praktisch nicht funktionsfähig. Schattenregierungen und die früheren traditionellen Führer seien oft präsenter als die tatsächliche Regierung. Schlimm sei auch, dass sich die Menschen bewusst weiterhin an die alten Machthaber wendeten, zum einen, weil neue Einrichtungen nicht vorhanden seien, zum anderen aber auch aus Angst und Einschüchterung. In Bezug auf die Parlamentswahlen vom September 2010 betonte Akbar Ayazi, dass das endgültige Wahlergebnis auch zwei Monate nach der Wahl noch nicht bekannt sei. Die Wahlen seien zwar ruhig und ohne Zwischenfälle, aber mit einer geringen Wahlbeteiligung vonstattengegangen. 46 Prozent der früheren Regierungsmannschaft seien ersetzt worden. Diese Personen seien Präsident Hamid Karzai gegenüber oft kritisch eingestellt. Viele Distrikte seien ohne Repräsentanten, weil dort keine Wahlen stattgefunden hätten. So seien zum Beispiel die Wahlbüros in Kandahar aus Angst vor Zwischenfällen geschlossen worden. In manchen Gegenden habe es unrealistische Ergebnisse und gefälschte Wahlzettel gegeben. Der Nepotismus gedeihe, und die Hoffnung der Bevölkerung auf eine bessere Zukunft sowie das Vertrauen in ihre Regierung werde durch diese Art des Wahlablaufs enttäuscht. In Bezug auf die Aufständischen seien diese – was die Taliban betreffe – in drei Kategorien einzuteilen: einen sogenannten harten Kern, der Al-Qaida zuzurechnen sei. An zweiter Stelle

seien die tief Gläubigen und an dritter Stelle die sogenannten Gefolgsleute zu nennen, deren Motivation eher durch Geld und Reputation beeinflusst werde. Die Bevölkerung sehe sich in vielen Fällen als Opfer von Ungerechtigkeit und Vernachlässigung. Opfer von NATO- und ISAF-Angriffen seien vielfach alleine gelassen worden und hätten Arbeit und Wohnung verloren. Darüber hinaus gebe es viele Bedienstete in Regierungskreisen, die die eigene Arbeit aus finanziellen Gründen unterminierten und sogar einen Abfluss der Gelder an die Taliban duldeten. Die Kriminalität sei nach wie vor hoch, und immer wieder seien Entführungsfälle zu beobachten. Maßnahmen zur Wiederaussöhnung und Wiedereingliederung hätten nur dann Erfolg, wenn sie schnell herbeigeführt würden. Die internationale Gemeinschaft und die NATO hätten übereinstimmend festgestellt, dass die afghanische Nationalpolizei noch nicht in der Lage sei, Zuständigkeiten umfassend zu übernehmen. Die Weltgesundheitsbehörde (WHO) sei ebenso wie andere internationale Organisationen davon überzeugt, dass ein Zugehen auf die Taliban notwendig sei, um dadurch direkte Gespräche zwischen ihnen und der afghanischen Regierung zu ermöglichen. Der sogenannte Friedensrat (*peace jirga*) funktioniere nicht. Die beste Wiederaussöhnungsmaßnahme bestehe immer noch in direkten Verhandlungen, dem Aufbau von Vertrauen und der direkten Kommunikation zwischen allen Beteiligten. Dies müsse aber in einem transparenten Rahmen vonstattengehen.

In der anschließenden Diskussion begrüßte der Abgeordnete **Vitalino Canas** (Portugal) die klaren und deutlichen Worte von Akbar Ayazi. Als Journalist habe er ein zutreffendes, aber düsteres Bild gezeichnet. Er wolle von Akbar Ayazi wissen, was geschehen werde, wenn es der NATO nicht möglich sei, den Truppenabzug im nächsten Jahr einzuleiten. Auch der Abgeordnete **Hendrik Jan Ormel** (Niederlande) stellte mit Besorgnis fest, dass bei einem Abzug der NATO Truppen eine definitiv unsichere Situation entstehen werde. **Akbar Ayazi** antwortete, dass über 70 Prozent der afghanischen Bevölkerung die Präsenz der NATO im Lande immer noch befürworteten. Die NATO und die Staatengemeinschaft müssten Afghanistan jedoch von den Drahtziehern befreien, die die afghanische Regierung und das Land in Geiselhaft genommen hätten und als einzige von dem derzeitigen System profitierten. Viele Menschen im Lande seien der Auffassung, dass die bereitgestellten finanziellen Mittel nur an bestimmte Leute in der Regierung gingen und nicht der gesamten afghanischen Bevölkerung zu Gute kämen. Würde die NATO ihre Truppen abziehen, käme es möglicherweise zu Unruhen in der Bevölkerung. Die nationalen afghanischen Sicherheitskräfte repräsentierten nicht den Bevölkerungsdurchschnitt. Es müssten mehr Paschtunen aus dem Süden in die Streitkräfte integriert werden. Akbar Ayazi schloss seine Bemerkungen mit der Feststellung, dass die NATO keine andere Wahl habe als mit der derzeitigen Regierung zusammen zu arbeiten. Er forderte die NATO-Staaten jedoch auf, in sehr viel stärkerem Maße von ihren afghanischen Partnern zu verlangen, dass über die Verwendung von Mitteln umfassend Rechenschaft abgelegt werde. Der Abgeordnete **Mati Raidma**

(Estland) erkundigte sich nach der Rolle des afghanischen Parlamentes und stellte fest, dass nach den Wahlen wenig über die Rolle des neuen Parlamentes bekannt geworden sei. **Akbar Ayazi** entgegnete, dass das Parlament kaum Vertrauen gewinne, weil die Bevölkerung nicht wisse, was die eigentliche Aufgabe der Parlamentarier sei. Viele *warlords* stellten sicher, dass ihre Anhänger ins Parlament kämen, damit sie dort Einfluss nehmen könnten. Die Grundfunktionen eines arbeitsfähigen Parlamentes seien noch nicht vorhanden. Es gebe keine Parteien, die von bestimmten Individuen repräsentiert würden, und es fehlten starke Persönlichkeiten. Die Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) bekräftigte die Aussagen von Akbar Ayazi und konstatierte, dass sich seine Beobachtungen mit den Gesprächen deckten, die sie in den vergangenen Monaten in Afghanistan geführt habe. Sie beklagte vor allem die Situation der Frauen, die noch immer Angst vor den Taliban haben müssten und kaum Zugang zu Bildung hätten. Es stelle sich die Frage, ob das neu gewählte Parlament gleiche Rechte für Männer und Frauen garantieren könne. Aus zwei Gründen habe sie das militärische Eingreifen in Afghanistan befürwortet. Zum einen, um den Terroristen das Handwerk zu legen und ihre finanziellen Keimzellen auszutrocknen, und zum anderen, um den Menschen in Afghanistan eine Perspektive für ihre Zukunft zu geben. Leider sei es nicht gelungen diese Ziele zu verwirklichen, und es stelle sich die Frage, wie es weitergehen solle. 49 Prozent der Bevölkerung hätten nicht gewählt. Viele Afghanen seien sowohl dem Westen als auch der eigenen Regierung gegenüber sehr kritisch eingestellt. Wenn langfristig eine Depression in der Bevölkerung überwiege, sei dies eine düstere Perspektive für die Zukunft. Die Senatorin **Jane Cordy** (Kanada) forderte, dass alles getan werden müsse, damit die Afghanen aus eigener Kraft eine funktionierende Regierung bilden könnten. Loyalität gegenüber Einzelpersonen sei schlecht für ein funktionierendes Staatswesen. Was könne man tun, um ein Gefühl für ein gutes Regieren herbeizuführen? Auch hier wies **Akbar Ayazi** darauf hin, dass die bereitgestellten Ressourcen nicht bei der Bevölkerung ankämen. Der Teufelskreis dieser Entwicklung müsse unterbrochen werden. Es könne nicht angehen, dass man seit 30 Jahren immer wieder dieselben Personen in Ämtern wiederfinde. Er vertrete die Auffassung, dass das Geld direkt an die Taliban gehe und dass Staatspräsident Hamid Karzai in der Mehrzahl von Personen aus diesem alten Kreis von Drahtziehern umgeben sei. Zur Frage der Frauen im Parlament wies er darauf hin, dass immerhin 25 Prozent der Mitglieder des neu gewählten Parlaments Frauen seien. Es sei auch richtig, dass derzeit mehr Mädchen zur Schule gingen als früher. In Gebieten, in denen Stammesfürsten das Sagen hätten, gebe es eine größere Missachtung der Rechte von Frauen als zu Zeiten der Taliban. Da es keine Rechtsstaatlichkeit im Lande gebe, seien dem Handeln dieser Stammesfürsten keine Grenzen gesetzt. Hilfe könne nur darin bestehen, die Bevölkerung von dieser Gruppe von Personen zu befreien und gemeinsam mit der Regierung darüber nachzudenken, wie eine bessere Zukunft Afghanistans aussehen könnte.

III. Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Herausforderungen in Bezug auf die Gestaltung der staatlichen Strukturen in Afghanistan“, vorgelegt von dem Sonderberichterstatter Abgeordneter **Vitalino Canas (Portugal)**

Einleitend betonte der Sonderberichterstatter Abgeordneter **Vitalino Canas** (Portugal) bereits im Frühjahr 2010 darauf hingewiesen zu haben, dass das Jahr 2010 ein entscheidendes Jahr für die Zukunft Afghanistans werden würde. Große Hoffnungen und Erwartungen habe man gehegt, dass dieses Jahr der Wendepunkt der Entwicklungen in Afghanistan werden würde. Leider hätten sich diese Erwartungen nicht erfüllt, und bei den Parlamentswahlen im September habe es erneut beträchtliche Wahlfälschungen und Probleme gegeben, die Zweifel in Bezug auf die Lebensfähigkeit der Demokratie in Afghanistan bestärkt hätten. Die Bekämpfung der Aufständischen im südlichen Afghanistan sei langsamer als erwartet vorangekommen, was zu der besorgten Frage führe, ob es überhaupt möglich sei, die Aufständischen in den Griff zu bekommen. Informationen über verstärkte politische Kontakte mit den aufständischen Gruppen hätten Unbehagen und Verwirrung über die Ziele und Rolle der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan hervorgerufen. Dass der Konflikt in Afghanistan nicht auf militärischem Wege, sondern durch eine politische Lösung bewältigt werden müsse, sei mittlerweile allen klar. Die Wiederausöhnungsbemühungen seien Teil dieser Lösung. Ebenso sei der notwendige Aufbau demokratischer Strukturen im Land ein weiterer Teil der politischen Lösung. Die im Sommer veranstaltete Konferenz der Staatengemeinschaft in Kabul habe neue Anstöße gegeben und in der Tat eine neue Phase der Partnerschaft zwischen Afghanistan und der Staatengemeinschaft und damit einen Weg für eine umfassende Übernahme der Verantwortung durch die Afghanen selbst eröffnet. In seinem Bericht weise er auf eine Reihe von Herausforderungen hin, die zu überwinden seien, bevor die Vision eines sicheren, demokratischen und prosperierenden Afghanistans Wirklichkeit werden könne. Eingehend auf die im Bericht behandelten Herausforderungen und besonders wichtigen Entwicklungen stellte Abgeordneter Vitalino Canas fest, dass diese im Wesentlichen vier Bereiche betreffen: Die Herausforderungen beim Aufbau staatlicher Strukturen auf zentraler Ebene, die kommunale Ebene, Rechtsstaatlichkeit und schließlich das Vorgehen der internationalen Staatengemeinschaft in Bezug auf diese staatlichen Strukturen. In Bezug auf die zentrale Ebene sei festzustellen, dass die Befugnisse der Nationalversammlung weiterhin sehr beschränkt seien, dass es so gut wie keine politischen Parteien im politischen System Afghanistans gebe und dass dem Parlament oft die Mittel und die Ressourcen fehlten, um staatliche Strukturen einzurichten. Ein zweites Problem seien die Wahlen, bei denen sich im September des Jahres gezeigt habe, dass es ganz offensichtlich Probleme gebe, die abgestellt werden müssten, wie zum Beispiel Wahlbetrug. Auch bei den Präsidentschaftswahlen im vergangenen Jahr hätten sich erhebliche Missstände offenbart. Eine weitere wichtige Frage sei der Bereich der

Menschenrechte und der Rechte von Frauen. Seit dem Fall des Talibanregimes habe es beträchtliche Fortschritte in diesem Bereich gegeben. Eine Übereinstimmung mit den internationalen Standards und die umfassende Umsetzung eigener Menschenrechtsgesetze in Afghanistan seien aber noch lange nicht verwirklicht. Hinzu kämen weitere Herausforderungen wie die weit verbreitete Korruption und mangelnde Sicherheit. Als vierten Punkt nannte er die nationale Wiedereingliederung und die Ausöhnungsanstrengungen. Die Wiedereingliederung, insbesondere der unteren und mittleren Ebene der Aufständischen, sei ein zentrales Thema der Konferenzen in London und Kabul und der beratenden *peace jirga* in diesem Sommer gewesen. Die Regierung habe ein ehrgeiziges Friedens- und Wiedereingliederungsprogramm für Afghanistan erarbeitet, das hoffentlich bald Früchte tragen werde. Gerade die *peace jirga* sei ein Instrument, das verstärkt genutzt werden solle. Die Herausforderungen auf lokaler Ebene bestünden unter anderem darin, Institutionen für die Bevölkerung aufzubauen, die den Alltag der meisten Afghanen erleichtern könnten. Die Befugnisse der kommunalen Räte seien weiterhin begrenzt, kaum definiert und geschwächt durch Parallelstrukturen, die von den Taliban finanziert würden. Ebenso stellten mangelnde finanzielle Ressourcen ein großes Problem dar. Im Bereich der Rechtsstaatlichkeit sei zunächst das Problem der Korruption von Regierungsmitgliedern und Verwaltungsmitarbeitern zu nennen, bei dessen Bekämpfung in den vergangenen Jahren wenig Fortschritte erreicht worden seien. Die Korruption unterminiere die staatlichen Strukturen in Afghanistan sowohl direkt als auch indirekt. Zum einen erhalte die afghanische Bevölkerung nicht die staatlichen Dienstleistungen, die ihr zustünden und zum anderen würden Mittel für die afghanische Bevölkerung an der Regierung vorbei in bestimmte Kanäle geleitet. Die Zusagen zur Leistung von Entwicklungshilfe auf der Geberkonferenz in London seien daran geknüpft gewesen, dass die Mittel von der afghanischen Regierung auch zur Bekämpfung der Korruption genutzt würden. Auch die Justizreform solle mehr Aufmerksamkeit erhalten. Viele Afghanen hätten keinen Zugang zum Justizsystem. Da der Zugang zu offiziellen Justizstrukturen fehle, werde oft der Weg über die inoffizielle Rechtsprechung und die von den Taliban unterstützten Rechtsprechungseinrichtungen gewählt. Mit dem nationalen Programm für Recht und Gerechtigkeit für alle, das im vergangenen Juli von der Staatengemeinschaft vorgelegt worden sei und auf der afghanischen nationalen Entwicklungsstrategie und der nationalen Justizstrategie aufbaue, werde ein erster Schritt in Richtung auf ein effizientes, verlässliches und für alle zugängliches Justizsystem in Afghanistan gemacht. Als weiteres Problem sei der illegale Drogenhandel zu nennen, der weiterhin eine große Herausforderung für die Herbeiführung der Rechtsstaatlichkeit darstelle. Verstärkte Bemühungen um alternative Einkünfte für die ländliche Bevölkerung seien unabdingbar. Trotz erster ermutigender Anzeichen im Jahre 2009 sei nun aufgrund der höheren Marktpreise für Drogen wieder mit einer Zunahme des Opiumanbaus zu rechnen. Alles in allem stelle sich immer wieder die Frage, was die Staatengemeinschaft tun könne, um Afghanistan zu hel-

fen, eine gute Regierungsführung im Lande aufzubauen und diese zu festigen. Von Anfang an seien die internationalen Bemühungen beeinträchtigt gewesen durch das Fehlen einer langfristigen Strategie, einer detaillierten Arbeitsteilung, eines klaren Mandats und der begrenzt zur Verfügung stehenden Ressourcen sowie auch ganz besonders durch die instabile Sicherheitslage. Klare und konzentrierte Strategien und Ziele, verstärktes Augenmerk auf gute Regierungsführung und mehr Ressourcen seien unabdingbare Voraussetzungen. Viel werde davon abhängen, inwieweit die afghanischen Behörden in der Lage seien, ihren Reformzusagen nachzukommen, aber auch davon, wie sehr die verbündeten Partner entschlossen seien, notwendiges Personal und Ressourcen beizusteuern. Eine zunehmende Übernahme der Verantwortung durch die Afghanen selbst könne nur mit äußerster Vorsicht und bei großer Aufmerksamkeit von Seiten der internationalen Partner erfolgen. Allen weiteren Maßnahmen in dieser Richtung müsse eine ausführliche und realistische Beurteilung der erreichten Fortschritte zugrunde liegen. Auch die Parlamentarische Versammlung der NATO könne eine Rolle bei der Überwachung dieser Fortschritte spielen.

In der anschließenden Diskussion wurde von vielen Teilnehmern darauf hingewiesen, wie wichtig es sei, dass auch die afghanischen Behörden und das afghanische Volk Entschlossenheit zeigten, Rechtsstaatlichkeit zu etablieren, einen Wiedereingliederungsprozess zu fördern und einen eigenen Weg in eine stabile Zukunft zu finden. Der Abgeordnete **João Rebelo** (Portugal) beklagte, dass es keine offiziellen Wahlergebnisse gebe, dass schwere Fälschungen festgestellt worden seien und die bekanntgegebenen Ergebnisse nicht immer richtig seien. Er erkundigte sich nach neuen Entwicklungen in diesem Zusammenhang und nach dem Fortschritt einer Wahlreform. Berichterstatter **Vitalino Canas** wies in seiner Antwort darauf hin, dass ein starkes Parteiensystem ebenso notwendig sein werde wie eine tiefgreifende Wahlrechtsreform. Alle Teilnehmer waren sich darüber einig, dass ein Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan wohl überlegt und von bestimmten Voraussetzungen abhängig gemacht werden müsse. Der Bericht wurde angenommen.

IV. Vortrag von Beata Gorka-Winter, Koordinatorin des Sicherheitsprogramms am polnischen Institut für internationale Angelegenheiten, zum Thema „Von Lissabon nach Lissabon: Perspektiven für die NATO-EU-Kooperation“

Beata Gorka-Winter betonte, dass EU und NATO Antriebskräfte für Stabilität und Wohlstand und bedeutsame Partner füreinander seien, weil sie die gleichen Werte in Bezug auf Stabilität, gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte teilten und förderten, nicht nur innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft, sondern auch über deren Grenzen hinaus. Diese Werte seien heutzutage in Gefahr. Deshalb werde die Partnerschaft zwischen der EU und der NATO immer wichtiger. Folgende drei Hauptgründe seien ausschlaggebend für die weitere Zusammenarbeit zwischen NATO

und EU im 21. Jahrhundert: Zum einen der Aufstieg von Mächten, die noch weit davon entfernt seien, demokratische Normen und Standards zu akzeptieren, gleichzeitig aber immer größeren politischen Einfluss nähmen; die steigende Zahl gescheiterter oder im Scheitern begriffener Staaten und drittens die Gefahren, die von unverantwortlichen Regierungen und nichtstaatlichen Akteuren ausgingen. Keine Organisation könne mit diesen Problemen alleine fertig werden. Sowohl NATO als auch EU hätten besondere und sich gegenseitig ergänzende Fähigkeiten in Bereichen wie Krisenbewältigung, Stabilisierung und Friedensaufbau erworben. Somit sollten beide Organisationen zu einem sogenannten „umfassenden Ansatz“ beitragen, dessen Ziel die Integration der militärischen und zivilen Instrumente, mit denen man auf Krisen reagieren könne, sei. Bosnien und Herzegowina sei ein erfolgreiches Beispiel für eine Zusammenarbeit zwischen NATO und EU. Die derzeitigen finanziellen Einschränkungen seien ein weiterer Grund, weshalb NATO und EU in Zukunft nicht getrennt, sondern gemeinsam vorgehen müssten. Schließlich hätten beide Organisationen globale Interessen. Die bisherigen Befürchtungen, dass die Entwicklung einer militärischen Kapazität der EU die NATO schwächen könne, seien ausgeräumt. Die Vereinigten Staaten konzentrierten sich mehr auf den Nahen Osten und begrüßten dort ein stärkeres europäisches Engagement. Bedauerlicherweise agierten EU und NATO in Afghanistan bisher wenig koordiniert. Man könne nicht wirklich von einer strategischen Partnerschaft sprechen, denn beide führten keinen politischen Dialog, und die fehlende Koordinierung führe zu Überschneidungen und Doppelungen. Erforderlich sei eine verstärkte Zusammenarbeit auch auf technischer Ebene. Noch gebe es kein ständiges Hauptquartier der EU, und es sei schwierig, die nachrichtendienstlichen Erkenntnisse der Sicherheitsdienste untereinander auszutauschen. Darüber hinaus müssten beide Organisationen ihre internen Strukturen reformieren und stärken.

In der anschließenden Diskussion wies der Abgeordnete **Marc Angel** (Luxemburg) darauf hin, dass die beschränkten Ressourcen beide Organisationen in Zukunft zur Zusammenarbeit zwingen würden. Die Zusammenarbeit vor Ort sei bisweilen recht gut, jedoch sei der schwerfällige Bürokratieapparat in Brüssel oftmals ein Hindernis. Größere Hoffnungen würden auch auf den Aufbau eines europäischen diplomatischen Dienstes und die Entstehung einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik gesetzt. Vielleicht könne ein neues Konzept nach Art der Berlin-Plus-Vereinbarungen zu weiteren Fortschritten führen. **Beata Gorka-Winter** antwortete, dass die Berlin-Plus-Vereinbarungen erfolgreich für den westlichen Balkan umgesetzt worden seien. Die Vereinbarungen seien jedoch nicht an ein Umfeld angepasst worden, in dem ausländische Operationen zunehmend komplexer würden und sowohl zivile als auch militärische Elemente beinhalteten. Die EU als Wirtschaftsmacht sei lange Zeit ohne politischen Einfluss gewesen. Jetzt werde sie aufgewertet und zeige mehr politische Stärke. Lange Zeit habe man sie als nicht schlagkräftig genug gesehen, um ein Partner der NATO zu sein. Der Abgeordnete **Vitalino**

Canas (Portugal) stellte fest, dass man den amerikanischen Freunden erklären müsse, warum die EU zwar eine Verteidigungskomponente aufstellen, aber die NATO nicht aus ihrer Rolle verdrängen wolle. Die Sicherheit Europas beruhe im Wesentlichen auf zwei Säulen, zum einen auf Stabilität an den europäischen Grenzen und zum anderen auf der Wahrung und Achtung der gemeinsamen Werte. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) führte aus, dass die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO in manchen Bereichen sehr schlecht sei, zum Beispiel im Mittelmeerraum. Allerdings sei die Zusammenarbeit am Horn von Afrika in letzter Zeit wesentlich verbessert worden. Beide Seiten seien willig und suchten den weiteren Dialog.

V. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“ über „Der Westliche Balkan – 15 Jahre Dayton: Erfolge und Aussichten“, vorgelegt von dem Berichterstatter Abgeordneter Marc Angel (Luxemburg)

Der Berichterstatter Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg) stellte zu Beginn seiner Ausführungen fest, dass sein Berichtsentwurf vorsichtigen Optimismus hinsichtlich der Entwicklungen in der Region widerspiegele, indem die beeindruckenden bislang erzielten Fortschritte anerkannt würden, andererseits jedoch auch auf verbleibende Herausforderungen hingewiesen werde. Er unterstrich, dass den Mitgliedstaaten der NATO und der EU sowie den Regierungen der Region des westlichen Balkans gemeinsam eine historische Verantwortung für die Vollendung einer umfassenden Integration in den euroatlantischen Raum zukomme. Sowohl den Parlamentariern als auch den Regierungen der Region obliege die Aufgabe, zur Erreichung dieses Ziels realistische und verlässliche Perspektiven zu entwickeln. Die Regierungen der NATO- und EU-Staaten müssten eine glaubwürdige Perspektive für den Beitritt zu den Organisationen aufrecht erhalten, und die Balkanstaaten müssten umfassende Verantwortung für die Vollendung des Wandels übernehmen, den sie vor 15 Jahren eingeleitet hätten. Dazu gehöre die Aussöhnung zwischen den Staaten und auch zwischen den verschiedenen Gemeinschaften. Vorsichtiger Optimismus sei angesagt, obwohl einige heikle Situationen immer noch bestünden, zum Beispiel die Lage in Bosnien und Herzegowina und in der Republik Kosovo. Die in Bosnien und Herzegowina im Oktober 2010 durchgeführten Wahlen ergäben ein gemischtes Bild. Abgeordneter **Marc Angel** forderte eine rasche Regierungsbildung, damit die real existierenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den Ländern angegangen würden. Darüber hinaus sollte die Diskussion über eine Verfassungsreform getrennt von der Tagespolitik geführt werden. Die Konsolidierung wirklicher multiethnischer Institutionen und die Wiederaussöhnung seien die zwei wichtigsten verbleibenden Herausforderungen in der Region. Wenn auch die meisten Länder versucht hätten, den Anteil der in staatlichen Institutionen vertretenen Minderheiten zu erhöhen und einen besseren Schutz ihrer Rechte zu gewährleisten,

so hätten diese gesetzlichen Änderungen jedoch nicht wirklich zu einer echten Akzeptanz und einem Bekenntnis für multiethnische Gesellschaften geführt. Zusätzlich zu dem Aussöhnungsprozess stünden auch Fragen nach den vermissten Personen und der Ergreifung von Kriegsverbrechern immer noch im Raum. Eingehend auf jüngste Entwicklungen in der Republik Kosovo stellte Abgeordneter Marc Angel fest, dass sich die Anstrengungen stärker auf die Erfüllung der Bedürfnisse der Bevölkerung in der Republik Kosovo konzentrieren müssten, ungeachtet der ethnischen Zugehörigkeit, sowie auf die Herbeiführung von Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlicher Entwicklung. Er forderte Priština und Belgrad auf, die Chance einer historischen Wiederaussöhnung zu ergreifen und appellierte an die EU, ihren Einfluss umfassend geltend zu machen, um die Voraussetzungen für eine Vereinbarung zwischen Priština und Belgrad zu schaffen. Schließlich unterstrich er, dass Einheit und Transparenz internationaler Maßnahmen in der Republik Kosovo gewahrt würden und dass die NATO-Mission (KFOR) und die Krisenmission der Europäischen Union im Kosovo (EULEX) weiterhin als neutrale und legitime Partner von Belgrad, Priština und allen ethnischen Gruppen in der Republik Kosovo anerkannt werden müssten. Auch das neue Strategische Konzept der NATO müsse sich mit der Situation auf dem Balkan auseinandersetzen. Auf den Titel seines Berichtes hinweisend, stellte Marc Angel abschließend fest, dass der in Dayton begonnene und bis heute währende Prozess eine Aufgabe sei, die nun einer baldigen Vollendung zugeführt werden müsse.

In der anschließenden Diskussion ging der Abgeordnete **João Rebelo** (Portugal) auf die Verringerung der NATO-Truppen in der Republik Kosovo im Jahre 2011 ein und stellte fest, dass diese Truppenreduzierung mit Sicherheit kommen werde, ob sie nun gut oder nicht so gut für die Situation auf dem Balkan insgesamt sei. Angesprochen auf die EU-Beitrittsbestrebungen der Balkanstaaten stellte Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg) fest, dass die Erweiterungsmüdigkeit in der EU auch eine Beitrittsmüdigkeit bei den bislang beitrittswilligen Staaten verursachen könne und die EU damit an Unterstützung verliere. Der Vertreter Serbiens bezeichnete den Bericht als ausgewogen und objektiv und wies darauf hin, dass sein Land noch keinen Antrag auf einen Beitritt zur NATO gestellt habe, weil diesem Antrag eine Parlamentsentscheidung vorausgehen müsse. Er bezeichnete es als bemerkenswert, dass der Bericht besonders die positiven Veränderungen hervorgehoben habe. Der Abgeordnete **Enzo Bianco** (Italien) stellte unter Hinweis auf die lange Geschichte des Balkans fest, dass die wirtschaftliche Entwicklung in dieser Region und nachhaltige Veränderungen entscheidend für die Zukunft seien. Nicht übersehen werden sollten allerdings auch neue Risiken, die durch ultranationalistische Gruppen entstehen könnten. Der Vertreter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, **Stefan Kolanowski**, ging auf das Problem der vermissten Personen auf dem Balkan ein. Er stellte fest, dass von den vermissten 40 000 Menschen vermutlich viele umgebracht worden seien. Er forderte, die Suche nach diesen Personen zu verstärken und die Schuldigen für die zu ver-

mutenden Gräueltaten zu finden, weil man dies den Familien der Opfer schulde. Er begrüßte es, dass Serbien seine Archive für Nachforschungen geöffnet habe, forderte aber gleichzeitig eine effizientere Arbeit der Behörden. Der Berichtsentwurf wurde mit einigen von den Diskussionsteilnehmern vorgeschlagenen Änderungen einstimmig verabschiedet.

VI. Vortrag von E. J. Hogendoorn, Projektdirektor für den Bereich „Horn von Africa“, International Crisis Group (ICG), Nairobi, zum Thema „Ist autonome/übertragene Sicherheit die Lösung für Somalia?“

Der Projektdirektor der Nichtregierungsorganisation *International Crisis Group (ICG)*, Nairobi, **E. J. Hogendoorn**, befasste sich in seinem Vortrag mit der Situation am Horn von Afrika und insbesondere mit der Lage in Somalia. Die Konfliktforschungsgruppe habe sich bereits mit mehreren Ländern in Afrika, darunter Somalia, Eritrea, Kenia und Sudan, befasst. Bei ihrer Untersuchung in Somalia habe sich die Konfliktforschungsgruppe auf einen bestimmten Teil des Landes konzentriert. E. J. Hogendoorn stellte fest, dass nur ein kleiner Teil von Somalia von der Regierung regiert werde, während der Rest versuche, als unabhängiger Teilstaat internationale Anerkennung zu erlangen. Insgesamt herrsche eine sehr verworrene Situation in Somalia. Dort seien 8 000 Streitkräfte der Afrikanischen Union (AU) im Rahmen einer Friedensmission eingesetzt, die auf viele unterschiedliche Clans und autonome Einheiten und Familienverbände stießen. Die Übergangsregierung habe keine Vision für die Zukunft, und die Armee befürchte, von einem einzigen Clan beherrscht zu werden. Von Seiten der Clans sei dementsprechend keinerlei Bereitschaft festzustellen, sich für eine Zentralregierung einzusetzen. Mit Blick auf die bislang unternommenen Anstrengungen in Bezug auf die Sicherheitssektorenreform (SSR) in Somalia unterstrich E. J. Hogendoorn, dass lokale und internationale Anstrengungen, eine starke und vereinte nationale Streitkraft zu schaffen, die einer zentralen Regierung mit Sitz in Mogadischu gegenüber loyal wäre, bislang nicht erfolgreich gewesen seien. Hierfür gebe es mehrere Gründe. Die derzeitige Übergangsregierung unter Scheich Ahmed werde von den internationalen Partnern zwar als Regierung von Somalia behandelt, kontrolliere aber nur einen sehr kleinen Teil des Staatsgebietes. Angesichts der Präsenz der AU-Mission und der im Lande stationierten Truppen zum Schutze der Übergangsregierung habe die Regierung keinerlei Anreiz, die Sicherheitssektorenreform zu fördern. Trotz beträchtlicher internationaler Hilfe verfügten die somalischen Streitkräfte über eine schlechte Führung, wenig Motivation und Ressourcen und seien im Wesentlichen ineffizient. Die Clanstruktur in Somalia sei ein weiterer Grund, weshalb die Lage so kompliziert sei. Andere Clans fürchteten, dass der Regierungsclan die Streitkräfte dominieren werde und diese als Instrument gegen sie einsetzen könne. Die Übergangsregierung werde als korrupt und unfähig gesehen, eine Vision für Somalia zu erarbeiten und Unterstützung für eine clanübergreifende nationale Armee in Gang zu bringen. Auch

die internationale Hilfe für die Sicherheitsreform habe der Clankfaktor negativ beeinflusst. Die bislang geflossenen Gelder der EU für Ausbildung in Somalia seien mehrheitlich dem herrschenden Clan zu gute gekommen. E. J. Hogendoorn stellte fest, dass es besser wäre, wenn sich sowohl die Truppen der AU als auch die Vereinten Nationen darauf konzentrieren würden, die somalischen Clans zu unterstützen, sich gegen den Regierungscan zu behaupten. Er befürworte eine abgestufte Sicherheitsstruktur als wirksamere Lösung für Somalias Probleme anstelle der derzeitigen Anstrengungen, eine zentralisierte vereinte Armee zu schaffen. Alle Clans müssten zusammenarbeiten, um den mächtigsten Clan in die Schranken zu weisen. Die Regierung von Somalia habe das bislang nicht erreichen können.

VII. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Die Sicherheit zur See: Die Aufgaben von NATO und EU und die Koordinierung der Operationen“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Lord Jopling (Vereinigtes Königreich)

Der Generalberichterstatter **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) stellte zu Beginn fest, dass der Berichtsentwurf gegenüber der während der Frühjahrstagung diskutierten Fassung eine Reihe von Aktualisierungen und Klarstellungen enthalte, insbesondere im Hinblick auf die Rolle der NATO. Angesichts der Tatsache, dass die westlichen Volkswirtschaften und Gesellschaften auf das Meer sowie auf die Aufrechterhaltung der Freiheit und Sicherheit der Seefahrt angewiesen seien, könne gar nicht genug getan werden, um diese auch wirklich sicherzustellen. Die Sicherheit der Meere werde aber in den letzten Jahren immer wieder und immer stärker durch Probleme wie Drogen- und Menschenhandel, durch Kriminalität und Überfälle auf See in Frage gestellt. Zur Lösung dieser problematischen Situation sei ein neuer Ansatz erforderlich. NATO und EU käme hierbei eine wichtige Rolle zu. Der Beitrag der NATO könne auf vierfache Weise erfolgen. Zunächst im Rahmen der kollektiven Verteidigung, einschließlich der Verteidigung auf See, sodann im Rahmen maritimer Partnerschaften und diplomatischer Bemühungen zwischen Küstenstaaten; drittens im Rahmen der Krisenbewältigung und Krisenreaktion, wozu Minenräumung, Katastrophenbewältigung und auch Waffenabbau gehörten, sowie viertens im Rahmen von Operationen der maritimen Sicherheit, wie zum Beispiel der Bekämpfung von Terroristen und Piraten, welche auch Elemente der Strafverfolgung beinhalten müssten. Das neue Strategische Konzept der NATO werde sicherlich auch auf eine neue maritime Strategie und ein neues maritimes Operationskonzept Einfluss haben, welche derzeit erörtert und langfristig gesehen immer wichtiger würden. Die NATO könne bei der Terrorismusbekämpfung und der Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen eine Koordinierungsfunktion übernehmen. Die Fähigkeiten und das Wissen der Marinestreitkräfte der einzelnen Mitgliedstaaten seien wertvolle Elemente, die von der NATO eingebracht werden könnten, zum Beispiel auch im Rahmen von gemeinsam mit Dritten durch-

geführten militärischen Übungen. Eine Positionierung der NATO auf globaler wie auf lokaler Ebene sei das Gebot der Stunde. Die Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen NATO und EU könne noch nicht als gut bezeichnet werden. Die EU sei im Begriff, eine neue integrierte europäische Meerespolitik zu entwickeln und dabei Synergien zu bündeln. Sie habe sich in diesem Zusammenhang auch auf regionale Politiken verständigt, wie zum Beispiel die Ostseestrategie, die Strategie für die Arktis und für andere Regionen. Sie schaffe eigene Kapazitäten und baue diese aus. Sie engagiere sich bei der Bekämpfung der Piraterie und in weiteren maritimen Bereichen. Die EU sei in der Lage, einen umfassenden Ansatz zu entwickeln, der sowohl zivile als auch militärische Fähigkeiten integriere und dabei zu mehr internationaler Zusammenarbeit und Koordinierung beitrage. Abschließend führte Lord Jopling aus, dass es sehr wichtig sei, Überschneidungen und Doppelungen zu vermeiden und dass NATO und EU sich schrittweise weiter annähern müssten. Geprüft werden müsse, wo es weitere Synergien gebe und wie eine optimale Nutzung der vorhandenen nationalen Fähigkeiten erreicht werden könne. Auch die Zusammenarbeit mit der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation und anderen regionalen Organisationen sei sehr wichtig. Es gelte, bei der Bekämpfung der Piraterie auch neue Partner mit einzubeziehen, zum Beispiel Russland, China und Indien, mit denen es schon Kooperationsprogramme gebe, aber auch den privaten Sektor wie zum Beispiel Reedereien.

In der anschließenden Diskussion sprach die Senatorin **Jane Cordy** (Kanada) die Situation im hohen Norden, in Grönland, Dänemark und Island an, wo wegen des schmelzenden Eises Kreuzfahrtschiffe immer weiter in die Arktis vordrängen. Gerade hier drohe die Gefahr von Schiffsunfällen, und es sei aufgrund der großen Entfernungen und schwierigen Gegebenheiten oft nicht möglich, schnelle Hilfe zu leisten. Sie empfahl, dass zum Beispiel zwei Kreuzfahrtschiffe im Konvoi eine Reise antreten sollten, damit im Unglücksfalle die Passagiere des einen durch das zweite Schiff gerettet werden könnten. Die Gefährlichkeit der Eisberge werde offenbar von manchen Reedereien unterschätzt. **Lord Jopling** wies darauf hin, dass gerade auch in Grönland Schiffe unterwegs seien, die nicht für diese Region geeignet seien. Von den Versicherungsunternehmen sollten hier sehr strikte Regelungen festgelegt werden. Der Abgeordnete **Hendrik Jan Ormel** (Niederlande) stellte die Frage, was die NATO tun werde, wenn es zu einer Katastrophe auf See komme. Er bezeichnete das Risiko einer nuklearen Verseuchung auf See als groß, etwa durch russische U-Boote, die Kernbrennstoffe an Bord hätten und zum Beispiel in der Barentssee unterwegs seien. In Bezug auf die Piraterie vor Afrika plädierte er für die Schaffung eines internationalen Gerichtshofs für Verbrechen der Piraterie, denn eine internationale Gerichtsbarkeit für Piraten sei unabdingbar. **Lord Jopling** wies darauf hin, dass es für Katastrophen auf hoher See weltweite Vorkehrungen und zum Beispiel in Stavanger (Norwegen) eine Schiffsüberwachung für Schiffskatastrophen in der ganzen Welt gebe. Die Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) wies darauf hin, dass es Sicherheitsprobleme auf hoher See gebe, die nicht

nur von maritimer Seite zu lösen seien. Die Situation in der Arktis, wo durch das schmelzende Eis die Hoffnung einiger Staaten auf einen baldigen Zugriff auf Rohstoffe in dieser Region steige, gehöre zu diesen Problemen. Kurze Transportwege seien natürlich von ökonomischem Vorteil. Auch die vier NATO-Mitgliedsländer, die Arktisanrainer seien, und Russland seien mehr als interessiert, hier zu einer baldigen Lösung zu kommen. Zu beobachten sei auch eine Konzentration militärischer Kräfte im arktischen Raum. Es müsse vorbeugende Maßnahmen geben, wenn eines Tages Bodenvorkommen und Rohstoffe aus dieser Region unter den Anrainerstaaten aufgeteilt werden würden. Sie regte an, diese Problematik eventuell als separaten Tagesordnungspunkt für die zukünftige Arbeit des Ausschusses mit aufzunehmen. **Lord Jopling** stimmte dem zu und unterstrich, dass Abgeordnete Ulla Schmidt eine Frage angesprochen habe, die sehr genau zu verfolgen sei. Nicht nur der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit habe dieses Problem aufgegriffen. Man zeige damit, dass es der NATO sehr bewusst sei, dass hier eine große Herausforderung liege. Es bähne sich eine größere Konfliktszene in der Arktis an, und langfristige Lösungen seien unbedingt erforderlich. Der Bericht wurde mit großer Mehrheit verabschiedet.

**VIII. Beratung der Entschließungsentwürfe
„Die Eingliederung von Resolution 1325
des VN-Sicherheitsrates über Frauen,
Frieden und Sicherheit in das neue Strate-
gische Konzept der NATO und in die
Politiken und Praktiken des Bündnisses“,
vorgelegt von dem Generalberichterstatter
Lord Jopling (Vereinigtes Königreich) und
der Abgeordneten Ulla Schmidt (Deutsch-
land), und „Die Lage in Georgien“, vorge-
legt von dem Generalberichterstatter
Lord Jopling (Vereinigtes Königreich)**

Die Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) unterstrich bei der Vorstellung des Entschließungsentwurfes, dass zehn Jahre nach der Verabschiedung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (VN) noch immer eine Menge zu tun bleibe, um die Rolle der Frauen in Friedensprozessen und bei der Konfliktlösung zu verbessern und um der sexuellen Gewalt gegenüber Frauen in Konfliktsituationen ein Ende zu setzen. Sie betonte, dass die Parlamente eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang spielen könnten, indem sie konkrete Maßnahmen ergreifen und die in der Resolution des VN-Sicherheitsrates eingegangenen Verpflichtungen erfüllen sowie wichtige Maßnahmen unterstützen, die die NATO zur Umsetzung dieser Resolution bereits ergreifen habe. Im Hinblick auf das neue Strategische Konzept der NATO forderte sie, den Inhalt der Resolution auch auf die neuen Herausforderungen zum Beispiel in Afghanistan anzuwenden. Gewalt gegen Frauen werde als Kriegsstrategie eingesetzt und stelle ein Kriegsverbrechen dar. Der von der NATO eingesetzte Ausschuss für Gleichberechtigungsperspektiven und der ebenfalls im NATO-Hauptquartier eingesetzte Beauftragte für Gleichberechtigungsfragen seien Schritte in die richtige Richtung. Bei allen militärischen

Missionen der NATO müssten die in der Resolution des Sicherheitsrates erhobenen Forderungen beachtet werden. Sexualisierte Gewalt sei weiterhin sehr verbreitet. In mehr als 51 Staaten seien Massenvergewaltigungen nicht nur in Konfliktsituation, sondern auch in Postkonfliktsituationen festgestellt worden. Dies führe für die Betroffenen zu schweren Traumata, und oft dauere es sehr lange, bis diese Fälle zum Internationalen Gerichtshof in Den Haag gelangten. Es habe schon lange genug gedauert, bis Vergewaltigung als Straftat anerkannt worden sei. Die Rolle der Frauen und ihr Beitrag zur Konfliktlösung und zum Friedensprozess seien nicht nur auf bewaffnete Konflikte beschränkt, sondern müssten auch im Hinblick auf den Aufbau von Zivilgesellschaften gesehen werden. Dies müsse bei der Umsetzung des neuen Strategischen Konzeptes unbedingt berücksichtigt werden. Frauen spielten eine aktive Rolle bei der Unterstützung der Familie unter schwierigen Bedingungen. Sie seien oft die alleinigen Ernährer und darüber hinaus Partnerinnen beim Wiederaufbau. Der Beitrag der Frauen zum Aufbau einer zivilen Gesellschaft müsse als eine Bereicherung gesehen werden, und dementsprechend müssten sie in die zivilrechtlichen Organisationen mit einbezogen werden. Zum Abschluss ihrer Ausführungen forderte die Abgeordnete Ulla Schmidt erneut, dass die NATO alle ihre Operationen im Einklang mit den Resolutionen der VN zur Rolle der Frauen in Bezug auf Sicherheit und Frieden durchführen solle. Diese Forderung sollten die Parlamentarier mit in ihre Heimatparlamente nehmen und sie bei der Truppenaufstellung und bei der Durchführung militärischer Operationen berücksichtigen. Die NATO als militärisches Bündnis, welches Mitglieder mit gemeinsamen Wertevorstellungen vereine, werde durch dieses Verhalten gestärkt und ihre Akzeptanz werde generell erhöht. Von den beiden vorgelegten Änderungsanträge zum Entschließungsentwurf wurde einer abgelehnt und der andere zurückgezogen. Der Entschließungsentwurf wurde einstimmig verabschiedet.

Der Berichterstatter **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) führte zu seinem Entschließungsentwurf zur Lage in Georgien aus, dass dieser drei wichtige Punkte betreffe: Zum einen die Anerkennung der guten Fortschritte Georgiens in Richtung auf eine euroatlantische Integration, zum anderen eine Bekräftigung der Politik der offenen Tür der NATO, wie sie die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Treffen in Lissabon im Hinblick auf die Zukunft der NATO in den nächsten zehn Jahren beschlossen hätten, und drittens ein Blick auf die Situation in Abchasien und Südossetien, die weiterhin Anlass zur Besorgnis biete und die Sicherheit und Stabilität in Europa beeinträchtige. Des Weiteren seien die neuesten Entwicklungen seit der Kommunalwahl im Mai 2010 in Georgien zu berücksichtigen, ebenso wie die Verabschiedung einer staatlichen Strategie zur Integration der Bevölkerung in Abchasien und Südossetien. Der Bericht einer internationalen unabhängigen *fact finding*-Mission über den Konflikt in Georgien liege vor, und es sei notwendig, alle Parteien an einen Tisch zu bringen, um eine gemeinsame Lösung für die Konflikte im Lande zu finden. In dem Entschließungsentwurf werde Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integri-

tät von Georgien gefordert; es werde bekräftigt, dass eine Änderung des territorialen *Status quo* durch Gewalt inakzeptabel sei. Die umfassende Umsetzung des Waffenstillstandsabkommens werde ebenso unterstützt wie der Genfer Friedensprozess als das einzige Forum, welches alle Parteien des Konfliktes zusammenbringe. Ferner werde in dem Entschließungsentwurf die Überwachungsmission der EU (EUMM) unterstützt und die Notwendigkeit hervorgehoben, dass die EUMM Zugang zu den Gebieten von Abchasien und Südossetien erhalte.

In der Debatte wurden sowohl Georgien als auch Russland aufgefordert, alles zu unterlassen, was zu weiteren Zwischenfällen führen könne. Alle Redner betonten, dass mehr Sicherheit und Wohlstand für alle Länder im Südkaukasus das Ziel sein müsse. Die Bereitstellung von Streitkräften durch Georgien im Rahmen des Afghanistaneseinsatzes und die Zuverlässigkeit als Partner bei dieser Operation wurden ausdrücklich gewürdigt. Gleichzeitig wurde Georgien aufgefordert, weitere Maßnahmen zur Vollendung seiner Verfassungsreform zu unternehmen. Unterstrichen wurde auch, dass die in Georgien eingerichteten Flüchtlingslager eine große finanzielle Belastung für das Land seien und durch die Schließung der Grenzen auch die Handelsbeziehungen blockiert würden. Von russischer Seite wurde betont, dass eine Normalisierung der Beziehungen zu Georgien Priorität habe. Hingewiesen wurde von russischer Seite auch auf den Vorschlag des russischen Präsidenten, einen Vertrag über die neue europäische Sicherheitsarchitektur zu entwerfen. Die beiden vorgelegten Änderungsanträge wurden angenommen und der geänderte Entschließungsentwurf einstimmig verabschiedet.

IX. Aktivitäten in den Jahren 2010 und 2011

Die Ausschussvorsitzende Abgeordnete **Jo Ann Emerson** (Vereinigte Staaten) berichtete über den Besuch des Ausschusses in Washington D.C. und in Missouri im Juli 2010. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) unterrichtete den Ausschuss über die Beteiligung einer kleinen Delegation des Ausschusses an einer NATO-Übung im Rahmen der Katastrophenbewältigung im September 2010 in Armenien. Der Abgeordnete **Enzo Bianco** (Italien) gab eine kurze Zusammenfassung über den Besuch des Unterausschusses im Oktober 2010 in Belgrad, und der Abgeordnete **Marc Angel** (Luxemburg) berichtete über die Ergebnisse des Rose-Roth Seminars im Oktober 2010 in Skopje. Für das Jahr 2011 wurden folgende Aktivitäten des Ausschusses vorgeschlagen: Eine Reise nach Bosnien und Herzegowina (gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuss) und eine Reise in die Niederlande (gemeinsam mit dem Verteidigungsausschuss). Ferner wurde die Teilnahme an einem Rose-Roth-Seminar über Afghanistan in London angeregt. Als Themen, die 2011 auf der Tagesordnung des Ausschusses stehen sollten, wurden zum einen ein Generalbericht über den Stand der terroristischen Bedrohung des Bündnisses zehn Jahre nach dem 11. September 2001, ein Bericht über die Entwicklung des internationalen Strafrechts beginnend vom Internationalen Gerichtshof für das ehemalige Jugoslawien bis zum

Internationalen Gerichtshof in Den Haag vorgeschlagen und drittens ein Sonderbericht über die Herausforderungen beim Aufbau funktionierender staatlicher Strukturen in Afghanistan. Mehrere Ausschussmitglieder schlugen vor, dass sich der Ausschuss einer Reise von zwei weiteren Ausschüssen der Versammlung nach China anschließen könne, weil die im Rahmen dieser Reise erörterten Themen auch für den Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit relevant seien. Die Reise nach China könne an Stelle einer der geplanten Aktivitäten – beispielsweise als Ersatz für das gemeinsame Seminar in London – stattfinden. Dieses Seminar stehe ohnehin allen Mitgliedern ungeachtet ihrer Ausschusszugehörigkeit offen.

X. Personalien

Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses wurde der Abgeordnete **Marc Angel** (Luxemburg) gewählt. Zur stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“ wurde die Senatorin **Jane Cordy** (Kanada) und als Berichterstatter wurde der Abgeordnete **Lucio Malan** (Italien) gewählt. Alle anderen wieder wählbaren Amtsträger des Ausschusses und des Unterausschusses wurden in ihrem Amt bestätigt. Zum ordentlichen Mitglied des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit im Interparlamentarischen Ukraine-NATO-Rat wurde die Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) gewählt.

XI. Sonstiges

Die Vorsitzende informierte die Ausschussmitglieder über Veränderungen im Sekretariat des Ausschusses. So werde Andrius Avizius die Tätigkeit als Direktor des Ausschusses von Ruxandra Popa übernehmen, die stellvertretende politische Generalsekretärin der NATO PV werde. Die Vorsitzende dankte Frau Popa für ihre sehr engagierte Arbeit im Ausschuss. Die Ausschussvorsitzende dankte auch der polnischen Delegation und den Mitarbeitern des polnischen Sejm für die Veranstaltung einer erfolgreichen Jahrestagung in Warschau und schloss anschließend die Sitzung des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit.

Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie tagte am Sonntag, 14. November 2010, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Jan Arild Ellingsen** (Norwegen).

I. Überblick über die Themen

Im Zentrum der Beratungen des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie standen die Themen: Abrüstung und Rüstungskontrolle bei den Massenvernichtungswaffen, Raketenabwehr aus polnischer Sicht, elektromagnetische Pulse und ihre Auswirkungen auf die Infrastruktur, eine nachhaltige Energiestrategie für das Bündnis und die internationale Klimapolitik nach Kopenhagen.

II. Vortrag von Botschafter Jacek Bylica, Leiter des Zentrums der NATO für die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, zum Thema „NATO-Initiativen und Aktivitäten im Bereich der Massenvernichtungswaffen, Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung“

Einführend bemerkte Botschafter **Jacek Bylica**, dass die NATO in Anbetracht des veränderten Sicherheitsumfeldes eine neue Strategie verabschiedet habe, um die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern und sich gegen die Gefahr durch chemische, biologische, radiologische und nukleare (CBRN) Bedrohungen zu wappnen. Dabei werde auch der Schutz der Zivilbevölkerung ausgeweitet, und weitere Partner außerhalb des Bündnisses seien in die Strategie einbezogen. Praktisch umgesetzt werde diese Zusammenarbeit durch jährliche Konferenzen des NATO-Zentrums für Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und die Workshops zu den CBRN-Waffen. Zu der langfristigen Nuklearpolitik des Bündnisses schlug Botschafter Jacek Bylica einen Mittelweg zwischen einer kontinuierlichen nuklearen Abschreckung und dem Fernziel *Global Zero* vor. Solange andere Länder über Nuklearwaffen verfügten, könne auch die Allianz nicht darauf verzichten. Die NATO stehe vor der Aufgabe, einen intelligenten Mix aus Nuklearstreitkräften, konventionellen Waffen und Raketenabwehr zu bewerkstelligen.

In der anschließenden Diskussion erkundigte sich der Abgeordnete **John Sewel** (Vereinigtes Königreich) nach der Nukleardoktrin Russlands. Botschafter **Jacek Bylica** erläuterte, dass es in Russland dazu keine ausreichende Transparenz gebe – weder zur Strategie noch zu den Nuklearwaffen. Fakt sei jedoch eine deutliche Überlegenheit bei den in Europa stationierten taktischen Kernwaffen. Problematisch sei die wachsende Energieerzeugung mittels Atomkraft; wobei nicht immer klar festgestellt werden könne, ob nukleartechnische Anlagen ausschließlich zivil genutzt würden. Der Abgeordnete **Ivar Kristiansen** (Norwegen) zeigte sich besorgt über den steigenden Anteil von Atomstrom an der weltweiten Energiegewinnung und bemängelte dabei, dass es keine zufriedenstellende Lösung für die Endlagerung von Atommüll gebe. Botschafter **Jacek Bylica** gab zu bedenken, dass die Endlagerung nicht zu den Aufgaben der NATO zähle, plädierte aber gleichwohl für sichere Endlagerlösungen und die Diskussion darüber in den einschlägigen Foren, zum Beispiel der Internationalen Atomenergiebehörde. Abschließend bewertete der Abgeordnete **Iwan Gratschow** (Russische Föderation) das von seinem Ausschusskollegen erwähnte nukleare Übergewicht Russlands bei den taktischen Kernwaffen als nicht ganz zutreffend.

III. Vortrag von Lukasz Kulesa, Unterabteilungsleiter „Strategische Analyse“ im Büro für Nationale Sicherheit, zum Thema „Raketenabwehr aus polnischer Sicht“

Eingangs erinnerte **Lukasz Kulesa** daran, dass die von der Bush-Regierung favorisierte Raketenabwehr eine Abfangbasis in Polen und eine Radarstation in Tschechien

vorgesehen habe. Kern des Obama-Plans sei nun ein Schutz gegen ballistische Kurz- und Mittelstreckenraketen, überwiegend durch seegestützte Abwehr. Mögliche Szenarien für deren Einsatz wären zum Beispiel Raketenangriffe aus dem Nahen Osten oder versehentliche Abschüsse. Der NATO-Generalsekretär befürworte dieses Abwehrsystem, das von den Verbündeten ebenso gut eingesetzt werden könne wie von den Vereinigten Staaten. Damit könne ein neuer Zusammenhalt im Bündnis geschaffen werden. Der Abwehrschild gegen nukleare Mittelstreckenwaffen richte sich nicht gegen Russland, das derartige Waffen auch gar nicht besitze. Noch sei Russlands Haltung zur Raketenabwehr ambivalent, allerdings sei eine russische Teilhabe an dem Projekt in Form von Daten- und Informationsaustausch vorstellbar.

Der amtierende Ausschussvorsitzende eröffnete die Diskussion mit der Frage, wie die polnische Bevölkerung zur Raketenabwehr stehe. **Lukasz Kulesa** erläuterte, das ursprüngliche Projekt der US-amerikanischen Vorgängerregierung habe nur die Unterstützung einer Minderheit in Polen erfahren, nun befürworte aber die Mehrheit der Bevölkerung das Abwehrsystem, weil sie durch den Georgienkrieg ein größeres Sicherheitsbedürfnis habe. Der Abgeordnete **Suat Kiniklioglu** (Türkei) erkundigte sich nach der Zuverlässigkeit des geplanten Abwehrsystems. Bei den Tests – so **Lukasz Kulesa** – sei die Abfangrate sehr zufriedenstellend gewesen und man gehe bei der Entwicklung von weiteren Fortschritten aus. Der Abgeordnete **Mikael Kapura** (Russische Föderation) äußerte sich erstaunt über das sehr unterschiedliche Konzept der Regierung Obama zur Raketenabwehr im Vergleich zu den Plänen der Bush-Regierung. Des Weiteren erbat er eine Garantie, dass die Raketenabwehr nicht gegen sein Land gerichtet sei.

IV. Beratung des Generalberichtsentwurfes über „Verbreitung von Kernwaffen/WMD und Raketenabwehr: Die Anbahnung einer neuen Partnerschaft mit Russland“ vorgelegt von dem Generalberichterstatter Abgeordneter David Scott (Vereinigte Staaten)

Der Generalberichterstatter Abgeordneter **David Scott** (Vereinigte Staaten) nannte als Dreh- und Angelpunkt seines Berichtes eine echte Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Russland in den Bereichen Nuklearsicherheit und Abrüstung. Konzentrieren solle man sich auf konkrete Projekte, aber auch das Fernziel *Global Zero* sei nicht unrealistisch. Die Kooperation beider Staaten könne auf die Abwehr chemischer und biologischer Bedrohungen ausgeweitet werden. Einen Widerspruch zwischen Raketenabwehr und dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt entkräftete David Scott mit dem Argument, solange es Staaten gebe, die sich der Atomwaffenfreiheit nicht verpflichtet sehen, müsse es eine zweite Defensivlinie geben.

Die Diskussion leitete der Abgeordnete **Andrius Mazuronis** (Litauen) mit der Frage ein, ob es in Anbetracht des unterschiedlichen Wertesystems überhaupt eine Kooperation mit Russland geben könne. **David Scott** brachte

seine Überzeugung zum Ausdruck, dass es zur freien Welt keine Alternative, jedoch eine ganze Menge Gestaltungsmöglichkeiten gebe. In dieselbe Richtung argumentierte der Abgeordnete **Andrzej Galazewski** (Polen); er gab jedoch zu bedenken, dass es schwer sei, Vertrauen aufzubauen, wenn Russland quasi vor der Haustür Militärmanöver abhalte und in seiner Doktrin den Westen immer noch als Feind definiere. Der Abgeordnete **Paul Schäfer** (Deutschland) äußerte sich skeptisch zu dem Raketenabwehrsystem, das nur glaubwürdig sei, wenn es hundertprozentig funktioniere, woran er seine Zweifel habe. Der Abgeordnete **Andrzej Andrejew** (Russische Föderation) unterstrich, dass sich die westlichen mit den russischen Werten vielfach deckten. Den Weg zur *Global Zero* bewertete er allerdings als nicht zielführend, weil Atomwaffen zur Verteidigung unverzichtbar seien, zum Beispiel zur Abwehr eines Asteroideneinschlags. Der Ausschuss billigte den Berichtsentwurf mit kleinen Änderungen.

V. Vortrag von Dr. Avi Schnurr, Vorsitzender des Rates für die Sicherheit der Elektrischen Infrastruktur, zum Thema „Elektromagnetische Impulse (EMP) und ihre Auswirkungen auf kritische Infrastrukturen“

In seinem Vortrag informierte **Dr. Avi Schnurr** die Ausschussmitglieder über eine bislang wenig wahrgenommene Gefahr, nämlich die durch elektromagnetische Pulse (EMP). Diese durch natürliche Quellen (Sonnentürme, elektrostatische Entladungen) oder auch EMP-Waffen erzeugten Pulse könnten in den betroffenen Ländern immense Schäden an der Infrastruktur bewirken, wie zum Beispiel komplettes Schmelzen der Stromverteiler, Ausfall von Rechnern etc. Positiv bewertete Dr. Avi Schnurr, dass in den Vereinigten Staaten viele Studien zu diesem Phänomen in Auftrag gegeben worden seien und im September 2010 auch die erste internationale Konferenz in London dazu veranstaltet werde.

Der Abgeordnete **Jan Arild Ellingsen** (Norwegen) erkundigte sich bei **Dr. Avi Schnurr** danach, ob die Staatengemeinschaft ein gemeinsames Vorgehen anstrebe, um der potenziellen Gefahr durch EMP zu begegnen. Der Vortragende bedauerte, dass die Weltgemeinschaft meist erst dann reagiere, wenn sich ein Zwischenfall ereignet habe. Bei den EMP gebe es jedoch ein Problembewusstsein und zunächst müsse die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, um die technischen Möglichkeiten zur Sicherung der kritischen Infrastruktur umsetzen zu können.

VI. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Energie- und Umweltsicherheit“ zum Thema „Eine nachhaltige Energiestrategie für das Bündnis“, vorgelegt von dem Berichtserstatter Abgeordneter Philippe Vitel (Frankreich)

Der Berichtserstatter Abgeordneter **Philippe Vitel** (Frankreich) bezeichnete die Energiesicherheit als ein im Bünd-

nis umstrittenes Thema, dem die Allianz viel mehr Beachtung schenken und das seiner Meinung nach sogar in das neue Strategische Konzept einfließen solle. Für ihn sei der Zusammenhang zwischen Energie und Sicherheit unbestreitbar, wie der jüngste russisch-ukrainische Deal – gesicherte Erdgaslieferungen verknüpft mit einer stärkeren russischen Marinepräsenz im Kaspischen Meer – verdeutliche. Dass manche Verbündete von Energieimporten abhängen, habe ganz klare Auswirkungen auf ihre Außen- und Sicherheitspolitik und das geopolitische Klima insgesamt. Zwar sei von einer Beteiligung der NATO an Energielieferverträgen abzusehen, jedoch könne das Bündnis eine geeignete Plattform bieten, um Solidarität zu praktizieren, Diskussionen und gemeinsame Stellungnahmen zu erarbeiten, die im Ergebnis sicher nicht ohne Resonanz auf nationaler oder EU-Ebene blieben. Der Berichtserstatter plädierte für ein Umdenken in der Energiepolitik hin zu effizienteren, umweltverträglicheren Formen, die letztlich auch zu einer größeren Unabhängigkeit von Energieimporten führen würden.

Nach Präzisierungen von türkischer Seite zu NABUCCO plädierte der Abgeordnete **Ivar Kristiansen** (Norwegen) dafür, dass sich die Bündnisländer von externen Zulieferern unabhängig machen sollten. Er sorgte sich ferner um die Sicherheit der Versorgungsnetze, zum Beispiel Gefährdung durch Terroranschläge, und zeigte sich generell beunruhigt über den zunehmenden Energiehunger einer wachsenden Weltbevölkerung. Mit geringfügigen Änderungen wurde der Berichtsentwurf von den Ausschussmitgliedern verabschiedet.

VII. Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Klimawandel: Herausforderungen nach Kopenhagen“, vorgelegt von dem Sonderberichterstatter Senator Pierre Claude Nolin (Kanada), vorgetragen vom stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Energie- und Umweltsicherheit“ Abgeordneter Andrzej Galazewski (Polen)

Den abwesenden Berichtserstatter vertrat der stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses „Energie- und Umweltsicherheit“, Abgeordneter **Andrzej Galazewski** (Polen). Alarmiert von den verheerenden Bränden in Russland solle über die Klimaveränderungen nicht nur im Ausschuss, sondern international diskutiert werden, so leitete dieser in die Materie ein. Eindringlich forderte er eine breite faktenbasierte Debatte, um so die Unterstützung der breiten Öffentlichkeit sowie der Politik zu gewinnen. Die Forderung, den Klimawandel und seine Folgen einzudämmen, komme angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Überwindung die Regierungen viel Geld und Energie kosteten, jedoch zur Unzeit. Im Lichte der vielen Hürden auf dem Weg zu einem international verbindlichen Klimaschutzabkommen bewertete Andrzej Galazewski die Chancen dafür als äußerst gering. Ohne das Ziel eines Post-Kyoto-Abkommens aus den Augen zu verlieren, solle nach neuen Wegen auf nationaler, regionaler oder projektorientierter Ebene gesucht werden. Abschließend würdigte er die Anstrengungen der

Bündnisländer, die innerhalb der EU verabredete dreißigprozentige Emissionsreduzierung bis zum Jahr 2020 zu bewerkstelligen.

In der anschließenden Diskussion hob **Baroness Ramsey of Cartvale** (Vereinigtes Königreich) die Bemühungen ihres Landes bei der Reduzierung von Schadstoffen hervor. Der Abgeordnete **Vahit Erdem** (Türkei) zeigte seine Enttäuschung über das Kopenhagen-Ergebnis und bewertete den vorliegenden Bericht als zu positiv. Der Abgeordnete **David Scott** (Vereinigte Staaten) unterstrich das Erfordernis, dem Klimawandel entgegenzuwirken und plädierte dafür, den Berichtsentwurf, der gute Ansätze zu einem gemeinsamen Vorgehen aufzeige, zu verabschieden. Die Ausschussmitglieder votierten für den Bericht zum Klimawandel.

VIII. Abstimmung über den Entschließungsentwurf „Die Partnerschaft mit Russland im Hinblick auf den Schutz vor Massenvernichtungswaffen und die Raketenabwehr“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Abgeordneter David Scott (Vereinigte Staaten)

Der Generalberichterstatter stellte den Entschließungsentwurf vor. Nach kurzer Diskussion und Abstimmung über die Änderungsanträge wurde der Entschließungsentwurf in geänderter Form von den Ausschussmitgliedern einhellig gebilligt.

IX. Personalien/Wahlen

Der Abgeordnete **Jan Arild Ellingsen** (Norwegen) wurde zum Ausschussvorsitzenden, der Abgeordnete **Andrezej Galazewski** (Polen) und **Baroness Ramsay of Cartvale** (Vereinigtes Königreich) zu seinen Stellvertretern gewählt. Zur Vorsitzenden des Unterausschusses „Energie- und Umweltsicherheit“ wurde die Abgeordnete **Luisa Salgueiro** (Portugal) gewählt.

X. Aktivitäten im Jahr 2011

Für das Jahr 2011 plante der Wissenschaftsausschuss im Mai einen Besuch in Deutschland. Der Unterausschuss beabsichtigte einen Besuch in Kanada sowie die Teilnahme an einem gemeinsamen Treffen mit drei anderen Ausschüssen in London im September.

Ständiger Parlamentarischer NATO-Russland-Ausschuss (NRPC)

Der Ständige Parlamentarische NATO-Russland-Ausschuss tagte am Freitag, 12. November 2010, unter dem Vorsitz des Präsidenten der Versammlung, Abgeordneter **John Tanner** (Vereinigte Staaten).

I. Überblick über die Themen

Auf der Tagesordnung stand das Thema einer möglichen strategischen Partnerschaft zwischen der NATO und der Russischen Föderation, das zunächst in Vorträgen be-

leuchtet und anschließend von den Ausschussmitgliedern diskutiert wurde.

II. Vorträge von Professor Adam Rotfeld, ehemaliger polnischer Außenminister und stellvertretender Vorsitzender einer polnisch-russischen Arbeitsgruppe für schwierige Angelegenheiten am Polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten sowie von Professor Igor Iwanow, ehemaliger Außenminister der Russischen Föderation, Staatliches Institut für Internationale Beziehungen in Moskau zum Thema „NATO – Russland: Die Suche nach einer strategischen Partnerschaft“

Professor **Adam Rotfeld** gliederte seinen Vortrag über die Beziehungen zwischen der NATO und der Russischen Föderation in vier Themenfelder auf: die Risiken für die gemeinsame Sicherheit, die Rolle der NATO und ihrer Partner, die Strategie der NATO gegenüber Russland und die Weiterentwicklung der NATO-Russland-Beziehungen. Sicherheitsrisiken entsprängen ganz unterschiedlichen Ursachen und könnten daher nur schwer bestimmten Regionen der Welt zugeordnet werden. Oft rührten sie von unsicheren und instabilen staatlichen Strukturen her und äußerten sich in terroristischer Gewalt oder in der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen. In jüngster Zeit hätten beispielsweise Irans nukleare Ambitionen sowie die Konflikte in Zentral- und Südasiens und auf der koreanischen Halbinsel die globale Sicherheitslage beeinflusst. In Europa seien ungelöste regionale Auseinandersetzungen die Ursache für Krisen gewesen. Neue Risiken, beispielsweise die Gefährdung der Energiesicherheit, seien hinzugekommen. Mit der Analyse der komplexen euroatlantischen Sicherheits Herausforderungen setze sich seit Dezember 2009 unter dem Dach des *Carnegie Endowment for International Peace* die *Euro-Atlantic Security Initiative* unter dem Vorsitz von Sam Nunn, Igor Iwanow und Wolfgang Ischinger auseinander. Die Partnerschaften der NATO mit Nicht-Mitgliedsstaaten und mit anderen internationalen Organisationen seien bei der Vermeidung und Eindämmung von Konflikten außerordentlich wertvoll. Besonderes Potential habe die Partnerschaft der NATO mit der EU, aber auch mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und mit dem Europarat. Die NATO müsse daher ihre Fähigkeiten zum Zusammenwirken mit Partnern weiterentwickeln. Hierzu gehöre auch eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation, die aktiv angegangen werden müsse, allerdings von beiden Seiten. Auch Russland müsse deutlich machen, mit der NATO kooperieren zu wollen. Die in diesem Jahr verabschiedete neue russische Militärdoktrin gehe noch immer von einer Bedrohung durch die Vereinigten Staaten und die NATO aus, obwohl Russland jetzt friedlicher mit seinen westlichen Nachbarn zusammenlebe als in den letzten 350 Jahren zuvor. Die Feindbilder des Kalten Krieges müssten endlich überwunden werden. Durch die gegenseitige Achtung von Souveränität und territorialer

Integrität könne Vertrauen entstehen. Der neue multilaterale Ansatz der Vereinigten Staaten biete neue Perspektiven für ein besseres Sicherheitssystem auf Grundlage strategischer Kooperation.

Auch Professor **Igor Iwanow** sah viele gemeinsame Interessen der NATO und Russlands, die zu einer verbesserten Zusammenarbeit führen könnten. In den letzten 20 Jahren seien viele Möglichkeiten vertan worden, trotzdem sei es aber bei Themen wie Terrorismusbekämpfung, der Reduzierung von Massenvernichtungswaffen und militärischer Zusammenarbeit zu Fortschritten gekommen. Obwohl Russland mit dem militärischen Vorgehen der NATO auf dem Balkan und mit der NATO-Osterweiterung nicht einverstanden gewesen sei, habe der russische Präsident Wladimir Putin kürzlich geäußert, er könne sich sogar eine Mitgliedschaft seines Landes in der NATO vorstellen, sofern russische Interessen gewahrt würden und Russland als gleichberechtigter Partner betrachtet werde. Die Anschläge vom 11. September 2001 hätten zu einer deutlichen Veränderung des Sicherheitsumfeldes geführt und die Tür für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen NATO und Russland geöffnet. Das Vorgehen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs im Irak habe diese Möglichkeit wieder zunichte gemacht. Auch die Bewertung des Konflikts zwischen Russland und Georgien im Sommer 2008 habe gezeigt, dass es anhaltende Meinungsunterschiede gebe. Die neue multilaterale Ausrichtung der US-amerikanischen Administration unter Präsident Barack Obama sei jedoch eine neue Chance für die Intensivierung der Beziehungen zur NATO. Auch die Beziehungen zu Polen habe Russland bereits sehr verbessert. Wichtiger als die theoretische Übereinstimmung zwischen Russland und der NATO sei die praktische Zusammenarbeit bei drängenden Fragen wie der Energiesicherheit, der Raketenabwehr, der Cyber-Sicherheit und der Arktis. Größte Priorität habe aber die Unterzeichnung des neuen Vertrages über die Verringerung strategischer Atomwaffen *New Strategic Arms Reduction Treaty (New START)*.

In der nachfolgenden Debatte sah der Abgeordnete **José Lello** (Portugal) Russland vor großen Herausforderungen im Hinblick auf eine notwendige Stärkung der wirtschaftlichen Grundlagen, die Modernisierung vorhandener Infrastruktur und die Schaffung einer größeren Wettbewerbsfähigkeit. Die russische Sicherheit werde nicht mehr vom Westen bedroht, sondern von Terrorismus und islamischem Fundamentalismus. Diese und auch andere Sicherheits Herausforderungen teile Russland mit der euroatlantischen Region. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit für Kooperation, Transparenz und Vertrauensbildung auf beiden Seiten. Der Abgeordnete **Assen Agov** (Bulgarien) drückte seine Hoffnung aus, dass die Differenzen zwischen der NATO und Russland beigelegt werden könnten. Angesichts der Vorgänge in Georgien im Jahr 2008 und der andauernden De-facto-Besetzung von Abchasien und Südossetien, sowie angesichts der wachsenden russischen Militärpräsenz im Kaukasus und in der Schwarzmeerregion stelle sich ihm aber die Frage, ob Russland sich auf

weitere Verhandlungen zum Rückbau konventioneller Streitkräfte in Europa einlassen werde. Der Abgeordnete **Marek Opiola** (Polen) erkundigte sich, ob das neue Strategische Konzept neue Wege für die Entwicklung der Beziehungen zu Russland aufzeigen werde. Darauf erwiderte Professor **Adam Rotfeld**, das vorhandene Instrumentarium reiche aus. Insbesondere der NATO-Russland-Rat habe Kapazitäten, die längst noch nicht ausgeschöpft seien. Der Abgeordnete **Julio Miranda Calha** (Portugal) drückte sein Unverständnis über die Kritik Russlands an der Politik der offenen Tür der NATO und an der Planung für einen Raketenabwehrschirm aus. Dieser richte sich nicht gegen Russland. Der Abgeordnete **Victor Zavarzin** (Russische Föderation) betonte, dass auch die russischen Mitglieder der NATO PV auf gute Ergebnisse des NATO-Russland-Rates und des kommenden NATO-Gipfels in Lissabon hofften. Er kritisierte, dass es der russischen Delegation nicht gestattet sei, sich an der Arbeit der Ausschüsse der NATO PV zu beteiligen und regte an, diese Entscheidung zu überdenken. Senator **Sergio De Gregorio** (Italien) forderte, die strategische Partnerschaft der NATO mit Russland in eine konkrete Zusammenarbeit zu überführen, da Russland in den Konflikten in Afghanistan, im Nahen Osten und im Irak eine Schlüsselstellung einnehme. Der Abgeordnete **Imants Liegis** (Lettland) nahm Bezug auf die Äußerungen von Professor Igor Iwanow über das verbesserte Verhältnis zwischen Russland und Polen und drückte die Hoffnung aus, dass sich auch das russische Verhältnis zu Lettland in diese Richtung entwickeln werde. Beim Transport nichtmilitärischer Güter durch Riga nach Afghanistan arbeiteten beide Staaten schon gut zusammen. Der Abgeordnete **Hugh Bailey** (Vereinigtes Königreich) forderte engere Handelsbeziehungen zwischen dem Westen und Russland sowie Russlands Beitritt zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Professor **Igor Iwanow** ergänzte, Russland wickele bereits 50 Prozent seines Handels mit Mitgliedern der EU ab. Diese wirtschaftliche Zusammenarbeit solle ausgebaut und auf rechtliche Füße gestellt werden. Im Hinblick auf Russlands Beitritt zur OECD sei er optimistisch. Es sei jedoch absurd, dass Russland immer noch nicht Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO) sei. Die Abgeordnete **Ragnheidur E. Arnadottir** (Island) appellierte an Russland, die Arktis in Zusammenarbeit mit den anderen Anrainerstaaten, die NATO-Mitglieder seien, zu einer spannungsfreien und nicht-militärischen Region zu machen. Auf die Frage des Abgeordneten **Hendrik Jan Ormel** (Niederlande) nach dem derzeit größten Sicherheitsrisiko für Russland antwortete Professor **Igor Iwanow**, der demografische Wandel, der Russland besonders treffe, stelle eine große Gefahr für die russische Wirtschaftsentwicklung dar, da sich die asiatischen Landesteile, in denen die größten Bodenschätze lagerten, zunehmend entvölkerten. Ein weiteres Problem sei die illegale Immigration in Russland. Von den etwa zwölf Millionen Immigranten, die in Russland lebten, sei ein großer Teil illegal. Dies habe Auswirkungen auf den Drogenhandel und die organisierte Kriminalität.

Plenarsitzung

Am Dienstag, 16. November 2010, fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, **John Tanner** (Vereinigten Staaten), die Plenarsitzung statt.

I. Ansprache des Präsidenten der NATO PV, Abgeordneter John Tanner

Präsident **John Tanner** dankte den polnischen Gastgebern für die Ausrichtung der diesjährigen Jahrestagung. Besonders vor dem Hintergrund der Schicksalsschläge, die Polen in diesem Jahr erlitten habe, zunächst einen tragischen Flugzeugabsturz, der viele Mitglieder der politischen Führung des Landes das Leben gekostet habe, dann eine zerstörerische Flutkatastrophe, wisse die Versammlung die Gastfreundschaft des Sejm und des Senats zu schätzen. Die Jahrestagung finde kurz vor dem NATO-Gipfel in Lissabon statt, auf dem die Allianz ein neues Strategisches Konzept verabschieden und sich für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts rüsten wolle. Als Parlamentarier komme den Mitgliedern der NATO PV die Verantwortung zu, sich diesen Herausforderungen ebenfalls zu stellen. Aus einer Vielzahl möglicher Punkte, die in diesem Zusammenhang angesprochen werden könnten, erklärte der Präsident, wolle er nur zwei herausgreifen: die Frage der Schaffung notwendiger Ressourcen für die Verfolgung gemeinsamer sicherheitspolitischer Ziele und die Frage des politischen Willens, um diese Ziele auch gemeinsam umzusetzen. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise zwingt alle Staaten zu Einsparungen in den öffentlichen Haushalten. Eine Absenkung der Verteidigungshaushalte könne dabei als verhältnismäßig einfaches Mittel erscheinen. Es sei jedoch zu berücksichtigen, dass die Verteidigungshaushalte der europäischen Staaten bereits niedriger seien als je zuvor. Die Allianz müsse daher Wege finden, die vorhandenen Mittel effektiver zu nutzen als bisher – durch gemeinsame Rüstungsprogramme, die Aufteilung militärischer Fähigkeiten und bessere Koordinierung. Die NATO gewinne dann an Bedeutung, wenn einzelne Staaten aufgrund der haushaltsmäßigen Beschränkungen nicht mehr in der Lage seien, ihre Sicherheit allein vollständig zu gewährleisten. Ohne den politischen Willen, im Bedarfsfall auch zu handeln, sei die Schaffung von Ressourcen jedoch wertlos. Die Ermüdung der Öffentlichkeit angesichts langwieriger und schwieriger Einsätze sei zwar menschlich verständlich, es sei jedoch Aufgabe der zuständigen Parlamentarier, den Menschen nahezubringen, wofür die NATO stehe, und dass alle ihre Aktivitäten der Stabilisierung von Frieden und Sicherheit in der euroatlantischen Region dienen. Im Hinblick auf die Entwicklungen in Afghanistan dürfe daher nicht nur nach den Kosten des Einsatzes gefragt werden. Vielmehr müsse diskutiert werden, welche Folgen ein vorzeitiger Abzug der Allianz für die Stabilität in der Region haben könne. Präsident John Tanner, der nicht zur Wiederwahl anstand, verabschiedete sich aus seinem Amt und dankte allen Mitgliedern der Versammlung für ihre Unterstützung.

II. Ansprache des Sejmarschalls Grzegorz Schetyna

Der Präsident des polnischen Sejm hob hervor, dass das Thema Sicherheit für Polen ein besonders bedeutsames Anliegen sei. Polens Mitgliedschaft in der NATO sei für das Land und seine Bürger sehr wichtig, und Polen zeige mit seiner Beteiligung an den NATO-Einsätzen im Kosovo und in Afghanistan, dass es seine Pflichten als Mitgliedsland ernst nehme. Polen begrüße das neue Strategische Konzept der NATO, das auf dem Gipfel in Lissabon verabschiedet werden solle, und das insbesondere im Hinblick auf die kollektive Verteidigung den polnischen Erwartungen entspreche. Polen habe hierzu seinen politischen Beitrag geleistet. Auch auf die vielfältigen neuen Sicherheitsherausforderungen, wie zum Beispiel Cybersicherheit, Energiesicherheit und Terrorismusgefahr, müssten gemeinsame und effiziente Antworten gegeben werden. Mit Offenheit stehe Polen außerdem den Bestrebungen weiterer Länder, beispielsweise der Ukraine und Georgiens, gegenüber, der NATO beizutreten. Der Sejmarschall bezeichnete es als wichtig, konstruktive Beziehungen zu Russland zu unterhalten, und unterstrich die Bedeutung der Zusammenarbeit im NATO-Russland-Rat. Er betonte die Rolle des polnischen Sejm bei der Kontrolle der polnischen Regierungspolitik im Verteidigungsbereich. Abschließend dankte er der Parlamentarischen Versammlung der NATO für ihre andauernde und nachhaltige Unterstützung seines Landes und würdigte die vielfältigen von der Versammlung ausgehenden Initiativen. Die Arbeit der Versammlung trage zur Verbesserung der Zusammenarbeit und der politischen Beziehungen nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt bei.

III. Ansprache des polnischen Premierministers Donald Tusk

Premierminister **Donald Tusk**, hieß die Teilnehmer der Jahrestagung sehr herzlich in Warschau willkommen und unterstrich, wie sehr Polen es gerade nach dem tragischen Flugzeugabsturz im Frühjahr 2010 begrüße, dass mit dieser Veranstaltung ein besonders erfreuliches Ereignis in der polnischen Hauptstadt stattfinde. Dass Polen nach einer turbulenten jüngeren Geschichte nun mit Optimismus in die Zukunft blicke, sei vor allem der Mitgliedschaft in der EU und in der NATO geschuldet. Polen habe großen Respekt vor dem, was die NATO PV in den Jahren des Übergangs an Unterstützung und Bestärkung für Polen und andere mittel- und osteuropäische Länder geleistet habe. Sein Land werde das immer mit großer Anerkennung würdigen.

In Bezug auf das neue Strategische Konzept der NATO stellten sich aus seiner Sicht zwei entscheidende Herausforderungen: die Schaffung gemeinsamer Verteidigungskapazitäten der NATO-Mitgliedstaaten und die Zusammenarbeit mit Nicht-Mitgliedstaaten. Wichtig sei, dass die NATO und auch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ein festes Fundament für die Zusammenarbeit der europäischen Staaten bildeten. In diesem Zusammenhang müsse auch die Frage der Entwicklung der Verteidigungskapazitäten bald angegan-

gen werden. Polen werde während seiner Ratspräsidentschaft in der EU alles Mögliche tun, um wichtige Weichen für die Zukunft zu stellen. Mehr als je zuvor könne Sicherheit heute nur global erreicht werden.

IV. Ansprache der Leiterin der polnischen Delegation in der NATO PV, Abgeordnete Jadwiga Zakrzewska

Die Leiterin der polnischen Delegation, Abgeordnete **Jadwiga Zakrzewska**, stellte fest, dass mit Blick auf das Gipfeltreffen der NATO in Lissabon wichtige Themen anstünden und das Thema Sicherheit zu den ersten Prioritäten gehöre. Die rasanten Veränderungen der globalen Sicherheitslage in den letzten Jahren machten rasches und entschlossenes Handeln erforderlich, und neue Partnerschaften könnten hier eine wichtige Rolle spielen. Insbesondere die Partnerschaft zwischen der NATO und der EU sei zwar nicht einfach, bei gemeinsamen Aktivitäten und Einsätzen aber alternativlos. Die Entwicklung dieser strategischen Zusammenarbeit müsse daher in der nächsten Zeit im Vordergrund stehen. Dass eine gute Kooperation möglich sei, zeigten die Berlin-Plus-Vereinbarungen und deren Umsetzung im Rahmen der Operation ALTHEA in Bosnien und Herzegowina. Polen werde alles daran setzen, in beiden Organisationen weiterhin als verlässlicher Partner aktiv mitzuwirken.

V. Erklärung des Präsidenten der Republik Polens, Bronislaw Komorowski, überbracht vom Leiter des Büros für Nationale Sicherheit, General Stanislaw Koziej

Der polnische Präsident bezeichnete in seinem Grußwort die geografische Lage Warschaws als Schnittstelle zwischen Ost und West als den idealen Ort, um über die zukünftige Rolle der NATO zu sprechen. Stabilität, Sicherheit und Freiheit seien die wichtigsten dem Bündnis zugrunde liegenden Werte. Der bevorstehende NATO-Gipfel in Lissabon finde zu einer Zeit statt, in der die Herausforderungen für und Erwartungen an das Bündnis groß seien. Große Bedeutung käme nun der Verabschiedung des neuen Strategischen Konzeptes zu. Die Verständigung der NATO-Mitglieder über dessen Inhalte beweise, dass das Bündnis auch schwierige Debatten erfolgreich führen und Entscheidungen treffen könne, und dass die Politik der offenen Tür weiter verfolgt werde. Polen wisse sehr gut, wie wichtig es sei, Kompromisse zu finden, und mit anderen gemeinsam nach neuen Lösungen zu suchen. Er wünsche der Jahrestagung der NATO PV jeden nur möglichen Erfolg.

VI. Ansprache des Direktors des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE, Botschafter Janez Lenarcic

Die vor 20 Jahren ergangene Entscheidung, das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der OSZE in Warschau anzusiedeln, so Botschafter **Janez Lenarcic**, trage der großen Bedeutung Polens bei der Überwindung der kommunistischen Einparteiensysteme

in den Ländern Osteuropas sowie der Teilung Europas Rechnung. Die OSZE und die NATO verfolgten gemeinsame Ziele und Interessen. Sie teilten die Überzeugung, dass Sicherheit nicht nur auf politischem und militärischem Wege erlangt werden könne, sondern dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte unverzichtbare Voraussetzungen für Frieden und Stabilität seien. Beide Organisationen unterhielten Partnerschaften mit Nicht-Mitgliedstaaten, um diesen Prinzipien auch über ihre Grenzen hinaus Geltung zu verschaffen. Kurz nach dem NATO-Gipfel im November werde im Dezember 2010 auch die OSZE ein Gipeltreffen in Astana abhalten – das erste seit zehn Jahren. Es sei zu hoffen, dass von diesem Gipfel der Impuls ausgehen werde, die durch die Schlussakte von Helsinki 1975 übernommenen Verpflichtungen fortzuentwickeln. Auch habe ein Evaluierungsprozess zur Vorbereitung des Gipfels große Umsetzungslücken bei den bisher übernommenen Verpflichtungen offenbart. So fehle es in vielen Ländern an Fortschritten bei der Schaffung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und der Achtung fundamentaler Freiheitsrechte. Als Erklärung dafür sei oft zu hören, dass Tradition und Geschichte in den betroffenen Staaten diesen Prinzipien widersprächen, oder dass Demokratie zu instabilen Verhältnissen führen werde. Die OSZE greife diese Bedenken insofern auf, als sie keinem Land die konkrete Ausgestaltung seiner demokratischen Staatsform vorschreibe. Bestimmte Prinzipien, zu denen die universell anerkannten Menschenrechte gehörten, seien jedoch nicht verhandelbar.

Im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sei diskutiert worden, ob die Demokratie die richtige Staatsform sei, um angemessen auf die drängenden Wirtschafts- und Finanzfragen reagieren zu können, oder ob andere Systeme diesen Herausforderungen besser begegnen könnten. Die Antwort sei, dass keine andere Staatsform die Achtung von Freiheit und Menschenwürde gewährleisten, und dass offene Gesellschaften ein größerer Wert seien als Wirtschaftszyklen und die Bewegungen auf Aktienmärkten. Auch demokratische Systeme müssten aber weiterentwickelt werden. Dabei komme Parlamentariern eine herausgehobene Stellung zu.

ODIHR und die NATO PV arbeiteten im Bereich der Wahlbeobachtung eng zusammen, zuletzt im Oktober 2010 in Bosnien und Herzegowina, im Januar und Februar 2010 bei den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine und im Juni 2009 bei den Parlamentswahlen in Albanien. ODIHR beobachte nicht nur den tatsächlichen Wahlverlauf, sondern auch die Prozesse vor und nach einer Wahl. Analysiert würden die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Wahlen, der Prozess der Kandidatenaufstellung, die administrative Durchführung der Wahl, die Rolle der Medien, die Wahlkampagnen und deren Finanzierung, die Einbeziehung von Minderheiten, die Beteiligungsrechte von Frauen und die Verfahren der Wahlprüfung. Für die Akzeptanz der Ergebnisse der Wahlbeobachtung, die nach der Wahl bekanntgegeben würden, sei es wichtig, dass alle beteiligten Institutionen mit einer Stimme sprächen. Eine objektive, unparteiische und unvoreingenommene Bewertung des Wahlverlaufs sei die Grundlage für

die Glaubwürdigkeit internationaler Wahlbeobachtung. In diesem Zusammenhang wies der Botschafter auf die *Declaration of Principles and Code of Conduct for International Election Observers* hin, die 2005 von den Vereinten Nationen verabschiedet worden sei, und die bereits einige Institutionen, die im Bereich der Wahlbeobachtung aktiv seien, unterzeichnet hätten, beispielsweise die Parlamentarische Versammlung des Europarats, die Interparlamentarische Union, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission. Er bat die NATO PV, eine Unterzeichnung ebenfalls in Erwägung zu ziehen.

VII. Ansprache der stellvertretenden Abteilungsleiterin für multilaterale, nukleare und strategische Politik im US-Außenministerium, Botschafterin Marcie B. Ries

Botschafterin **Marcie B. Ries** befasste sich in ihrem Vortrag mit Initiativen der amerikanischen Regierung im Bereich der atomaren Rüstungskontrolle. Erklärtes Ziel Präsident Barack Obamas sei es, zunächst eine Reduzierung der atomaren Waffen zu erreichen, um langfristig das Ziel einer Welt ohne Atomwaffen zu verwirklichen. Dies sei schon aufgrund der Gefahr, dass solche Waffen in die Hände von Terroristen fallen könnten, dringend geboten. Insofern komme der neuen Nuklearstrategie der Vereinigten Staaten und der Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag, die im Mai 2010 stattgefunden habe, eine besondere Bedeutung zu. Auch die Unterzeichnung des neuen Vertrages zur Verringerung der strategischen Atomwaffen *New START* durch die Vereinigten Staaten und die Russische Föderation im Frühjahr 2010 diene der strategischen Stabilität und Berechenbarkeit unter Fortführung des Rüstungskontrollregimes. Der *New START*-Vertrag erlaube es zudem wieder, Vor-Ort-Inspektionen durchzuführen, was ebenfalls vertrauensbildend sei. Die Kontrolle der Einhaltung des Nichtverbreitungsvertrages sei sehr wichtig, und die beitretenden Staaten müssten sich dessen bewusst sein. Es sei zu hoffen, dass der *New START*-Vertrag nun auch bald in Kraft treten werde. Wünschenswert seien zudem sowohl der Beitritt möglichst vieler Staaten zum Atomteststoppvertrag als auch ein neues Rahmenwerk für die friedliche Nutzung von spaltbarem atomarem Material. Neben der Unterbindung der Proliferation gehe es auch darum, den Missbrauch von wissenschaftlichen Erkenntnissen zu verhindern. Sorgen bereite derzeit vor allem das Atomwaffenprogramm Nordkoreas.

VIII. Videogrußwort des NATO-Generalsekretärs und Vorsitzenden des Nordatlantikrates, Anders Fogh Rasmussen

Mittels einer Videobotschaft richtete NATO-Generalsekretär **Anders Fogh Rasmussen** das Wort an die Versammlung. Die Welt befinde sich, so der Generalsekretär, in wirtschaftlicher Hinsicht in der schwierigsten Phase seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Dies führe auch dazu, dass der Nutzen der NATO stärker als früher hinterfragt

werde. Der kurz bevorstehende NATO-Gipfel in Lissabon verfolge daher das Ziel, die Strukturen der NATO zu verschlanken und sie effizienter zu machen, gleichzeitig aber Schlüsselfähigkeiten zu stärken. Im Zentrum der Gipfel-Agenda stehe die Verabschiedung des neuen Strategischen Konzepts. Zum ersten Mal in der Geschichte des Bündnisses sei ein Strategisches Konzept in einem transparenten und breit angelegten Konsultationsprozess vorbereitet worden. Die neue NATO-Strategie werde die Allianz modernisieren und sie auf neue Herausforderungen der Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts vorbereiten, beispielsweise durch die Entwicklung einer gemeinsamen Raketenabwehr und den Aufbau einer Verteidigung gegen *Cyber*-Angriffe. Die NATO werde ihre erfolgreiche Partnerschaftspolitik weiterverfolgen und sich noch stärker als bisher für die Zusammenarbeit mit Nicht-Mitgliedern öffnen. Vor allem dürften sich die NATO und die Russische Föderation nicht länger gegenüberstehen, sondern müssten im Interesse von Frieden und Stabilität zusammenarbeiten. Der Gipfel werde dafür wichtige Impulse geben. In Afghanistan werde der Abzug der NATO-Truppen im Jahr 2011 beginnen. Dies sei sowohl der Wunsch der afghanischen Bevölkerung als auch der Bevölkerungen in den NATO-Mitgliedstaaten.

IX. Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten der Versammlung

Der Abgeordnete **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) war der einzige Kandidat für das Amt des Präsidenten der NATO PV und wurde per Akklamation gewählt.

Für die fünf Vizepräsidentenposten lagen fünf Bewerbungen vor: Der Abgeordnete **Jean-Michel Boucheron** (Frankreich) wurde per Akklamation wiedergewählt; die Abgeordneten **Petras Austrevicius** (Litauen), **Hugh Bailey** (Vereinigtes Königreich), **Mike Ross** (Vereinigte Staaten) und **Jadwiga Zakrzewska** (Polen) wurden neu gewählt.

Der neu gewählte Präsident der Versammlung, Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers**, dankte den Mitgliedern der Versammlung für die Möglichkeit, der NATO PV mit aller Kraft und Energie zu dienen. Sein Ziel sei es, durch seine Amtsführung Menschen zusammenzubringen und zu vereinigen. Als Deutscher im Amt des Präsidenten der NATO PV danke er den Mitgliedern der deutschen Delegation, die ihn immer unterstützt hätten. Er betrachte es als glückliche Fügung der Geschichte, dass er dieses Amt gerade in Polen anetrete, das mit seinem Land in so schmerzlicher, aber zuletzt auch in freundschaftlicher Weise verbunden sei. Nun gehe es darum, den Blick nach vorne in eine gemeinsame Zukunft in Frieden und Freiheit zu richten. Der Präsident dankte den polnischen Gastgebern der Jahrestagung herzlich für die großartige Organisation. Besonderen Dank richtete er auch an seine anwesenden Amtsvorgänger John Tanner (Vereinigte Staaten), der immer Brücken zwischen den einzelnen Delegationen in der Versammlung geschlagen habe, José Lello (Portugal) und Loïc Bouvard (Frankreich).

Der Präsident erinnerte daran, dass die NATO PV nach Ende des Kalten Krieges Türen zu den Parlamenten der

osteuropäischen Staaten geöffnet habe. Ohne die Versammlung habe die NATO keine parlamentarische Basis. In diesem Sinne hoffe er sehr, dass der NATO-Generalsekretär an der nächsten Tagung wieder teilnehmen werde, denn dies liege auch im Interesse der NATO. Der Präsident versprach sicherzustellen, dass die Stimme der Versammlung gehört werde. Die erste Gelegenheit dazu werde er bereits in wenigen Tagen auf dem NATO-Gipfel in Lissabon haben. In seiner Ansprache dort werde er begrüßen, dass die NATO in ihrem neuen Strategischen Konzept die Bündnisklausel gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrages erneut zu ihrem Kernbestand erkläre. Die größte aktuelle Herausforderung für das Bündnis stelle jedoch der Einsatz in Afghanistan dar. Der Präsident drückte seinen großen Respekt für die Soldatinnen und Soldaten aus, die in diesem Einsatz kämpften, und versicherte, ihre Opfer würden nie vergessen werden. Eine enge Kooperation zwischen der NATO und Russland hielt er nicht nur für eine Option, sondern für alternativlos. Er sprach sich außerdem für eine neue strategische Partnerschaft der NATO mit der EU aus. Auf dem NATO-Gipfel werde er den Beitrag, den die parlamentarische Versammlung zur Entstehung des neuen Strategischen Konzepts geleistet habe, nochmals hervorheben. Nach dem Gipfeltreffen werde es dann die Aufgabe der Versammlung sein, die Implementierung der Inhalte des Strategischen Konzepts in die Politik der NATO zu überwachen und die nötige Unterstützung in den Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Insbesondere mit Blick auf China erinnerte er daran, dass die Einhaltung der Menschenrechte zum Kernbestand der Werte gehöre, für die die NATO eintrete, und appellierte an die chinesischen Behörden, den Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo aus der Haft zu entlassen. Auch den Menschen in den Mitgliedstaaten der NATO, so der Präsident, müsse immer wieder erklärt werden, was die NATO tue und wofür sie stehe, sowohl in politischer als auch in militärischer Hinsicht. Er rege dazu an, einen internationalen NATO-Tag einzuführen, an dem in den Mitgliedstaaten durch besondere Veranstaltungen auf die Tätigkeit der Allianz hingewiesen werden könne.

X. Bericht der Senatorin Jane Cordy (Kanada) in Vertretung des Schatzmeisters der Versammlung, Senator Pierre Claude Nolin (Kanada), und Änderungen in den Finanzvorschriften der Versammlung

Die Senatorin **Jane Cordy** (Kanada) stellte in Vertretung für den Schatzmeister der Versammlung, Senator Pierre Claude Nolin (Kanada) den Haushaltsentwurf für 2011 vor. Der Entwurf wurde von der Versammlung angenommen. Die Versammlung stimmte außerdem Klarstellun-

gen in den Finanzvorschriften zu, die auf Empfehlungen des Rechnungsprüfers der NATO beruhten.

XI. Beratung der Entschließungsentwürfe

Der Entschließungsentwurf „Die Eingliederung von Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrates über Frauen, Frieden und Sicherheit in das neue Strategische Konzept der NATO und in die Politiken und Praktiken des Bündnisses“ wurde von der Abgeordneten **Ulla Schmidt** (Deutschland) vorgestellt. Es gebe, so die Abgeordnete, zwei aktuelle Gründe, die Entschließung jetzt zu verabschieden, nämlich den zehnten Jahrestag der Verabschiedung der Resolution 1325 durch den VN-Sicherheitsrat und die bevorstehende Verabschiedung des neuen Strategischen Konzepts der NATO. Die NATO müsse das Thema der Rolle von Frauen in bewaffneten Konflikten verstärkt aufgreifen und sexualisierte Gewalt ächten. Nach kurzer Debatte wurde die Entschließung ohne Änderungen angenommen.

Der Entschließungsentwurf „Die Lage in Georgien“ des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit wurde durch den Generalberichterstatter **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) vorgestellt und von der Versammlung mit einer Änderung verabschiedet.

Der Entschließungsentwurf „Afghanistan auf dem Weg zum Übergang“ des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit wurde durch den Generalberichterstatter Abgeordneter **Sven Mikser** (Estland) vorgestellt und nach kurzer Debatte ohne Änderungen verabschiedet.

Der Entschließungsentwurf „Der Aufbau einer internationalen Ordnung mit mehr Stabilität und Wohlstand“ des Ausschusses für Wirtschaft und Sicherheit wurde durch den Generalberichterstatter Abgeordneter **Simon van Driel** (Niederlande) vorgestellt und ebenfalls von der Versammlung ohne Änderungen verabschiedet.

Der Entschließungsentwurf „Die zunehmende Bedeutung der NATO-Partnerschaften“ des Politischen Ausschusses wurde durch die Generalberichterstatterin Senatorin **Raynell Andreychuk** (Kanada) vorgestellt und ohne Änderungen verabschiedet.

Der Entschließungsentwurf „Die Partnerschaft mit Russland im Hinblick auf den Schutz vor Massenvernichtungswaffen und die Raketenabwehr“ des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie wurde von dem Ausschussvorsitzenden Abgeordneter **Jan Arild Ellingsen** (Norwegen) vorgestellt und von der Versammlung nach kurzer Debatte ohne Änderungen angenommen.

Dr. Karl A. Lamers, MdB	Minister Lorenz Caffier
Leiter der Delegation	Leiter der Delegation des Bundesrates

E n t s c h l i e ß u n g 381

betreffend

Die Eingliederung von Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrates über Frauen, Frieden und Sicherheit in das neue Strategische Konzept der NATO und in die Politiken und Praktiken des Bündnisses

Die Versammlung,

1. *unter Hinweis darauf*, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vor 10 Jahren, im Oktober 2000, einstimmig die Resolution 1325 über Frauen, Frieden und Sicherheit verabschiedete, in der die wichtige Rolle von Frauen bei der Prävention und Lösung von Konflikten, bei der Friedenskonsolidierung sowie beim Wiederaufbau hervorgehoben wird;
2. *unter Betonung*, dass der Hintergrund der Resolution die Erkenntnis war, dass Frauen durch Kriege und gewaltsame Konflikte doppelt betroffen sind, da sie nicht nur die Schrecknisse und Nöte ertragen müssen, die mit jedem Krieg verbunden sind, sondern zusätzlich in ständiger Angst vor Formen von Gewalt leben müssen, die speziell gegen sie gerichtet sind;
3. *ebenfalls unter Betonung* der zentralen und entschlossenen Rolle von Frauen in Kriegszeiten, die für ihre Rechte kämpfen und für die Gemeinschaft soziale Verantwortung übernehmen;
4. *in Anerkennung dessen*, dass der Sicherheitsratsresolution 1325 die Überzeugung zugrunde liegt, dass die gleichberechtigte Beteiligung von Männern und Frauen ein Mittel zur Vermeidung und Lösung von Konflikten ist und zur Förderung eines alle einbeziehenden und dauerhaften Friedens ist;
5. *unter Hinweis darauf*, dass in der Sicherheitsratsresolution 1325 die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, dafür Sorge zu tragen, dass Frauen in den nationalen, regionalen und internationalen Institutionen und Mechanismen zur Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten auf allen Entscheidungsebenen stärker vertreten sind und dass in alle Friedens- und Sicherheitsmaßnahmen, einschließlich Demobilisierung, Entwaffnung, Wiedereingliederung und Reform des Sicherheitssektors, eine Geschlechterperspektive einbezogen werden soll;
6. *mit Genugtuung* über die Empfehlung des Berichts der NATO-Expertengruppe unter Leitung von Botschafterin Madeleine K. Albright, dass die NATO als politisches Bündnis auch mit militärischen Aufgaben mit den Vereinten Nationen zusammenarbeiten sollte, um die Sicherheitsratsresolution 1325 zu befördern;
7. *mit Genugtuung* über die bereits unternommenen Maßnahmen zur Umsetzung von Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrates innerhalb des Bündnisses, darunter die Arbeit des Ausschusses für Gleichstellungsfragen, die Ernennung von Genderberaterinnen in

den Hauptquartieren und bei den Einsätzen, sowie der Erlass der bistrategischen Führungsweisung 40-1 über „die Integration von VN-Resolution 1325 und von geschlechtsspezifischen Perspektiven in die NATO-Kommandostruktur, einschließlich Maßnahmen zum Schutz während bewaffneter Konflikte“;

8. *unter Hinweis darauf*, dass in dem Beitrag der Versammlung zum neuen Strategischen Konzept des Bündnisses festgestellt wird, dass die Fortsetzung der derzeitigen Bemühungen zur Einbindung der Chancengleichheit in die NATO-Aktivitäten auch zur Einsatzwirksamkeit beitragen könnte;
9. **FORDERT** die Parlamente und Regierungen der Nordatlantischen Allianz und gegebenenfalls die NATO-Institutionen **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,
 - a. der Empfehlung der NATO-Expertengruppe zu folgen und 10 Jahre nach der Verabschiedung der Sicherheitsratsresolution 1325, den Ansatz einer geschlechtersensiblen Friedens- und Sicherheitspolitik in die künftige NATO-Strategie mit aufzunehmen;
 - b. spezifische Maßnahmen zur Unterstützung der Resolutionen 1325 und 1820 des Sicherheitsrates zu entwickeln und in das künftige Strategische Konzept der NATO mit aufzunehmen;
 - c. bei der Umsetzung von Sicherheitsratsresolution 1325 eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten und deren Kompetenz mit einzubeziehen;
 - d. eine Gleichstellungsperspektive beim Entwurf, bei der Umsetzung, Überwachung und Evaluierung von Politiken und Programmen im Zusammenhang mit der NATO einzubeziehen, um die Belange und Erfahrungen sowohl von Frauen als auch von Männern umfassend zu berücksichtigen, sowie sicherzustellen, dass Frauen und Männer gleichermaßen von den Vorteilen profitieren;
 - e. bei allen Anstrengungen zur Wahrung und Förderung von Frieden und Sicherheit stets die Geschlechterperspektive zu berücksichtigen und mit Nachdruck alle Maßnahmen zu unterstützen, durch die Frauen bei der Beilegung von Konflikten eingebunden bzw. vor Gewalt geschützt werden;
 - f. in Krisenregionen, in denen die NATO engagiert ist, darauf zu achten, dass lokale und regionale Frauengruppen und -netzwerke über ihre Rechte und Möglichkeiten informiert, bei Bedarf geschult und in Verhandlungen und Entscheidungsprozesse gleichberechtigt mit eingebunden werden;
 - g. darauf zu achten, dass die besonderen Belange von Frauen in der Praxis von Friedensmissionen berücksichtigt werden, z. B. durch die Integration von Gender-Beraterinnen und Menschenrechtsbeobachtern und darauf zu achten, dass das Personal

der truppenstellenden Länder dementsprechend vorbereitet wird;

- h. Möglichkeiten zur Erhöhung des Anteils weiblichen Personals bei NATO-Operationen, wo immer dies möglich und geeignet erscheint, zu erwägen;
- i. sich dafür einzusetzen, dass mehr Frauen in Führungspositionen der NATO gelangen, um der neuen Strategie Rechnung zu tragen; und
- j. sich dafür einzusetzen, dass jene, die Gewalt an Frauen begangen haben, konsequent bestraft werden.

E n t s c h l i e ß u n g 382

betreffend

Die Lage in Georgien

Die Versammlung,

1. *in Würdigung* der Anstrengungen der georgischen Behörden zur Förderung demokratischer Reformen, insbesondere zur Bekämpfung von Korruption, zum Aufbau demokratischer Institutionen und zur Einbindung der Opposition in den Entscheidungsprozess;
2. *in Anerkennung* des erheblichen Beitrags Georgiens zur NATO-Mission in Afghanistan;
3. *mit Genugtuung* über die Durchführung kompetitiver und demokratischer Kommunalwahlen am 30. Mai 2010, die internationalen Beobachtern zufolge trotz erheblicher verbleibender Unzulänglichkeiten einen Fortschritt bei der Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber der OSZE und des Europarats darstellten;
4. *ebenfalls mit Genugtuung* über den Prozess der Verfassungsreformen, jedoch *mit Bedauern* darüber, dass kein umfassender Gebrauch vom Beratungsmechanismus der Venedig-Kommission des Europarates gemacht wurde;
5. *zutiefst besorgt* angesichts der humanitären Lage in den besetzten Gebieten Georgiens Abchasien und Südossetien sowie angesichts der anhaltenden Verweigerung des Rechts auf Rückkehr für die aus den beiden Regionen vertriebene georgische Bevölkerung;
6. *mit Genugtuung* über den Abzug der russischen Truppen aus dem Gebiet Perevi, jedoch *besorgt* angesichts der fortlaufenden Verschärfung der Verfahren zur Überquerung der administrativen Grenzlinie durch die russischen FSB-Grenztruppen;
7. *zutiefst besorgt* angesichts der anhaltenden Weigerung der Russischen Föderation, die Bestimmungen des von der EU vermittelten Waffenstillstandsabkommens voll und ganz einzuhalten, insbesondere ihrer Weigerung, sich auf die Stellungen zurückzuziehen, die sie vor dem Konflikt innehatte;
8. *zutiefst beunruhigt* angesichts der Tatsache, dass internationale Überwachungsmechanismen in den georgischen Gebieten Abchasien und Südossetien nach Russlands Blockade der Ausweitung der OSZE- und VN-Missionen in Georgien weiterhin fehlen;
9. *mit Genugtuung* über die wichtige Rolle, die die EU-Überwachungsmission (EUMM) in Georgien bei der Überwachung der Umsetzung des Waffenstillstandsabkommens und der Förderung der Kontakte zwischen beiden Seiten weiterhin spielt;
10. *mit Genugtuung* über Georgiens staatliche Strategie für die besetzten Gebiete und den Aktionsplan für Engagement, die beide darauf abzielen, die Gemeinschaften in den beiden Regionen durch konstruktive Projekte einzubeziehen;
11. *in Bekräftigung* ihres Festhaltens an der territorialen Integrität und Souveränität Georgiens, wie auch in zahlreichen Resolutionen des VN-Sicherheitsrates über die Lage in Georgien zum Ausdruck gebracht;
12. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**, die Politik der Offenen Tür der NATO, die Erklärung des Gipfels von Bukarest, dass Georgien ein Mitglied der NATO werden wird, sowie den Grundsatz, dass alle Kandidaten anhand ihrer eigenen Verdienste beurteilt werden sollten, erneut zu bekräftigen;
13. **FORDERT** alle Konfliktparteien **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,
 - a. sich an die Grundsätze des Völkerrechts zu halten, und das von der EU vermittelte Waffenstillstandsabkommen vollständig umzusetzen;
 - b. umfassenden Gebrauch vom Genfer Prozess zu machen als dem einzigen internationalen Forum, das alle Seiten zusammenbringt;
 - c. umfassend mit der EUMM zusammenzuarbeiten, auch durch die Beteiligung am Mechanismus zur Verhütung von und zur Reaktion auf Zwischenfälle;
14. **FORDERT** die Parlamente und die Regierung der Russischen Föderation und Georgiens sowie die De-facto-Behörden von Abchasien und Südossetien **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,
 - a. die Resultate der Handlungen, die von der Unabhängigen Internationalen Erkundungsmission über den Konflikt in Georgien sowie von anderen internationalen Dokumenten als ethnische Säuberung beschrieben wurden, rückgängig zu machen und allen Binnenvertriebenen eine sichere und würdevolle Rückkehr in ihre Häuser zu gestatten;
 - b. der EUMM ungehinderten Zugang zum Gebiet der beiden Regionen zu gewähren;
 - c. den Betroffenen Zugang zu internationaler Hilfe zu gewährleisten;

15. **FORDERT** die Europäische Union **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,

- a. ihr Engagement in Bezug auf die Übereinkunft über die EUMM im Hinblick auf den Zugang für die EUMM zu beiden Seiten der administrativen Grenze erneut zu bekräftigen, wie vom Präsidenten des Europäischen Rates, Nicolas Sarkozy, und dem russischen Präsidenten Dmitri Medwedew, vereinbart;
- b. die Umsetzung dieser Übereinkunft auf die Agenda des bevorstehenden EU-Russland-Gipfels zu setzen; und

16. **FORDERT** das Parlament und die Regierung Georgiens **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**, ihre Anstrengungen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Förderung von demokratischen Reformen auf allen Gebieten, insbesondere derer, die die Opposition weiter einbeziehen, fortzusetzen.

E n t s c h l i e ß u n g 383

betreffend

Afghanistan auf dem Weg zum Übergang

Die Versammlung,

1. *in Bekräftigung* der entscheidenden Bedeutung der NATO-Mission in Afghanistan sowie *in Anbetracht dessen*, dass der Erfolg der afghanischen Sicherheitskräfte und der Internationalen Sicherheitsunterstützungsgruppe (ISAF) für die Sicherheit unserer Nationen und das künftige Wohlergehen des afghanischen Volkes unverzichtbar ist;
2. *unter Betonung* der Tatsache, dass es von strategischer Bedeutung ist, zu verhindern, dass Afghanistan erneut ein Hafen für den internationalen Terrorismus oder ein Faktor der Destabilisierung in einer strategisch wichtigen Region wird;
3. *in Würdigung* der Leistung unserer Soldaten und Bürger unter den anstrengendsten Bedingungen sowie diejenigen *ehrend*, die ihr Leben verloren haben oder verletzt wurden;
4. *ferner in Würdigung dessen*, dass die afghanischen Streitkräfte mehr und mehr die Führung bei Sicherheitsoperationen übernehmen und hohe Verluste erleiden;
5. *von ganzem Herzen* die erfolgreichen Anstrengungen der NATO-Streitkräfte zur Verringerung der zivilen Opfer *unterstützend*, jedoch *mit Bedauern* über die durch einige Operationen des Bündnisses verursachten unbeabsichtigten Todesfälle unter afghanischen Zivilisten;
6. *unter nachdrücklicher Verurteilung* der Taktik der Aufständischen, absichtlich auf Nicht-Kombattanten

zu zielen und sie routinemäßig als Schutzschild für ihre eigenen Aktivitäten zu nutzen;

7. *mit Genugtuung* über die Politik vorrangiger Beschaffung in Afghanistan (*Afghan First Policy*), die darauf abzielt, die Beschaffung lokaler Güter und Dienstleistungen über vereinfachte Angebots- und Vergabeverfahren in Afghanistan zu erleichtern;
8. *unter Betonung*, dass sich die Rolle der NATO letztlich darauf beschränkt, ein sicheres Umfeld zu bieten, und dass Anstrengungen anderer Akteure im politischen und wirtschaftlichen Bereich erforderlich sind, wenn ein akzeptables, umfassendes und nachhaltiges Ergebnis erzielt werden soll;
9. *unter Betonung* der Notwendigkeit, dass die Regierung vom afghanischen Volk als legitim und kompetent wahrgenommen wird;
10. *in der Erkenntnis*, dass schlagkräftige, demokratisch kontrollierte und gut ausgerüstete afghanische nationale Sicherheitstruppen von wesentlicher Bedeutung sind, um ein sicheres Umfeld im Land zu schaffen;
11. *ferner in der Erkenntnis*, dass die NATO weiterhin eine zentrale Rolle bei der Ausbildung, Ausstattung und dem Aufbau von Truppen spielen muss, die letztlich für die Gewährleistung einer langfristigen Sicherheit in Afghanistan verantwortlich sein werden;
12. *in dem Verständnis*, dass es langfristig keine einfache militärische Lösung für die Probleme Afghanistans gibt und dass eine von den Afghanen erzielte politische Lösung absolut unerlässlich ist;
13. *unter Betonung* der entscheidenden Bedeutung des Zusammenwirkens mit regionalen Akteuren für den Erfolg der ISAF-Mission, insbesondere mit der Russischen Föderation, den Truppen entsendenden zentralasiatischen Republiken sowie Pakistan, das wertvolle Unterstützung beim Transit leistet;
14. *unter Betonung* der Notwendigkeit nachhaltigerer und effektiverer Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Drogenproduktion und des illegalen Drogenhandels, da dies eine ernsthafte Bedrohung für Frieden und Stabilität und eine wichtige Finanzquelle für die Aktivitäten von Terroristen und Aufständischen darstellt;
15. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses und der NATO **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,
 - a. ihr nachhaltiges und dauerhaftes Engagement dafür erneut zu bekräftigen, die Regierung Afghanistans bei der Bereitstellung eines sicheren und stabilen Umfelds für ihre Bürger zu unterstützen;
 - b. die von den Afghanen geleiteten Versöhnungsbemühungen mit dem Ziel einer politischen Lösung des Konflikts zu unterstützen;
 - c. die regionalen Akteure zu ermutigen, eine positive Rolle bei der Zukunft Afghanistans zu spielen;

- d. Pläne zur Rückverlegung sorgfältig zu koordinieren, um die Gefährdung der gesamten Mission zu vermeiden;
 - e. das notwendige Personal zur Beschleunigung der Professionalisierung der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte bereitzustellen, um auf effektivere Art und Weise die Voraussetzungen für eine Übertragung der Verantwortung an die Afghanen zum geeigneten Zeitpunkt zu schaffen;
 - f. die Unterstützung für die Bemühungen zum Fähigkeitsaufbau auf dem Gebiet der Staatsführung zu verstärken, um die Fähigkeit der afghanischen Regierung zu verbessern, ihrer Bevölkerung Dienstleistungen anzubieten, insbesondere in den prioritären Bereichen Justiz, öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung, Staatsfinanzen und kommunale Verwaltung;
 - g. die internationale Hilfe besser zu koordinieren und sie in möglichst großem Umfang über afghanische Institutionen zu leiten, abhängig von den Fortschritten bei der Umsetzung der notwendigen Reformen;
 - h. das neugewählte Parlament bei seinen Pflichten zu unterstützen;
 - i. die Fortschritte bei der Umsetzung der beiderseitigen Verpflichtungen regelmäßig und sorgfältig zu prüfen und
 - j. die Koordinierung der internationalen Initiativen und Programme zur Unterstützung der Regierungsführung zu verbessern.
16. **FORDERT** die afghanischen Behörden **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,
- a. die auf den Konferenzen von London und Kabul eingegangenen termingebundenen, speziellen und ergebnisorientierten Verpflichtungen in den Schlüsselbereichen Frieden und Sicherheit, Regierungsführung und Entwicklung umzusetzen;
 - b. ihre Anstrengungen zur Ausmerzung der Korruption zu verdoppeln;
 - c. den Zugang zur Justiz zu verbessern;
 - d. die innerstaatliche Verwaltung und die Fähigkeiten der kommunalen Institutionen weiter zu stärken und
 - e. die afghanischen Wahlverfahren und -prozesse zu überprüfen, unter Berücksichtigung der Lehren aus den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen und der Empfehlungen der maßgeblichen internationalen Organe;
 - f. konkrete Ergebnisse bei der Ersetzung des Opium-Mohnanbaus anzustreben, der eine wichtige Finanzierungsquelle für die Aufständischen und den Waffenhandel ist; und
 - g. gemäß der afghanischen Verfassung auf die gleichberechtigte Präsenz von Frauen in allen af-

ghanischen Institutionen, auch den Sicherheitskräften, hinzuarbeiten, um die demokratische Entwicklung der afghanischen Gesellschaft zu fördern.

E n t s c h l i e ß u n g 384

betreffend

Den Aufbau einer internationalen Ordnung mit mehr Stabilität und Wohlstand

Die Versammlung,

1. *in Anerkennung dessen*, dass die wirtschaftliche Grundlage der Macht ein zentraler, und kein peripherer Faktor für die Definition der Beziehungen zwischen Staaten ist;
2. *in Anerkennung dessen*, dass eine grundlegende Verlagerung des weltweiten wirtschaftlichen Mächtegleichgewichts im Gange sein könnte, die die Beziehungen zwischen den Staaten neu gestalten dürfte;
3. *unter Betonung*, dass die internationale Währungsordnung teilweise die weltweiten Machtverhältnisse widerspiegelt und dass die derzeitigen Meinungsverschiedenheiten über Wechselkurspolitiken, darunter die Unterbewertung des Renminbi, von grundlegender Bedeutung für das Erzielen einer international akzeptablen Neuordnung der Wirtschaftsbeziehungen unter den Nationen und zur Vermeidung von Protektionismus sein wird;
4. *mit Bedauern* über das anhaltende Unvermögen zahlreicher Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten, ihre Haushalte über den Konjunkturzyklus hinweg auszugleichen, was einen Anstieg der staatlichen Schulden verursacht hat und eine Reihe von Bündnisländern, insbesondere die USA, wirtschaftlich anfällig und noch starker abhängig von China gemacht hat;
5. *mit dem Zugeständnis*, dass die Haushaltskonsolidierung in den NATO-Ländern ernste Auswirkungen auf die nationalen Verteidigungshaushalte haben könnte und dass es demnach wichtiger denn je sein wird, die außen- und sicherheitspolitischen Ziele mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu erreichen;
6. *mit der Warnung*, dass der Anteil der Industrieländer an der Weltbevölkerung in den nächsten 40 Jahren um ca. 25 Prozent sinken wird und dass die meisten unserer Gesellschaften erheblich gealtert sein werden, was einen immer stärkeren Druck auf die nationalen Renten- und Gesundheitssysteme und -haushalte verursacht wird;
7. *in dem Verständnis*, dass die Steigerung der Produktivität durch die Verbesserung der nationalen Bildungssysteme ein entscheidender Bestandteil aller Anstrengungen zur Anpassung an strukturelle Verän-

derungen in der sich herausbildenden internationalen Wirtschaftsordnung sein wird;

8. *in Anerkennung dessen*, dass die weltweite Wirtschaftskrise die ärmsten Länder der Welt getroffen und Millionen Menschen in Armut und größere Unsicherheit gestürzt hat – eine gewaltige humanitäre Herausforderung, die sich unmittelbar auf die Sicherheit unserer eigenen Länder auswirkt;
9. *mit Besorgnis darüber*, dass die in Gleneagles eingegangenen Hilfszusagen nicht durchgängig respektiert werden;
10. *in Anbetracht dessen*, dass liberale demokratische Werte weiterhin über enorme Kraft verfügen und dass dies ein großer Vorteil für die westlichen Regierungen ist, die diese Werte zuvörderst vertreten;
11. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,
 - a. gemeinsam daran zu arbeiten, um zwischen echten strategischen Bedrohungen, die mit Nachdruck angegangen werden müssen, und taktischen Ablenkungen zu unterscheiden, die Kraft und Geld vergeuden könnten;
 - b. die gesamte Bandbreite von Instrumenten zu sehen, die westlichen Regierungen zur Verfügung steht, um eine internationale Ordnung mit mehr Stabilität und Wohlstand aufzubauen, und diese Instrumente auf die kosteneffizienteste Art und Weise zu nutzen, zum Teil, indem auf gemeinsame Ziele zusammen hingearbeitet wird;
 - c. daher anzuerkennen, dass multilaterale Arbeit die Länder dabei unterstützen kann, in einer Vielzahl von Politikbereichen, die von militärischen Ausgaben bis hin zu Entwicklungshilfe reichen, mehr zu erreichen und weniger auszugeben;
 - d. die weltweiten Handelsgespräche wiederzubeleben, die auf die Förderung eines offeneren Handelssystems abzielen, von dem Industrie- und Entwicklungsländer gleichermaßen profitieren werden;
 - e. die in Gleneagles eingegangenen Entwicklungshilfeverpflichtungen einzuhalten;
 - f. die Art struktureller Veränderungen einzuleiten, die unseren Regierungen helfen werden, die nationalen Haushalte im natürlichen Verlauf des Konjunkturzyklus auszugleichen;
 - g. sicherzustellen, dass die staatlichen Ausgaben auf Investitionen in langfristige Produktivität anstatt kurzfristigen Verbrauch ausgerichtet sind, um den entscheidenden Vorteil zu wahren, der für den Erfolg auf den Weltmärkten notwendig ist;
 - h. gemeinsam am Aufbau einer stabileren internationalen monetären Ordnung zu arbeiten, die die derzeitigen wirtschaftlichen Realitäten widerspiegelt

und nachhaltige volkswirtschaftliche Politiken fördert und belohnt;

- i. die Einsatzwirksamkeit unserer Streitkräfte auch in einer Zeit der Haushaltskürzungen zu verbessern und diesen Prozess innerhalb des Bündnisses zu koordinieren, eventuell durch den Verteidigungsplanungsstab der NATO;
- j. intensiver zusammenzuarbeiten, um einige der dringlichsten Sicherheitsprobleme der Welt, darunter Terrorismus, Verbreitung von Kernwaffen, illegale Drogenproduktion und illegaler Drogenhandel, Klimawandel, Überbevölkerung, Nahrungsmittel- und Wassersicherheit anzugehen und unseren kollektiven Energiebedarf zu decken;
- k. vertrauensvoll aufstrebende Mächte einzubeziehen, auch solche, die nicht alle unsere Werte teilen, jedoch gleichzeitig danach zu streben, diesen Mächten die Normen zu vermitteln, die unserer Ansicht nach größere weltweite Stabilität, Entwicklung und Wohlstand fördern;
- l. stärker mit Mächten wie Brasilien, Indien, Japan und Südafrika zusammenzuarbeiten, die unsere Werte und Interessen an weltweiter Sicherheit teilen;
- m. alles in unserer Macht Stehende zu tun, um zu gewährleisten, dass wir den Werten treu bleiben, die dieses Bündnis mit Leben erfüllen, wie Rechtsstaatlichkeit, ordentliche Gerichtsverfahren, Meinungs- und Religionsfreiheit, offene Handelsbeziehungen, freie Märkte, gesellschaftliche Solidarität und Toleranz.

E n t s c h l i e ß u n g 385

betreffend

Die zunehmende Bedeutung der NATO-Partnerschaften

Die Versammlung,

1. *erklärend*, dass eine enge Zusammenarbeit und Koordinierung der transatlantischen Politik entscheidend bei der Sicherung von Frieden, Wohlstand und Stabilität im euroatlantischen Raum gewesen ist und dass die NATO zur Erreichung dieses Ziels weiterhin unerlässlich ist;
2. die Entscheidung der Staats- und Regierungschefs des Bündnisses, das Strategische Konzept zu aktualisieren, *voll und ganz unterstützend*, und *in Würdigung* ihrer Einbeziehung in den Konsultierungsprozess zur Aktualisierung des Strategischen Konzepts der NATO;
3. *unter Betonung*, dass die Kernaufgabe der NATO weiterhin die kollektive Verteidigung ist, jedoch *in*

- der Erkenntnis*, dass die heutigen Sicherheitsbedrohungen, wie gescheiterte oder fragile Staaten, regionale Instabilität, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Terrorismus, Computerkriminalität und Seeräuberei, nicht mehr auf den euroatlantischen Raum beschränkt, sondern ihrer Natur nach global sind und einen umfassenden Ansatz erfordern;
4. *angesichts dessen*, dass die NATO weiterhin die erfolgreichste und schlagkräftigste Sicherheitsorganisation ist, jedoch *unter Hervorhebung*, dass das Bündnis von einer engen und wirksamen Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern, darunter internationalen Organisationen und zivilen Akteuren, abhängt, damit es durch wirtschaftlichen Wiederaufbau, politische Versöhnung, bessere Regierungsführung und die Stärkung der Zivilgesellschaft umfassende Sicherheit gewährleisten kann;
 5. ebenfalls *angesichts dessen*, dass das Bündnis Legitimität aus der Befolgung der Grundsätze und Zielsetzungen der Charta der Vereinten Nationen ableitet, wie im Washingtoner Vertrag unterstrichen;
 6. *in Anerkennung dessen*, dass die NATO zu einem der wichtigsten Akteure beim internationalen Krisenmanagement, der Lösung regionaler Konflikte und bei Friedensmissionen geworden ist;
 7. *unter erneuter Erklärung* ihrer Entschlossenheit, den europäischen Pfeiler des Bündnisses zu stärken und den Aufbau und die Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP) der Europäischen Union als Teil der Stärkung der allgemeinen Sicherheit zu unterstützen, sowie *mit der nachdrücklichen Aufforderung*, dass die GASP die militärischen Fähigkeiten verstärkt und keine Strukturen einführt, die die bereits innerhalb der NATO existierenden unnötig dupliziert;
 8. *unter Betonung*, dass die Zusammenarbeit der NATO mit der Europäischen Union (EU) über ein enormes Potenzial verfügt, jedoch *in Anerkennung dessen*, dass die gemeinsame Agenda von NATO und EU für zwei Organisationen bei weitem zu beschränkt ist, die sich auf dieselben Grundsätze und Werte stützen;
 9. *daran erinnernd*, dass viele Mitglieder der NATO auch Mitglied der EU sind und dass beide Institutionen sich weitgehend auf dieselben Steuerbasen stützen;
 10. *in der Erkenntnis*, dass die Russische Föderation eine wichtige Rolle bei der Stärkung der euroatlantischen und weltweiten Sicherheit spielt, sowie *in Anerkennung* der Errungenschaften der Partnerschaft zwischen NATO und Russland;
 11. *in Anerkennung dessen*, dass die Partnerschaften der NATO, wie der Euroatlantische Partnerschaftsrat, die Partnerschaft für den Frieden, der Mittelmeerdialo und die Istanbul Kooperationsinitiative, ein zunehmend wichtiger Teil ihres Ansatzes im Hinblick auf komplexe Herausforderungen in Regionen am Rande Europas und darüber hinaus sind, sowie *in Würdigung* der wertvollen Beiträge der NATO-Partnerländer zu Missionen unter Führung der NATO;
 12. *in Anbetracht dessen*, dass die Förderung der gemeinsamen Werte des Bündnisses eine Triebfeder der Zusammenarbeit der NATO mit ihren Partnerländern ist, sowie *im Hinblick darauf*, dass die Erweiterung und Vertiefung der Partnerschaften der NATO Zusammenarbeit, Vertrauen und Stabilität fördert und die Fähigkeiten der Mitgliedstaaten und Partnerländer verbessert, neue Sicherheits Herausforderungen anzugehen;
 13. *in der Überzeugung*, dass die Weiterentwicklung der Partnerschaften entscheidend für die notwendige Anpassung des Bündnisses sein wird, damit es zukünftige Sicherheits Herausforderungen erfolgreich bewältigen kann;
 14. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,
 - a. die bestehenden Partnerschaften des Bündnisses, insbesondere den Euroatlantischen Partnerschaftsrat und die Partnerschaft für den Frieden sowie den Mittelmeer-Dialog und die Istanbul Kooperationsinitiative, zu verstärken und auszuweiten;
 - b. Partnerschaften mit Ländern außerhalb des euroatlantischen Raums durch die Formalisierung von Partnerschaften mit Ländern, die die Werte des Bündnisses teilen sowie durch die Ausweitung der Liste gemeinsamer Aktivitäten zu vertiefen, unter Wahrung der Möglichkeit für jedes Partnerland, auf seinen Bedarf zugeschnittene Kooperationsbeziehungen mit dem Bündnis einzugehen;
 - c. die Koordinierung unter den Bündnispartnern und mit internationalen Organisationen wie der Europäischen Union und den Vereinten Nationen zu verbessern und der Konfliktverhütung eine höhere Priorität als in der Vergangenheit zuzumessen, um die Notwendigkeit einer Befassung mit sehr viel gewaltigeren Post-Konflikt-Problemen zu vermeiden;
 - d. die weitreichende Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation auszubauen, vor allem im militärischen Bereich, unter Betonung, dass diese Partnerschaft sich auf gemeinsame Werte und die in der Gründungsakte und der Erklärung von Rom niedergelegten Prinzipien stützen muss, insbesondere die Unteilbarkeit der Sicherheit, die Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Staaten sowie die friedliche Lösung von Konflikten;
 15. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses und die Europäische Union **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**, konstruktiv zum Aufbau einer wirksamen Partnerschaft beizutragen, die einen offiziellen NATO-EU-Rahmen herstellt, der es auch erlauben

wird, den Dialog zwischen NATO und EU über zivile Hilfspolitik, Hilfe, Wiederaufbau nach einem Konflikt, Polizei und Rechtshilfe zu vertiefen, so dass beide Institutionen besser darauf vorbereitet sind, in krisengeschüttelten Regionen zusammenzuarbeiten.

E n t s c h l i e ß u n g 386

betreffend

Die Partnerschaft mit Russland im Hinblick auf den Schutz vor Massenvernichtungswaffen und die Raketenabwehr

Die Versammlung,

1. *in der Überzeugung*, dass eine echte Partnerschaft zwischen der NATO und der Russischen Föderation ein wichtiger Faktor für die globale Sicherheit ist;
2. *in der Hoffnung*, dass die Erklärungen zur Neugestaltung der Beziehungen zwischen der euroatlantischen Gemeinschaft und der Russischen Föderation in konkrete Kooperationsmaßnahmen umgesetzt werden, die das globale Sicherheitsumfeld verbessern;
3. *in Anbetracht der Tatsache*, dass das Bündnis und die Russische Föderation eine Reihe gemeinsamer Sicherheitsprobleme haben, insbesondere die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie ballistischer Raketen- und anderer Trägersysteme;
4. *in Anerkennung* des Rufs der Russischen Föderation als verlässlicher und verantwortungsvoller Partner im Bereich der Nichtverbreitung von Atomwaffen und Rüstungskontrolle;
5. ebenfalls *in Anerkennung dessen*, dass die nukleare Sicherheit einer der entscheidenden Bestandteile des Kooperationsrahmens mit der Russischen Föderation ist und dass die Vision einer Welt ohne Atomwaffen – oder sogar eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen – als ein gemeinsames langfristiges Ziel der Partnerschaft dienen könnte;
6. die Initiative *befürwortend*, eine territoriale Raketenabwehrfähigkeit der NATO zu entwickeln und *unter Hervorhebung der Tatsache*, dass der Vorschlag bezüglich der territorialen Raketenabwehr, den die Vereinigten Staaten für Europa vorgelegt haben, keine Bedrohung für Russlands atomare Abschreckungsfähigkeiten darstellt, sondern eine einmalige Gelegenheit für eine effektive und sinnvolle Zusammenarbeit, die die Menschen und Hoheitsgebiete der NATO-Bündnispartner und der Russischen Föderation besser vor der Bedrohung durch ballistische Flugkörper schützt;
7. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente des Nordatlantikkbündnisses und der Russischen Föderation **NACHDRÜCKLICH AUF**,
 - a. eine kohärente und zielgerichtete Kooperationsagenda zu vereinbaren, die die aus der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ballistischen Flugkörpern resultierenden globalen Bedrohungen reduzieren soll;
 - b. ihre gemeinsamen Anstrengungen zur Stärkung des Atomwaffensperrvertrags durch eine ausgewogene Umsetzung der Weiterverfolgungsmaßnahmen der Konferenz zur Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen zu verdoppeln, auf eine weltweite Gültigkeit des Zusatzprotokolls zum Sicherungsabkommen der IAEA (Internationale Atomenergieorganisation) zu drängen und wirksam gegen Fälle der Nichteinhaltung vorzugehen;
 - c. enger bei der Ausarbeitung effizienterer Methoden zur Überprüfung und zum Vertrauensaufbau für den Abbau nuklearer Sprengköpfe zusammenzuarbeiten und sowohl Kernwaffen- als auch Nicht-Kernwaffenstaaten in den Aufbau internationalen Vertrauens in die Verringerung des Waffenarsenals einzubeziehen;
 - d. die Maßnahmen gegenüber der Islamischen Republik Iran stärker zu koordinieren und für die Umsetzung der Resolution 1929 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu sorgen;
 - e. eng zusammenzuarbeiten, um eine frühzeitige, friedliche und umfassende Lösung des Atomwaffenproblems der Demokratischen Volksrepublik Korea sowie einen vollständigen, nachprüfbaren und unabänderlichen Atomwaffenabbau auf der koreanischen Halbinsel zu erzielen;
 - f. für die ausreichende Finanzierung des Programms zur Zerstörung chemischer Waffen zu sorgen und zu versuchen, das B-Waffen-Übereinkommen mithilfe eines robusten Durchsetzungsmechanismus zu stärken;
 - g. zu versuchen, die Architektur der zahlreichen multinationalen Nichtverbreitungsinitiativen, die den Erwerb von Atomwaffen und verwandter Materialien durch nichtstaatliche Akteure verhüten sollen, zu vereinheitlichen;
 - h. eine effektive Raketenabwehrpartnerschaft zu entwickeln und dabei Gegenstände und Daten gemeinsam zu nutzen und bei der gemeinsamen Bedrohungseinschätzung im Hinblick auf Raketen zusammenzuarbeiten;
 - i. im Hinblick auf die Eindämmung der Verbreitung von Raketen und anderer Trägersysteme enger zusammenzuarbeiten und zu diesem Zweck das Trägertechnologie-Kontrollregime, den Haager Verhaltenskodex gegen die Verbreitung ballistischer Flugkörper und die weltweite Gültigkeit des INF-Vertrages zu stärken;

- | | |
|--|---|
| <p>j. ihr Eintreten für die und die angemessene Finanzierung der Programme zur kooperativen Verringerung der globalen Bedrohung und die Globale G8-Partnerschaft gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und -materialien zu bekräftigen;</p> <p>k. zusammenzuarbeiten, um die Entwicklung multilateraler Ansätze für den atomaren Brennstoffkreislauf und von Mechanismen, die die Versorgung garantieren, zu fördern;</p> | <p>8. FORDERT die Führung des Nordatlantikkbündnisses NACHDRÜCKLICH AUF, das Potenzial der Raketenabwehr für den Zusammenhalt des Bündnisses und für seine Partnerschaft mit der Russischen Föderation anzuerkennen; und</p> <p>9. FORDERT die Parlamente der Vereinigten Staaten und Russlands NACHDRÜCKLICH AUF, den neuen START-Vertrag (Vertrag über die Reduzierung strategischer Waffen) zu ratifizieren.</p> |
|--|---|